



Landtag von Baden-Württemberg

89. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 29. Januar 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 12:26 bis 13:45 Uhr

Schluss: 17:29 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5309	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes – Drucksache 15/4384	
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Felix Schreiner	5309	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/4632.	5324
Umbesetzungen bei den Schriftführern und im Ständigen Ausschuss	5309, 5373	Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU.	5324
Begrüßung des türkischen Generalkonsuls, Herrn Türker Ari	5329	Abg. Jürgen Filius GRÜNE	5325
Begrüßung einer Delegation aus der Region Kanagawa in Japan unter Leitung des Vizepräsidenten des Parlaments der Präfektur Kanagawa, Herrn Takahiro Aihara	5330	Abg. Hidir Gürakar SPD	5326
1. Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Tourismusland Baden-Württemberg weiter stärken – Drucksache 15/3461	5309	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP.	5326
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP.	5309, 5316	Minister Rainer Stichelberger	5327
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU.	5311	Beschluss	5327
Abg. Reinhold Pix GRÜNE.	5312	4. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes – Drucksache 15/4543	
Abg. Hans-Peter Storz SPD	5313	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Integration – Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionen – Drucksache 15/1654 (Geänderte Fassung)	5327
Minister Alexander Bonde	5314	Abg. Thomas Reusch-Frey SPD	5328
2. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Wie kommt der Ausbau der Inklusion voran? – Drucksache 15/3472 (Geänderte Fassung)	5316	Abg. Thaddäus Kunzmann CDU	5329
Abg. Dr. Monika Stolz CDU	5316, 5323	Abg. Manfred Lucha GRÜNE	5330
Abg. Thomas Poreski GRÜNE	5317, 5324	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	5331
Abg. Klaus Käppeler SPD	5319	Ministerin Katrin Altpeter	5332
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP.	5320	Beschluss	5333
Minister Andreas Stoch	5321	5. Regierungsbefragung	
Beschluss	5324	5.1 Landärzteprogramm	5333

5.2 Energiewende/Problempunkte/Wirtschaft	5335	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	5352
Abg. Paul Nemeth CDU	5335, 5338	Staatssekretär Ingo Rust	5353
Minister Dr. Nils Schmid	5336, 5337, 5338, 5339, 5340	Beschluss	5356
Abg. Johannes Stober SPD	5337		
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	5338	8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – EU-Fortschrittsbe- richt zur Donaauraumstrategie – Drucksache 15/3388.	5356
Abg. Karl Zimmermann CDU	5340	Abg. Rita Haller-Haid SPD	5356
5.3 Realschule	5340	Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	5358
Abg. Sandra Boser GRÜNE	5340	Abg. Josef Frey GRÜNE	5359
Minister Andreas Stoch	5341, 5342	Abg. Leopold Grimm FDP/DVP	5360
Abg. Georg Wacker CDU	5342	Minister Peter Friedrich	5361
		Beschluss	5363
6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Inklusion im Sport – Drucksache 15/3336.	5343	9. Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeri- ums für Kultus, Jugend und Sport – Die Kürzun- gen im Entlastungskontingent verschlechtern die Unterrichtsqualität – Drucksache 15/3435 (Geänderte Fassung).	5363
Abg. Sabine Wölfle SPD	5343	Abg. Volker Schebesta CDU	5363, 5370
Abg. Viktoria Schmid CDU	5344	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	5364, 5371
Abg. Thomas Poreski GRÜNE	5345	Abg. Sandra Boser GRÜNE	5365
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	5346	Abg. Gerhard Kleinböck SPD	5367
Minister Andreas Stoch	5347	Minister Andreas Stoch	5368
Beschluss	5348	Beschluss	5372
7. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Chance von nachhaltigen Zukunftsmärkten in Baden-Württemberg – Drucksache 15/3354 (Geänderte Fassung).	5349	Nächste Sitzung	5372
Abg. Claus Paal CDU	5349	Anlage	
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	5350	Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen bei den Schriftführern und im Ständigen Ausschuss	5373
Abg. Hans-Peter Storz SPD	5351		

Protokoll

über die 89. Sitzung vom 29. Januar 2014

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 89. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet für heute ist der Kollege Karl-Wolfgang Jägel.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich bis 12:00 Uhr Herr Minister Hermann.

Meine Damen und Herren, Kollege Felix Schreiner hat heute Geburtstag. Ich darf ihm im Namen des ganzen Hauses sehr herzlich zu seinem Geburtstag gratulieren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der SPD-Fraktion für Umbesetzungen bei den Schriftführern und im Ständigen Ausschuss (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Im E i n g a n g befindet sich die Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 17. Januar 2014 – 31. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg 2012/2013. Sie wird Ihnen als Drucksache 15/4600 zugehen. Ich schlage vor, die Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Tourismusland Baden-Württemberg weiter stärken – Drucksache 15/3461

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Das Wort erteile ich dem Kollegen Dr. Fritz Bullinger.

(Abg. Rosa Grünstein und Claus Schmiedel SPD: Fritz! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Friedrich!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich werde die Redezeit für die Aussprache und das Schlusswort zusammenfassen, Herr Präsident.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, wer te Kolleginnen und Kollegen! Europaweit liegt Deutschland

als Reiseziel auf Platz 2, hinter Spanien und vor Frankreich. Deutschland ist als Reiseland so attraktiv wie nie zuvor.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wegen der Regierung!)

Und Baden-Württemberg liegt mit Bayern ganz vorn.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das liegt an der Regierung!)

Der Tourismussektor gehört zu den wichtigsten Dienstleistungs- und Wachstumsbranchen in unserem Land. Der Tourismus ist ein ökonomisches Schwergewicht und ein Jobmotor. Die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Tourismusgewerbes und hier insbesondere die in Baden-Württemberg gilt es zu stärken.

Unser Land steht gut da. Dies zeigt nicht zuletzt auch die Auflösung des Investitionsstaus im Beherbergungsgewerbe eindrucklich. Auch wenn die FDP für die Mehrwertsteuerabsenkung geprügelt wurde – sie war und ist richtig.

(Abg. Dr. Stefan Füst-Blei SPD: Ach du lieber Gott! Die Rückkehr der „Mövenpick-Partei“!)

Das zeigen die getätigten Investitionen und die geschaffenen Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Selbst die neue Bundesregierung in Berlin – und damit auch die SPD – hat dies kapiert, Herr Kollege. Denn im Koalitionsvertrag ist eine Rolle rückwärts nicht vorgesehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das liegt an der CDU!)

Dass der Tourismus boomt, zeigen die Rekordzahlen der Aussteller und der Besucher bei der CMT, der Grünen Woche und sicherlich ab Samstag auch bei der Intergastra sowie im März bei der ITB.

Die äußeren Bedingungen und die natürlichen Voraussetzungen, die hierfür entscheidend sind, sind in Baden-Württemberg hervorragend.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle Land- und Waldwirte, Bewirtschafter und Pfleger unserer Kulturlandschaft; ich schließe hier die Naturschutzverbände mit ein. Ohne sie gäbe es dieses Juwel „Kulturlandschaft und Reiseland Baden-Württemberg“ so nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Deshalb muss auch in der Politik für den ländlichen Raum und in der Agrarpolitik die oberste Prämisse „Schützen durch Nutzen“ heißen und nicht Stilllegung, Totholz und Borkenkäfer.

Wir haben eine abwechslungsreiche Landschaft, eine hervorragende Kulinarik, Spitzengastronomie und Landgasthöfe, Wellnessangebote und Gesundheitswirtschaft, hoch qualifiziertes und gut ausgebildetes Personal und eine attraktive Kur- und Bäderlandschaft. Baden-Württemberg ist ein Tourismusland.

Der Wirtschaftsfaktor Tourismus ist in Baden-Württemberg kontinuierlich gewachsen. Sein Volumen stieg von 7,6 Milliarden € im Jahr 2007 über 8,8 Milliarden € im Jahr 2010 auf knapp 10 Milliarden € in den Jahren 2012, 2013. Herr Schmiedel, wenn Sie meinen, das sei nur eine Wiederholung, weise ich darauf hin: Das sind die aktuellen Zahlen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die sind doch gut! Wer hat denn was gegen gute Zahlen?)

Im Rekordjahr 2012 verzeichnete Baden-Württemberg laut amtlicher Statistik 18,6 Millionen Gästeankünfte und 47,7 Millionen Übernachtungen. 2013 waren es 48 Millionen Übernachtungen, wobei hervorgehoben werden muss, dass die Zahl der ausländischen Gäste um fast 5 % zugenommen hat. Wünschenswert wäre für die Beherbergungsbetriebe, dass die Verweildauer verbessert wird.

Diese Erfolgswahlen, meine Damen und Herren, sind ein Verdienst der Branche, der Betriebe, der Gastronomen, der Menschen im Bereich des Tourismus, keinesfalls ein Verdienst dieser Landesregierung, wobei positiv anzumerken ist, dass sie diesen Erfolg zumindest nicht verhindert hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Klaus Burger CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt aber!)

Eine Umfrage des DEHOGA Baden-Württemberg im Frühjahr 2013 bei 1 370 Beherbergungsbetrieben ergab, dass seit 2010 über 559 Millionen € investiert und zusätzlich 4 300 Arbeitsplätze geschaffen wurden. Die Beherbergungsunternehmen haben also das Geld nicht in der Schweiz gebunkert, sondern investiert, modernisiert und Arbeitsplätze geschaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Also lautet der Merksatz für Sie, die Landesregierung: Erstens: Wer den Tourismus stärken will, muss die touristischen Leistungsträger stärken. Zweitens: Wer den Tourismus im Land stärken will, muss die touristischen Potenziale besser nutzen.

Diesen Pfad des Erfolgs gilt es zu stabilisieren und auszubauen. Denn die Konkurrenz schläft nicht, sie ist ganz nah bei uns und um uns herum. Es gilt, die Attraktivität nicht nur für den Urlaub daheim, sondern gezielt auch für Gäste aus der Nachbarschaft, speziell aus der Schweiz, aus Frankreich und Holland, zu steigern.

Aber auch den Städtetourismus – das ist ein ganz wichtiger Punkt – für die Weltenbummler aus Übersee und Europa sowie die innerdeutschen Touristen gilt es stärker zu bewerben.

Wir sehen für uns in Baden-Württemberg folgende Wachstumsdestinationen der Zukunft:

Erstens: der Gesundheitstourismus mit der wachsenden Bedeutung von Prävention, Ernährung und Wellness, gerade auch bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern der Altersklasse „50 plus“, Herr Schmiedel.

Zweitens: der Kulturtourismus, bei dem unser Land mit seiner Geschichte, den Museen und der Kunst mehr leistet und mehr bieten kann als viele andere Bundesländer.

Drittens: der Genusstourismus mit unserer hochwertigen Kochkultur und der Vielfalt regionaler Produkte, nach der Devise „Schmeck den Süden“.

Viertens: der Naturtourismus in unserem Land mit seiner Kulturlandschaft, mit seinem hohen Waldanteil, seinen bäuerlichen Landwirtschaftsstrukturen und der Weinkultur, Frau Kollegin.

Fünftens: Es gilt auch mehr zu tun im Kinder- und Jugendtourismus, also im Familientourismus. Baden-Württemberg muss noch kinder- und familienfreundlicher werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sechstens: Baden-Württemberg ist Wirtschafts- und Messeland. Hier gilt es, den Geschäfts- und Messtourismus – das ist einer der Schwerpunkte im Beherbergungsgewerbe – auszubauen. Ohne andere Standorte zu schmälern, will ich erwähnen, dass die Messestandorte Stuttgart und Friedrichshafen Erfolgsgestorys darstellen.

An dieser Stelle – man möge es mir nachsehen – erlaube ich mir – ich bin seit 1988 hier in Stuttgart politisch unterwegs – eine Anmerkung zur Politik der Grünen in der Vergangenheit. Wäre es nach den Grünen gegangen, meine Damen und Herren, gäbe es keine Schnellbahntrasse Mannheim–Stuttgart – das wollten Sie verhindern –, gäbe es keinen vernünftigen Landesflughafen – auch das wollten Sie verhindern –, gäbe es keine Messe auf den Fildern – auch dagegen waren Sie; Rezzo und Fritz lassen grüßen, 1988 bis 1992 –, gäbe es kein S 21 und keine attraktive Stadtentwicklung für Stuttgart – auch dagegen sind Sie.

(Zurufe von den Grünen)

All diese Erfolgsgeschichten, meine Damen und Herren, haben Baden-Württemberg stark gemacht. All dies, auch den Ausbau des Tourismus, gäbe es so nicht, wären die Grünen früher an die Regierung gekommen. Meine Damen und Herren, mit Ihrer Politik wären wir sicher in der Liga Rumäniens, was die Wirtschaft angeht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Fazit: Baden-Württemberg ist das Land der Dichter und Denker, der Patente und Talente, das Land der Bäder, des Tourismus und der Sternköche, das Land der Kultur und Wissenschaft, das Land der Vielfalt, das Exportland Nummer 1 und das Land der Regionen. Ich denke nur an Oberschwaben, Bodensee, Markgräflerland, Schwarzwald, Schwäbische Alb,

(Dr. Friedrich Bullinger)

Franken oder an meine Heimat Hohenlohe. Wir sind verpflichtet, politisch die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Die Tourismusbranche braucht nicht mehr Abgaben und Steuern, nicht noch mehr unternehmerische Einschränkungen und staatliches Hineinpfuschen, nicht noch mehr gut gemeinte, aber falsche Eingriffe in den Arbeitsmarkt. Nein, meine Damen und Herren, unterstützen wir doch gezielt die Messeauftritte – Stichworte CMT, wo viel gemacht wird, ITB, Grüne Woche; bei Letzterer ist das Urteil sehr negativ; ich möchte nicht zitieren, was hier in einigen Zeitungen stand – und regionale Aktionen. Fördern wir den Nachwuchs und die Fachkräfte. Unterstützen wir die Aus- und Weiterbildung. Unterstützen wir Existenzgründungen und Betriebsübernahmen – ein ganz wichtiger Punkt. Sorgen wir für eine vernünftige Umsetzung der Energiewende; denn die Energiekosten schlauchen diese Betriebe; auch dies müssen wir bei der Novellierung des EEG im Auge haben. Erhalten wir die Minijobs für den Tourismusbereich, meine Damen und Herren. Verbessern wir die Verkehrsinfrastruktur bei Schiene und Straße und nicht nur für den Radverkehr. Sorgen wir dafür, dass es keine weiteren Gängelungen und keine weiteren grünen „Verbietertitisorgien“ gibt.

Baden-Württemberg ist wunderschön. Hier gibt es liebenswerte Menschen, schöne Landschaften, eine gute Gastlichkeit.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nette Landtagsabgeordnete!)

– Ein paar SPDler – da hast du recht – scheren ein bisschen aus.

Hier lebt man gern, hier arbeitet man gern, hier macht man gern Urlaub.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Dr. Patrick Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gemessen an den Übernachtungszahlen ist Baden-Württemberg hinter Bayern die unangefochtene Nummer 2 der Urlaubsziele in Deutschland. Wir sind uns wahrscheinlich in diesem Raum einig, dass der Erfolg unseres Landes als Tourismusland von der Vielfalt der Regionen, aber auch von der Vielfalt der Angebote herührt, beginnend beim Segment des Städte- und Kulturtourismus über die Kulinarik und die Gesundheit bis hin zum Sport und zum Messewesen, aber vor allem auch von der Gastfreundschaft und der Kompetenz derer getragen ist, die in diesen Bereichen arbeiten und sich einbringen.

Aus diesem Grund ist es auch gut – das muss man hier auch einmal ganz offen sagen –, dass die Regierung das Tourismuskonzept aus dem Jahr 2009 weiterführt und hier eine der vielen Rahmenbedingungen für den Tourismus verlässlich gestaltet und somit auch die Grundlage für eine erfolgreiche

Weiterführung des Tourismus schafft. Es ist auch selbstverständlich, dass Sie eigene und neue Schwerpunkte in der Tourismuspolitik setzen, dies natürlich im Bereich Natur, Ökologie und Nachhaltigkeit.

Übrigens: Einen Kommentar zur inflationären Verwendung des Nachhaltigkeitsbegriffs erspare ich mir jetzt. Verwunderlich ist aber aus meiner Sicht, dass Sie den Naturtourismus, der in der Realität einen Marktanteil von 2,8 % hat, derart überhöhen und dieses Tourismussegment auch noch in den Mittelpunkt Ihrer Tourismuspolitik stellen und ihn als mittelgroßen Markt definieren. In anderen Bereichen betreiben Sie zwar Vermarktungsaktivitäten, aber eine gezielte Förderung ist nicht erkennbar. Gerade in einem ganz besonderen Bereich – das hat der Kollege Bullinger richtig angesprochen –, nämlich im Bereich Kinder- und Familientourismus, zeigen Sie überhaupt keine Aktivität, und das, obwohl Sie ebenfalls das „Kinderland“ Baden-Württemberg fortführen wollen. Hier ist, denke ich, einiges zu tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zu den weiteren Rahmenbedingungen: Sie haben den Geschäfts- und Messtourismus als sehr bedeutend eingestuft. Das ist richtig. Immerhin erzielt dieses Segment einen Umsatzanteil von 28 %. Was hier aber überhaupt nicht ins Bild passt, sind die Blockadehaltung und das Abstimmungsverhalten vor allem der Grünen bei neuen Projekten, sei es die Messe in Freiburg, sei es die Landesmesse in Stuttgart, der Landesflughafen oder auch das Freiburger Konzerthaus. Das muss man Ihnen auch einmal ins Stammbuch schreiben.

Sie reden auch von der Bedeutung der Erreichbarkeit von Tourismusdestinationen, -zielen und -orten. Auch da stimmen wir zu; hier besteht Einigkeit. Jetzt stelle ich Ihnen aber auch die Frage, warum diese Regierung dann Verkehrsprojekte gerade im ländlichen Raum verhindert und Planungen stoppt wie z. B. am Kaiserstuhl die B 31. Sie verhindern auch flankierende Infrastruktur, die dem Tourismus genauso wie denen, die vor Ort wohnen, dient. Dazu gehört z. B. die Frage nach dem Parkhaus im beliebtesten Wintersportort Baden-Württembergs am Feldberg. Darauf bekomme ich zur Antwort, der Radwegeausbau sei wichtiger. Ich stimme Ihnen zu: Der ist wichtig. Aber, Herr Bonde, fahren Sie doch bitte mit Ihrer Familie einmal mit dem Fahrrädle auf den Feldberg zum Skifahren.

(Heiterkeit bei den Grünen und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der Tourismus in Baden-Württemberg wird nicht durch Ihre am grünen Tisch getroffenen Festlegungen getragen. Tourismus hängt von dem ab, was die Menschen in dieser Branche – die Gastronomen, die Hoteliers, die Servicekräfte, die Vermieter usw. – leisten. Die Gastfreundschaft, meine Damen und Herren, entsteht nicht am Kabinettstisch, sondern vor Ort. Dabei sind die Leistungen der 400-€-Kräfte genauso tragend und maßgeblich wie die Arbeit und die Investitionsbereitschaft der Unternehmer.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein bisschen konträr steht dazu allerdings Ihre Forderung im Bundestagswahlkampf zur Abschaffung der Minijobs. Sie wissen auch: Ohne diese 400-€-Kräfte in der Saison kann keine

(Dr. Patrick Rapp)

Wirtin, kann kein Wirt bestehen. Außerdem sind das Arbeitsplätze, die auch von sehr vielen Studierenden nachgefragt werden.

Genauso widersprüchlich ist Ihre Haltung im Bereich Fachkräfte. Wenn Sie sich die Fachkräfteproblematik anschauen, dann müsste Ihnen auffallen, dass nicht nur der Arbeitsplatz attraktiv sein muss, sondern eben auch das Arbeitsumfeld, der Wohnort. Hierzu ist Erreichbarkeit wichtig, hierzu ist die nötige Infrastruktur vorzuhalten. Mit einem Abkoppeln der ländlichen Räume, das Sie in Ihrer Politik nicht selten durchführen, bekommen Sie diese Attraktivität für die Fachkräfte nicht hin und unterstützen Sie die Branche in keiner Weise.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Aber jetzt zurück: Das Tourismusland Baden-Württemberg ist gut aufgestellt und ist erfolgreich. Das aber, liebe grün-rote Regierung, ist nicht Ihr Verdienst, sondern das ist die Leistung derjenigen, die in dieser Branche arbeiten. Behalten Sie bitte bei allem, was wir hier diskutieren, die Vielfalt im Blick. Überhöhen Sie nicht diesen Naturtourismus; das ist lediglich eine Facette von vielen. Gestalten Sie zur Abwechslung einmal ausgewogen, und versuchen Sie, Zusammenhänge zu erkennen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Abg. Pix.

Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Kollege Rapp in seiner Rede ausgerechnet in meiner Heimatregion und in meinem Wahlkreis wildert,

(Zuruf von der CDU: Ihr Wahlkreis? Haben Sie den gewonnen?)

indem er behauptet, dass Naturtourismus in Baden-Württemberg nur eine sehr untergeordnete Rolle spiele, möchte ich von meinem Redemanuskript etwas abweichen und Ihnen sagen,

(Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck und Volker Schebesta CDU)

dass sich nicht nur Baden-Württemberg im Wandel befindet, weil es hier einen Regierungswechsel gegeben hat, sondern dass sich vor allem auch seine Besucher und Gäste gewandelt haben. Die Frage nach nachhaltigem Tourismus gerade in Baden-Württemberg betrifft nicht nur den DEHOGA, sie besteht auch nicht nur aus der Mehrwertsteuer und ist schon gar nicht gelb, wie Herr Bullinger hier suggeriert. Nein, Tourismus in Baden-Württemberg ist grün.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf: Aha!)

Herr Kollege Rapp von der die Vorgängerregierung tragenden Fraktion reklamiert – genau das tut auch Herr Wirbser, Bürgermeister der Gemeinde Feldberg –, dass hier 50 Jahre lang

nichts gelaufen sei, trotz der Nöte, die an unserer Haupttourismusdestination auf dem „Höchsten“ herrschen.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Stimmt doch gar nicht! – Unruhe)

50 Jahre lief überhaupt nichts.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die CDU-geführte Landesregierung hat über 50 Jahre lang keine Antwort gehabt.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Was hat denn die grüne Regierung gemacht?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das fragen wir uns auch!)

Die grüne Regierung hat einen runden Tisch „Feldberg“ eingerichtet.

(Anhaltende Unruhe)

Und was ist passiert? Es gibt nun in Baden-Württemberg zum ersten Mal ein umfassendes Konzept für nachhaltige Mobilität und für eine nachhaltige Tourismusdestination in der Region Feldberg. Das liegt jetzt auf dem Tisch.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Das ist passiert. Darüber reden wir jetzt.

Selbst das Regierungspräsidium Freiburg bzw. die dortige Planungsbehörde sagt, mit der B 31 sei am Kaiserstuhl der größte Eingriff aller Zeiten in Natur und Landschaft geplant. Deswegen wird die Planung nicht weitergeführt; genau das ist der Grund dafür. Ich als Kaiserstühler kann Ihnen nur sagen, dass dies genau so ist.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn ich ein bisschen Zeit habe, gehe ich sonntags mit meiner Frau und meinem Hund spazieren. Dann bin ich verwundert, wie viele Menschen mittlerweile mit der Kamera kommen, um eine Gottesanbeterin zu fotografieren.

(Anhaltende Unruhe – Zurufe: Pst!)

Hier ist es gelungen, die Landwirtschaft, den Weinbau und den Naturschutz – auch hier wieder das magische Dreieck – über den Tourismus hervorragend miteinander zu verbinden.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich frage Sie, Herr Rapp: Wovon träumen Sie eigentlich nachts? Die Realität sieht ganz anders aus.

(Beifall bei den Grünen)

Mit dem Regierungswechsel war es möglich, uns hier strategisch vernünftig aufzustellen; auch das wurde zuvor versäumt. Die erste Großtat, die erfolgte, war, die für den Bereich Tourismus zuständige Abteilung in das Landwirtschaftsministerium zu integrieren. Das hat selbst Frau Kollegin – so erinnere ich mich –

(Reinhold Pix)

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und was habt ihr bis jetzt daraus gemacht?)

– Wir haben das mit Magie erfüllt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Mit was?)

Wir haben die Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg nicht nur mit der – ich sage es einmal so – bescheidenen Summe von einer halben Million Euro, über die sie sich besonders gefreut hat, ausgestattet. Denn wir wissen, dass Marketing wichtig ist und dass es wichtig ist, die Tourismusdestination Baden-Württemberg – diese besteht auch aus Naturtourismus – in aller Welt bekannt zu machen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Warum regen Sie sich dann so auf?)

Die TMBW hat sehr erfolgreich gewirtschaftet. Sie hat sich aus ihrem Tief herausgearbeitet. Alles redet nun über Baden-Württemberg. Wir verzeichnen absolute Rekorde.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Ich weiß gar nicht, womit Sie ein Problem haben. Seit drei Jahren verzeichnen wir einen Rekord nach dem anderen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber das hatten wir früher auch schon, gell?)

Das gilt selbst für Zeiten wie das Jahr 2013 – das war klimabedingt das schwierigste Jahr für den Tourismus; das Frühjahr war furchtbar; ich hoffe, Herr Minister Bonde wird noch näher dazu berichten –: 2013 werden wir möglicherweise die Schwelle von 50 Millionen Übernachtungen überschritten haben. Das ist einmalig. Das gab es noch nie. Ich weiß gar nicht, worauf Ihre Kritik zielt.

(Beifall bei den Grünen)

Die Tourismuswirtschaft boomt. Es geht voran. Baden-Württemberg ist Wachstumsmotor.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kann ich bestätigen!)

Es kann eigentlich nicht besser sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Jetzt komme ich zum Naturtourismus. Wenn man den Naturtourismus herunterredet, wie das der tourismuspolitische Sprecher der CDU-Fraktion soeben getan hat, dann muss ich Sie alle mit Zahlen konfrontieren, obwohl ich das eigentlich vermeiden wollte.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Unser Koalitionspartner hat vor zwei Jahren die Große Anfrage Drucksache 15/865 zu einem ähnlichen Thema gestellt. In der Antwort heißt es, Naturtourismus, Wandertourismus und Radtourismus entsprechen den zentralen Anliegen der Urlauber im Südwesten. 70 % der Urlauber in Baden-Württemberg haben ein sehr großes oder großes Interesse an Natur. Beim Naturtourismus gab es 15 Millionen Tagesreisende, drei Millionen Übernachtungen und Bruttoumsätze von 500 Millio-

nen €. Beim Wandertourismus gab es 45 Millionen Tagesreisende, vier Millionen Übernachtungen und Bruttoumsätze von 925 Millionen €. Beim Radtourismus gab es 15 Millionen Tagesreisende, 3,25 Millionen Übernachtungen und prognostizierte Bruttoumsätze von 450 Millionen €.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind die Zahlen. Zahlen kann man bekanntlich nicht anschreien. Das heißt, wir sollten diese einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

Sie sollten uns positiv auf unserem Weg zu einem nachhaltigen Tourismus begleiten, bei dem wir mit dem Nationalpark, mit einer nachhaltigen Mobilität und mit Biosphärengebieten erfolgreich sind. In Münsingen beispielsweise stieg in zwei Jahren die Zahl der Übernachtungen um 40 %.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Das spricht doch Bände, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Was wollen wir eigentlich noch mehr? Ich glaube, wir befinden uns auf dem besten Weg. Lassen Sie uns diesen weitergehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und wer hat ihn eingerichtet?)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Storz.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist eine Reise wert. Das sage nicht nur ich, weil ich aus dem schönen Hegau am Bodensee komme, sondern das sagt auch mein Kollege Ernst Kopp aus dem Nordschwarzwald – dort wird jetzt der Nationalpark installiert –, und das sagt auch mein Kollege Klaus Käppeler, in dessen Wahlkreis das Biosphärengebiet Schwäbische Alb liegt. Vor allem aber wird das durch die aktuellen Zahlen belegt. Diese sprechen eine recht eindeutige Sprache.

Ich muss die Aussage des Herrn Kollegen Pix ergänzen: Tourismus ist nicht nur grün.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ich kann mich eigentlich kurzfassen: Weil Grün-Rot gut regiert, haben wir hier gute Zahlen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Baden-Württemberg konnte im letzten Jahr im Tourismus wieder Rekordwerte erzielen. Es gab über 440 Millionen Tagesgäste und 48 Millionen Übernachtungen. Damit nehmen wir bundesweit einen Spitzenplatz ein. Dieser Trend setzt sich fort.

Natürlich besteht kein Grund, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Andreas Braun, Geschäftsführer der Tourismus Mar-

(Hans-Peter Storz)

keting GmbH Baden-Württemberg, bringt es auf den Punkt, wenn er sagt – ich darf zitieren –:

Entscheidend für den Erfolg einer Destination wird künftig noch mehr die Qualität des touristischen Angebots sein.

Es wird

darauf ankommen, dem Gast den neuesten und höchsten Standard anbieten zu können.

Hierbei müssen wir vermehrt auf veränderte Nachfrageströme und Bedarfe eingehen.

(Zuruf von der CDU: Das macht eben nicht die Politik!)

Insbesondere der demografische Wandel verdeutlicht, worauf wir in der Tourismusförderung künftig Wert legen müssen: Einerseits veranlassen uns die schrumpfenden Bevölkerungszahlen im Land, vermehrt auf ausländische Gäste zuzugehen, andererseits zählt zu den kommenden Herausforderungen, dass wir unser Tourismusangebot und die gesamte touristische Servicekette barrierefrei zugänglich machen.

Wir hatten schon von der CMT, der Tourismusmesse, gesprochen, die vorletzte Woche in Stuttgart stattfand. Sie ist ein tolles Aushängeschild für den Tourismus im Land. Bei meinem Besuch konnte ich ganz gut erkennen, wie sich unser Land im Vergleich zu internationalen Ausstellern präsentiert. Dazu trägt das Engagement der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg bei. Ich denke, es war gut und richtig, die Mittel dafür im Haushalt zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zur Bewertung der Qualität des Tourismusangebots in unserem Land gehört für uns aber auch der Blick auf die Arbeitsbedingungen in der Tourismusbranche. Hier haben wir eine etwas andere Einstellung, als meine Vorredner von der CDU und der FDP/DVP deutlich gemacht haben.

Laut einer aktuellen Studie der Hans-Böckler-Stiftung arbeitet jeder zweite Beschäftigte im Hotel- und Gaststättengewerbe im Niedriglohnbereich. 10 % der dort Beschäftigten müssen ihren Lebensunterhalt aufstocken. Auch aufgrund unattraktiver Arbeitszeiten, hoher Arbeitsbelastungen und eingeschränkter beruflicher Perspektiven leidet das Gastgewerbe unter einer regelrechten Ausbildungskrise. Eine Onlinebefragung der IHK im Jahr 2011 ergab, dass das Gastgewerbe die Branche ist, bei der die größten Probleme bestehen, Ausbildungsplätze zu besetzen.

Viele Auszubildende brechen ihre Ausbildung ab oder bleiben nach der Ausbildung nur wenige Jahre im erlernten Beruf. Der Mangel an Fachkräften stellt diesen Wirtschaftszweig vor enorme Herausforderungen. Deshalb unterstützt die Landesregierung mehrere Projekte und Maßnahmen, um das Interesse an Ausbildungsberufen im Hotel- und Gaststättengewerbe zu erhöhen, beispielsweise die Kampagne „gut-ausgebildet.de“ oder Coaches, die junge Menschen, die ihre Ausbildung abbrechen wollen, begleiten.

Änderungen an den Arbeitsbedingungen müssen allerdings auch seitens des Tourismusgewerbes angegangen werden. Vor

diesem Hintergrund begrüße ich die Initiative des DEHOGA und der IHK, nämlich das Ausbildungsversprechen, mit dem diese zu einer Wende im Ausbildungsmarkt im Hotel- und Gaststättengewerbe beitragen.

Zuletzt noch kurz ein Blick auf den Tourismus in den ländlichen Räumen. Aufgrund des demografischen Wandels und der Strukturveränderungen in der Landwirtschaft ist der Tourismus gerade hier ein Zukunftsthema. Zugute kommt den ländlichen Räumen die wachsende Nachfrage nach naturnaher Erholung, Gesundheits-, Wellness- und Aktivurlaub.

Zwei Faktoren sind bei der Tourismusförderung im ländlichen Raum hervorzuheben: Mit der Förderung des Wander-, Fahrrad-, Reit- oder Campingtourismus ermöglichen wir insbesondere auch einkommensschwächeren Familien ein Stück Erholung und Urlaub. Vor allem stärkt die Tourismusförderung die kleinen und mittleren Unternehmen in den zum Teil wirtschaftlich eher schwächer aufgestellten Gegenden. Somit leistet die grün-rote Landesregierung mittels der Tourismusförderung einen großen Beitrag zum Erhalt der ländlichen Räume.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Baden-Württemberg ist immer eine Reise wert, und die rot-grüne Landesregierung

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die grün-rote!)

unterstützt alle Akteure in diesem Bereich, damit viele Menschen diese Erfahrung machen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Bonde.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg ist im Tourismus weiter auf Erfolgskurs. Wir nehmen bundesweit einen Spitzenplatz ein. Wenn man es sich anschaut – 2011 ein Rekordjahr, 2012 ein Rekordjahr, 2013 ein weiteres Rekordjahr im Baden-Württemberg-Tourismus –, dann kann man sagen: Drei Rekordjahre in drei Jahren grün-roter Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gefällt allen in Baden-Württemberg, außer der Opposition, die selbst bei diesem Erfolgskurs etwas zu mäkeln sucht,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

was wir hier vorgeführt bekommen haben.

Von Januar bis November letzten Jahres ist die Zahl der Ankünfte erneut gestiegen; auch die Zahl der Übernachtungen ist erneut gestiegen. Auf unserer großen Urlaubsmesse, der CMT, konnten wir erneut zeigen, welche breite Leistungsfähigkeit und welche große Attraktivität der Tourismus in Baden-

(Minister Alexander Bonde)

Württemberg hat. Wir haben klasse Betriebe in der Hotellerie und in der Gastronomie, wir haben einen aktiven Mittelstand, der auf Qualität setzt und mit gutem Personal Servicequalität vom Feinsten bietet. Wir haben Spitzenqualität im Genuss. Wir haben eine hervorragende Landwirtschaft und eine Lebensmittelproduktion mit Spezialitäten. Wir haben Natur- und Kulturlandschaften, die attraktiv sind. Wir haben attraktive Städte mit fantastischem Kulturangebot, und die Heilbäderkultur in Baden-Württemberg sucht ihresgleichen.

Insofern ist der Tourismus für uns eine zentrale Branche – der Kollege hat schon darauf hingewiesen – mit einer hohen strukturellen Bedeutung, gerade auch für den ländlichen Raum. Deswegen ist aktive Tourismuspolitik, wie Grün-Rot sie macht, aktives Engagement für den ländlichen Raum, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des
Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Das schlechte Wetter im letzten Frühjahr hat eigentlich nicht erwarten lassen, dass wir auch im Jahr 2013 wieder die Rekordzahlen von 2012 erreichen werden. Jetzt ist klar: Wir haben sie sogar übertroffen und schließen mit fast 48 Millionen Übernachtungen ab. Das macht noch einmal deutlich, welche Leistungen von den Unternehmen auf dem Markt, aber auch von den Organisationen im Tourismusmarketing erzielt werden.

Wir sehen uns durch diesen Erfolg bestätigt, in unserer Strategie gezielt die Marketinganstrengungen im Land Baden-Württemberg zu erhöhen. Wir sehen uns auch bestärkt in unserer Strategie, insbesondere das Auslandsmarketing und die Auslandsmärkte in den Fokus zu nehmen, denn wir punkten weiterhin überdurchschnittlich positiv bei unseren ausländischen Gästen. Hier sind die Zahl der Ankünfte um 3,4 % und die Zahl der Übernachtungen um 4,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Wir sehen gerade hier ein zunehmendes Wachstumspotenzial. Im innerdeutschen Markt haben wir eher einen Verdrängungswettbewerb, während die Wachstumspotenziale in den Auslandsmärkten enorm sind.

Deshalb setzen wir, die Landesregierung, darauf – ich darf mich ganz herzlich bei den grünen und roten Abgeordneten für die Unterstützung gerade auch in den vergangenen Haushaltsberatungen bedanken –, hier konsequent weiter voranzugehen, den Bekanntheitsgrad des Landes zu steigern, aber auch mit unseren Regionen aktiv voranzugehen, unsere starken Bereiche im Erholungstourismus und den Genuss- und Kulinariktourismus voranzubringen, den Städte- und Kulturtourismus zu stärken, aber eben auch den wachsenden Bereich des Naturtourismus mit den aktivtouristischen Segmenten Wandern und Radfahren aktiv anzugehen und den traditionell bedeutsamen Gesundheitstourismus zu stärken. Wir sind ein herausragender Wirtschaftsstandort in Europa, und deshalb ist natürlich auch der Geschäftsreiseturismus für uns im Land von Bedeutung.

Alle diese Punkte führen wir im Einklang mit dem Tourismuskonzept und den tourismuspolitischen Leitlinien des Koalitionsvertrags weiter, nehmen aber gezielt neue Trends im Markt auf. Insbesondere die Frage der Nachhaltigkeit, die inzwischen zunehmend an Bedeutung im Tourismus gewinnt, adressieren wir nicht nur in der ökologischen Komponente, son-

dern in allen drei Komponenten der Nachhaltigkeit – der ökonomischen, der ökologischen und der sozialen Komponente –, die wir alle drei zusammen denken müssen, um ein gutes Stück weiter im Tourismus erfolgreich zu sein.

Wir adressieren das quer durch die Themenbereiche, quer durch die Ministerien. Es ist klar: Wir brauchen auf vielen Gebieten Anstrengungen, und zwar in den Bereichen Energie, Klima, nachhaltige Mobilität, ein weiteres Voranbringen der regionalen Produktion von Produkten, das weitere Voranbringen auch von regionalen Wirtschaftsleistungen in den Dienstleistungen, aber eben auch gute Arbeitsbedingungen im Tourismus, um das notwendige Personal in der Qualität, die Baden-Württemberg als Qualitätsreiseland braucht, in den nächsten Jahren zu bekommen. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die Frage der Barrierefreiheit im Tourismus, die Möglichkeiten aller in Bezug auf den Zugang zu touristischen Angeboten, beschäftigt uns genauso wie die Frage der Umweltverträglichkeit und der Ressourcenschonung.

Wir setzen auf neue Impulse. Der Aspekt Naturerlebnis – auf den ländlichen Raum entfallen etwa die Hälfte der Übernachtungen in Baden-Württemberg – gewinnt an Bedeutung, und natürlich setzen wir hier auch mit dem weiteren Ausbau im Biosphärengebiet Schwäbische Alb, das fantastische Übernachtungszahlen schreibt, mit dem Start des Nationalparks Nordschwarzwald im Januar, aber auch mit weiteren Überlegungen, was das Biosphärengebiet im Südschwarzwald angeht, was die Unterstützung unserer sieben Naturparks angeht, an. Wir geben weitere wichtige Impulse, um uns auch als Naturreiseland weiterhin attraktiv zu machen, die Landschaften zu schützen, indem wir diese auch durch Mitnutzung weiter erlebbar machen, und das einzigartige Potenzial unserer Naturlandschaften weiter in Wert zu setzen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rapp?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Im Moment nicht. Danke.

Mit der Neuauflage der Kampagne „Grüner Süden“ auf der CMT setzen wir unser Vorhaben um, gezielt deutlich zu machen, welche nachhaltigen Angebote in Baden-Württemberg von den Leistungsträgern im Land angeboten werden. Wir sind da bundesweit Spitze.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Engagement reicht weiter: Es gibt das Engagement des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur gemeinsam mit der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg, die Qualitäts- und die ADFC-Zertifizierung der Fernradwege im Land, weitere Aktivitäten zum Thema Radtourismus bis hin zu neuen Aktivitäten von uns als „Tourismusministerium“ gemeinsam mit dem MVI mit dem Ziel, Mobilitätsberatung für unsere Tourismusdestinationen einzurichten, und – das ist jetzt in Planung – gemeinsam mit dem Hotel- und Gaststättenverband die Einrichtung von beratenden Lotsen für Hotels und Gaststättenbetriebe, um den Zugang unseres Mittelstands zu den

(Minister Alexander Bonde)

komplexen Fördermöglichkeiten zu verbessern. Überall steht die Tourismuspolitik im Zentrum des Handelns der Landesregierung, und die Zahlen zeigen, dass das Sinn macht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unseren Status als Genießerland bauen wir aus. Neue Aktivitäten zum Thema Weintourismus der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg sind ein Teil von vielen Aktionen. Es wird deutlich: Wir machen hier eine aktive Politik.

Ich will am Ende meiner Rede noch einmal den Fachkräftemangel ansprechen, der auch hier im Raum stand; denn die Ausbildungsberufe in der Tourismusbranche sind eine wichtige Stütze des landesweiten Ausbildungsmarkts. Die Tourismusbranche hat in diesem Jahr insgesamt 8 400 junge Leute in Ausbildung; das ist eine Leistung einer mittelständischen Branche. Ich finde, es ist gar nicht hoch genug zu schätzen, welch ein Engagement für junge Menschen in den Betrieben vorhanden ist.

Das dient natürlich auch dem Auftrag, Personal und Fachkräfte zu generieren. Denn wir wissen: Angesichts sinkender Schülerzahlen wird der Kampf um Fachkräfte in dieser Branche zunehmend härter. Deshalb unterstützen wir, die Landesregierung, das Hotel- und Gaststättengewerbe auch bei der Suche nach geeigneten Fachkräften mit einer Vielzahl von Maßnahmen. Eine Reihe von Beispielen wurden schon genannt; ich will hier noch auf die Nachwuchskampagne des DEHOGA „BiG-Ausbildung – Berufe im Gastgewerbe“ hinweisen, die vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft und vom Sozialministerium mit ESF-Mitteln unterstützt wird, um Berufs- und Karrieremöglichkeiten im Hotel- und Gaststättengewerbe offensiv an die jungen Menschen heranzutragen. Auch die Ausbildungsbotschafter in den Schulen sind in diesem Zusammenhang eine erfolgreiche Maßnahme, die wir unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg ist ein fantastisches Tourismusland. Wir haben spannende Angebote in Stadt und Land, und wir arbeiten aktiv daran, diese Politik gemeinsam mit den Leistungsträgern in Wirtschaft, Kommunen und Regionen weiter voranzubringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Ich danke herzlich für die Gelegenheit, dies hier ausführlich darzustellen. Ich glaube, es wird deutlich: Es gibt wenig Anlass zu Kritik und viel Anlass, gemeinsam auf die Leistungen Baden-Württembergs stolz zu sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die FDP/DVP-Fraktion spricht nochmals Herr Kollege Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte einfach noch einmal einen Appell an die Landesregierung richten, also an Sie, Herr Ministerpräsident, und an den Herrn „Finanz- und Restwirtschaftsminister“: Wenn Sie auf Delegationsreisen gehen, nehmen Sie immer das Paket „Tourismus“ mit. Nehmen Sie es bewusst und öfter mit als bisher. Denn damit wird sicherlich

eine positive Botschaft in die Welt ausgesendet. Eigentlich darf kein Flieger mit einem Mitglied der Landesregierung an Bord abheben, ohne dass das Touristenland Baden-Württemberg sozusagen im Aktenkoffer mit dabei ist.

Meine Damen und Herren, noch ein zweiter Punkt, und zwar zu den Destinationen: Ich habe Wachstumsdestinationen angesprochen. Herr Minister, dabei ist man auf einem guten Weg; da werden gute Dinge gemacht. Daran gibt es keinen Zweifel. Trotzdem habe ich eine Bitte, und zwar im Zusammenhang mit der Grünen Woche; darauf warten Sie sicher schon. Ich will klarstellen: Wenn man ein „Genießerland“ sein will, wenn man den Genusstourismus fördern will, muss man mehr tun. Es wurde zwar schon ein bisschen mehr getan, aber es reicht nicht aus. Nicht einmal das „Weinland Baden-Württemberg“ hat stattgefunden, und auch die Verbände waren nicht vertreten. Ich appelliere auch an die Verbände: Am Beispiel von Bayern, Thüringen oder Sachsen kann man etwas lernen, meine Damen und Herren. Selbst im Vergleich zu Schleswig-Holstein waren wir jämmerlich vertreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich darf, Herr Minister, hierzu Dieter Keller vom „Schwäbischen Tagblatt“, 18. Januar 2014, zitieren, der unter der Überschrift „Magere Kost in Berlin“ Folgendes schrieb:

Das Genießerland Baden-Württemberg geizt auf der Grünen Woche.

Das muss besser werden. Dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Schwere Geschütze!)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Wie kommt der Ausbau der Inklusion voran? – Drucksache 15/3472 (Geänderte Fassung)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich der Kollegin Dr. Monika Stolz.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie kommt der Ausbau der Inklusion voran? Uns eint das Grundziel, die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Menschen mit und ohne Behinderungen sollen in unserer Gesellschaft in allen Bereichen selbstverständlich zusammenleben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Dr. Monika Stolz)

so, wie es in der UN-Konvention formuliert wurde: „in allen Bereichen“.

Uns eint das Ziel, aber wir vermissen bei der Landesregierung den konkreten Ehrgeiz, hier wirklich weiterzukommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir vermissen den Ehrgeiz, über allfällige Sonntagsreden zur Vielfalt in unserer Gesellschaft hinaus mit konkreten Taten an Verbesserungen zu arbeiten. Dies vermissen wir in allen Bereichen der Politik für behinderte Menschen, nicht nur in der Schule.

Der gemeinsame Unterricht ist in der Tat ein Beitrag zu mehr Inklusion. Wir wollen, dass dieses Angebot ausgebaut wird. Wir wollen, dass für diejenigen Kinder, die in den Sonderschulen am besten gefördert werden können, auch dieses Bildungsangebot erhalten bleibt. Wir wollen ein qualifiziertes Wahlrecht für die Eltern bei der Entscheidung für einen dieser beiden Wege. Der Inklusionsprozess soll nicht weniger, sondern mehr Wahlmöglichkeiten eröffnen, und wir wollen die Möglichkeit des inklusiven Unterrichts dabei nicht auf eine Schulart beschränkt wissen.

Uns geht es dabei nicht um Quantität, sondern um Qualität. Lediglich die Inklusionsquote zu erhöhen, mag in der politischen Diskussion vordergründig Lorbeeren einbringen, hat per se jedoch mit bestmöglicher Bildung für Kinder mit und ohne Behinderung eher wenig zu tun. Das Wohl der Kinder muss bei allem im Mittelpunkt stehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Blicken wir einmal nach Berlin, von wo es aktuelle Meldungen gibt. Berlin freut sich über eine Inklusionsquote von über 50 %, hat nun aber die flächendeckende Inklusion verschoben. Was hören wir aus Berlin? Ich verweise auf die Presseberichte: Darin geht es um die Klassenlehrerin, die sich alleingelassen fühlt, es geht um die Sonderpädagogin, die sich „verbraten“ fühlt; es geht um die Schülerin, die mangelnde Vorbereitung von Lehrern beklagt; es geht um Schulen, die sagen: „Die Einstellung allein reicht nicht. Bei uns hat sich Resignation breitgemacht.“ So kann die Einführung von Inklusion zum Wohl aller Beteiligten nicht laufen.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir brauchen gar nicht nach Berlin zu schauen. Wir kennen auch Beispiele aus unserem Land. Da muss eine Grundschullehrerin ohne Vorbereitung ein behindertes Kind in ihre Klasse aufnehmen. Unvorbereitet soll sie mit vier Stunden sonderpädagogischer Hilfe dieses Kind allein fördern und weiter begleiten. Das ist unverantwortlich, und das wollen wir nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr.
Timm Kern FDP/DVP)

Wir wollen nicht, dass Inklusion auf dem Rücken der Kinder und auf dem Rücken der Eltern ausgetragen wird. Wir wollen, dass Qualitätsstandards eine wesentliche Rolle spielen und nicht nur die Quantität.

Wir brauchen ein pädagogisches Konzept, wir brauchen Fortbildungskonzepte für die Lehrer, wir brauchen ein starkes Unterstützungsnetz für Schulen und Lehrer, wir brauchen effiziente Verfahrenswege, damit Eltern nicht im Dickicht langer Antragsverfahren verzweifeln, und wir brauchen Ressourcen. Wir haben Erfahrungen aus den Modellregionen, die zeigen, dass die zugewiesenen Lehrerstunden dort bei Weitem nicht ausreichend waren.

Aber welche Konsequenzen ziehen Sie daraus – Sie, die jetzt die Verantwortung haben? Mit welchen zusätzlichen sonderpädagogischen Ressourcen rechnet die Landesregierung? Wie groß wird die sonderpädagogische Unterstützung im täglichen Unterricht tatsächlich sein? Welche zusätzlichen Lehrerstunden wird es für die regulären Lehrkräfte geben? Die Regelschulen können die Inklusion mit den vorhandenen Ressourcen allein nicht stemmen.

Die Inklusion wird Lehrerstunden und Ressourcen benötigen. Vor dieser Aussage aber drückt sich die Landesregierung, weil sich die Koalitionspartner nicht einig sind. Gelten starre Aussagen zum Stellenplan, oder soll zunächst der Bedarf für die Inklusion und für andere Aufgaben geklärt werden? Es ist Zeit für ehrliche Antworten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr.
Timm Kern FDP/DVP)

Es fehlen viele Antworten: bauliche Veränderungen, Ausstattung, Mittagsbetreuung, Schülerbeförderung, Schulbegleitung – wer stellt sie ein, wer bezahlt, wer entscheidet? Was ist seit der Debatte im Dezember passiert? Welche Schritte hat die Landesregierung unternommen, um die Inklusion im Schulterschluss mit den kommunalen Landesverbänden zu stemmen?

Wir erwarten konkrete Antworten. Es bedarf einer bis zum Ende gedachten Konkretisierung der Prozesse und der Verantwortlichkeiten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern
FDP/DVP)

Herr Minister, in diesen Wochen beginnen die Informationsveranstaltungen für die Einschulung in die Grundschule und den Übergang in weiterführende Schulen. In den Kommunen herrscht große Verunsicherung darüber, wie es nun weitergeht und was sie den Eltern raten sollen. Wie lange wollen Sie den Beteiligten denn diese Verunsicherung noch zumuten?

Herr Minister, in den Schulen stehen demnächst Zwischenzeugnisse an. Wie auch immer Sie zu Noten stehen: Beim Thema Inklusion kann im Zeugnis der Landesregierung nur stehen: „Ehrgeiz und Tun ungenügend“ – eine glatte Sechs.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Antwort auf Polemik und Schwarzmalerei ist Ernsthaftigkeit und Sachlichkeit.

(Thomas Poreski)

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nun lass mal hören!)

Grün-Rot hat sich im Koalitionsvertrag zu einer engagierten Umsetzung der UN-Konvention bekannt und mit der Gemeinschaftsschule erstmals einen ausdrücklich inklusiven Schultyp gesetzlich verankert. So weit ist die heutige Opposition nie gekommen.

Der inklusive Umbau des gesamten Schulsystems erfordert eine hohe Fachlichkeit und auch die Bereitschaft zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Denn es bestehen bei Lehrenden wie bei Eltern erhebliche Ängste, ob Inklusion gelingen kann, ohne dass die Qualität des Bildungssystems insgesamt leidet. Das hängt auch damit zusammen, dass ein inklusives Schulsystem in Baden-Württemberg vor Grün-Rot nie ernsthaft gewollt war.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Oh!)

Die wenigen ernsthaften Inklusionsversuche in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre wurden beendet, obwohl sie anerkanntermaßen erfolgreich waren. Zuletzt von Schwarz-Gelb installierte Modellregionen waren ein Mangelkonstrukt. Der Erkenntnisgewinn ist mager. Immerhin: Die Erfahrungen der sogenannten Außenklassen sind hilfreich; denn die dort praktizierte Integration ist ein Zwischenschritt zur Inklusion.

Eine bildungspolitische Strategie für Inklusion muss hohen Maßstäben genügen. Ich nenne dazu ein paar Punkte.

Zum Ersten: Die inhaltliche Kritik der klassischen Sonderpädagogik ist ernst zu nehmen. Eine inklusive Debatte muss ihr fachlich standhalten. Umgekehrt ist aber auch von gestandenen Sonderpädagoginnen und -pädagogen zu erwarten, dass sie sich auf gelungene Beispiele für inklusive Beschulung einlassen. Viele, die Inklusion im Rahmen eines mehrwöchigen Austauschs live erlebt haben, kommen mit anderen Augen in ihre bisherige Praxis zurück und stellen fest: Es ist anders, als ich mir das vorgestellt habe, aber eigentlich gar nicht so schwer.

Eine inklusiv ausgerichtete Lehrerinnen- und Lehrerbildung mit den Inhalten „individuelle Förderung“ und „zieldifferenter Unterricht“, ein qualifizierter Erfahrungsaustausch sowie gute Fortbildungsangebote für alle Lehrkräfte sind deshalb unverzichtbar.

Zweitens: Der Prozesscharakter des Umbaus muss deutlich werden. Wenn die bisherigen Sonderschulen künftig zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren werden, dann bedeutet dies: Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf erhalten ein konkretes Angebot auf inklusive Beschulung. In den bisherigen Sonderschulen wird dabei weiterhin unterrichtet, aber perspektivisch weniger Unterricht stattfinden. Auch sie sollen sich zu inklusiven Schulen weiterentwickeln und Kinder ohne Behinderung mit unterrichten können. Das ist z. B. dann sinnvoll, wenn sie über eine aufwendige therapeutische Ausstattung verfügen.

Dritter Punkt: Die Eltern von Kindern mit Behinderung sollen sich für den Unterricht in einem sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum ebenso wie für eine inklusive

Beschulung entscheiden können. Dieses Wunsch- und Wahlrecht und der damit verbundene Wettbewerb sind auch ein Element der Qualitätssicherung.

Viertens: Der Umbauprozess muss im Rahmen der regionalen Schulentwicklungsplanung gesteuert werden können. Nicht jedes Kind kann an jeder Schule unterrichtet werden, aber alle Schulen werden grundsätzlich inklusiv beschulen, und alle Kinder brauchen ein wohnortnahes inklusives Angebot. Gruppenbezogene Lösungen sind umso aussichtsreicher, je höher die Inklusionsquote ist.

Nicht alle Schulstandorte machen auf Dauer Sinn. Das wissen wir. Aber auch das muss organisch von den regionalen Akteuren gesteuert werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie kann man das „organisch“ steuern?)

Fünftens: Die Bedarfsermittlung kann in der Regie der Staatlichen Schulämter erfolgen. Hierbei sind Verfahren nach dem international anerkannten ICF-Standard einzubeziehen. Der Gesamtbedarf muss – ohne bürokratische Mehrfachzuständigkeiten – über die Schulämter bewilligt werden. Der Städtetag ist dazu bereit. Das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sechstens: Langfristig – das zeigen internationale Erfahrungen – ist ein inklusives Schulsystem nicht zwingend teurer. Kurzfristig, in der Umbauphase, muss aber ein Mehrbedarf gedeckt werden. Deshalb ist es gut, dass sich der Bund künftig an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligt.

Siebtens: Die sonderpädagogische Fachlichkeit muss erhalten bleiben. Es muss Regeln für die Ausstattung mit sonderpädagogischen Fachkräften geben, um Kollegien interdisziplinär aufzustellen. Wir nehmen die Komplexität der Herausforderung also ernst. Diesen Eindruck – so muss ich sagen – macht die Opposition nicht immer. Einerseits beweihräuchern Sie sich für die halbherzigen Trippelschritte in der Vergangenheit, andererseits schüren Sie Ängste, Grün-Rot würde an alles Bewährte die Axt anlegen, und dann beschweren Sie sich, dass wir genau das nicht tun, sondern reflektiert und dialogisch vorgehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie können das ja toll ausdrücken!)

Sie werden in den nächsten Tagen und nächsten Wochen Eckpunkte zur Inklusion, zur inklusiven Schulgesetzgebung von uns erhalten. Darüber können wir dann ganz regulär diskutieren. Wir brauchen dazu keinen Arbeitskreis im Sinne von „Wenn ich nicht weiterweiß, gründe ich einen Arbeitskreis“. Wir geben Ihnen auch gern kostenlos Nachhilfe. Baden-Württemberg ist schließlich das Land der Ehrenamtlichkeit. Das nehmen wir auch an dieser Stelle ernst.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Inhaltlich Fehlanzeige!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Käppler.

Abg. Klaus Käppeler SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst im Dezember wurde an derselben Stelle und zum selben Thema eine Debatte geführt. Das liegt jetzt gut einen Monat zurück. Dass ausgerechnet Sie, die drängende schulpolitische Fragen teils über Jahrzehnte ausgesessen haben – ich denke nur an den Ausbau der Ganztagschulen oder an die Einführung einer regionalen Schulentwicklungsplanung –, nun von uns erwarten, dass wir binnen Monatsfrist die Inklusion abhandeln, ist beinahe infam.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Es zeigt jedoch auch, wie Sie denken. Sie sehen das Thema Inklusion offenbar als eines an, das eben erledigt werden muss, das Sie möglichst rasch bürokratisch abhaken wollen.

Schon in der Großen Koalition 1992 bis 1996 gab es auf Initiative der SPD-Fraktion an einigen Grundschulen einen Schulversuch zur Inklusion. Den haben Sie danach still und heimlich beerdigt und haben erst mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch den Bundestag notgedrungen einen eigenen Schulversuch in fünf Schulamtsbezirken gestartet.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aha!)

Nun liegt der Bericht zum Schulversuch vor. Daraus aber zu schließen, dass jetzt daraus einfach einmal ein Gesetz abzuleiten wäre, ist nicht möglich.

Die Aufgabe, vor die wir hier gestellt sind, geht viel weiter. Sie geht uns alle an. Inklusion ist eine Aufgabe, die alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft. Sie muss in den Köpfen der Menschen ankommen.

Anlässlich der Debatte im Dezember haben Sie, Frau Dr. Stolz, uns vorgeworfen, Baden-Württemberg habe zu Ihrer Regierungszeit in der Poleposition gestanden

(Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD)

und befinde sich nun in der letzten Reihe.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das stimmt!)

Sie jedoch sprechen nur über die Rahmenbedingungen Ihres Schulversuchs.

Eine Außenklasse ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber keine Inklusion. Wie kann man nur auf die Idee kommen, Kinder mit Inklusionsbedarf nicht auf den Klassenteiler anzurechnen? Was für ein Verständnis von Inklusion ist das, zu sagen: „Ihr seid geduldet, aber nicht gleichwertig“? Haben Sie ernsthaft geglaubt, Inklusion funktioniere ohne zusätzliches Geld? Genau so sahen doch die Bedingungen Ihres Schulversuchs aus, und die – mit Verlaub – sind unzureichend und nicht akzeptabel. Erst jetzt in der Opposition merken Sie, dass dafür zusätzliche Ressourcen erforderlich sind.

Deshalb, weil wir dieses Thema, die Bedürfnisse der Kinder ernst nehmen, werden wir mit Bedacht vorgehen und uns nicht wie Sie aus der Verantwortung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Erste Schritte in die richtige Richtung sind wir bereits gegangen. Inklusion wird Teil der Lehrerbildung für alle Schulklassen. Wir werden die sonderpädagogischen Studiengänge erhalten, und wir werden die Sonderschulen nicht abschaffen.

Mit jeder neuen Gemeinschaftsschule kommt eine neue inklusive Schule hinzu, und selbstverständlich werden hier alle Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf den Klassenteiler angerechnet. Allein hier finden Sie Ihre Frage beantwortet: Wie kommt der Ausbau der Inklusion voran?

Ich sage: gut. Gut auch deswegen, weil alle Schulen des Landes auf der Grundlage der Schulversuchsbestimmungen inklusive Bildungsangebote weiter ausbauen können. Dies wird von vielen Schulen umgesetzt – auch an meiner eigenen –, und Lehrerinnen und Lehrer von der allgemeinen Schule und von der Sonderschule machen erste gemeinsame Erfahrungen. Hier wächst etwas, was Sie allein mit der Verabschiedung eines Gesetzes nicht anordnen können: Verständnis und Toleranz.

In einem nächsten Schritt wird es nun darum gehen, sich gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden hinsichtlich der Ressourcenausstattung auf eine für alle Zeiten tragbare Lösung zu einigen.

Auch wenn Sie das nicht gern hören: Im Gegensatz zu Ihrer Regierungszeit ist es uns, namentlich Herrn Kultusminister Stoch, bereits zweimal gelungen, eine Einigung zu erzielen. Sowohl die regionale Schulentwicklungsplanung als auch zuletzt der Ausbau der Ganztagsbetreuung sind im Schulterschluss mit den Kommunen erfolgt. Darauf sind wir stolz. Ich bin mir sicher: Dies wird auch bei der Inklusion gelingen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Unsere Positionen beim Thema Inklusion sind klar. Sie heben sich von Ihrem Schulversuch in wesentlichen Punkten ab. Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zählen zum Klassenteiler. Inklusion kann es nicht zum Nulltarif geben. Die Eltern erhalten ein qualifiziertes Wahlrecht. Der Unterricht muss zieldifferent organisiert werden – übrigens wie in der Gemeinschaftsschule –, und gruppenbezogene Lösungen erlauben das Zwei-Pädagogen-Prinzip und helfen, Ressourcen zu schonen.

Es gibt also, Stand heute, keinen ersichtlichen Grund, an der Umsetzung der Inklusion zu zweifeln. Wir werden – das haben wir bereits mehrfach betont – den Schulämtern für das kommende Schuljahr Eckpunkte an die Hand geben, mit denen sie arbeiten können – nicht nur in den Modellregionen, sondern an allen Schulen im Land. Für das Schuljahr 2015/2016 kommt dann das Schulgesetz.

Sehr geehrte Herren von der FDP/DVP, Sie missbrauchen die Inklusion als parteipolitisch motiviertes Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie haben kein durchdachtes Konzept und wie immer keinen Finanzierungsvorschlag. Das wäre die Grundlage für ein ehrliches Angebot, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einzusetzen. Ein zeitliches Ultimatum geht schon gar nicht. Einem solchen vergifteten Antrag werden wir nicht zustimmen.

(Klaus Käppeler)

Sie allein, werte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, sind es, die hier ein ums andere Mal Ängste schüren und von unseren bisherigen Erfolgen in der Schulpolitik ablenken wollen. Dies wird Ihnen nicht gelingen. Dieses Thema, bei dem es um Menschen mit Handicaps geht, hätte mehr Substanz Ihrerseits und mehr Ernsthaftigkeit in der politischen Auseinandersetzung verdient.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP/DVP-Landtagsfraktion fühlt sich dem Thema Inklusion besonders verpflichtet. Denn das Thema Inklusion ist im wahrsten Sinn des Wortes ein Freiheitsthema. Freiheit im luftleeren Raum bringt nämlich gar nichts, sondern muss sich immer auch im Hier und im Jetzt realisieren lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Genau deshalb wollen wir den Menschen mit Behinderungen ohne Wenn und Aber mehr Freiheitsräume eröffnen. Leider tritt die grün-rote Landesregierung ausgerechnet bei diesem wichtigen Thema auf der Stelle. Genau aus diesem Grund hat die FDP/DVP-Landtagsfraktion bereits im vergangenen Dezember eine Aktuelle Debatte zu diesem Thema beantragt, nämlich die Aktuelle Debatte zum Thema „Warum verschiebt die Landesregierung das Inklusionskonzept?“. Heute nun zieht die CDU nach und weist mit ihrer Aktuellen Debatte in die richtige Richtung.

Die wichtigste Aufgabe der Politik beim Thema Inklusion ist es, die richtigen Rahmenbedingungen sowohl auf finanzieller und pädagogischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Denn jeder junge Mensch hat das Recht auf bestmögliche Bildung und Förderung.

Um dies zu erreichen, sehen wir unser Land vor einer doppelten Aufgabenstellung. Es gilt, die Regelschulen Inklusionsangebote im engeren Sinn einrichten zu lassen und gleichzeitig die Sonderschulen nicht ins Hintertreffen geraten zu lassen. Denn diese haben sich in ihrer differenzierten Aufstellung ein unverzichtbares Expertentum bei der Förderung von jungen Menschen mit Behinderungen geschaffen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Weil wir wissen, wie wichtig ein zügiges Regierungshandeln in diesem Bereich für alle Beteiligten wäre, warten wir auch nicht auf das Regierungshandeln, sondern treiben dieses Thema selbst voran. So hat die FDP/DVP-Fraktion genau hier an dieser Stelle am vergangenen Samstag einen großen liberalen Bildungstag durchgeführt, an dem über 100 Teilnehmer aus

Politik, aus Wissenschaft und Forschung, auch aus den Bereichen Kommunen, Landkreise, Sonderschulen, Sonderpädagogik und Behindertenverbände intensiv über das Thema Inklusion beraten haben. So betonte z. B. Professor Hillenbrand von der Universität Oldenburg sehr eindrücklich, dass die Wirksamkeit von pädagogischem Handeln eben nicht in erster Linie von der Schulform abhängig sei, sondern vielmehr von der Qualität des Förderangebots.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Thomas Poreski GRÜNE – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja logisch!)

Wer beim Thema Inklusion hingegen das gegliederte Schulwesen infrage stelle, mache der Inklusion den Garaus, so Professor Hillenbrand in der Diskussion. Das sollten Sie von Grün-Rot sich gut merken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Sonderschulen sind für die FDP/DVP-Fraktion unverzichtbarer Bestandteil des erfolgreichen gegliederten Bildungswesens in Baden-Württemberg. Aus diesem Grund, Herr Minister Stoch, sollten nach unserer Auffassung die Sonderschulen und die Inklusion so schnell wie möglich Teil der regionalen Schulentwicklungsplanung werden. Aus Sicht der FDP/DVP soll die Inklusion nämlich nicht weniger, sondern mehr Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Schule bedeuten, die ein Kind oder ein Jugendlicher mit besonderem Förderbedarf besucht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Hierfür sollten Inklusionsangebote an den allgemeinen Schulen eingerichtet werden; die Sonderschulen sollten erhalten bleiben und gleichzeitig zu sonderpädagogischen Kompetenzzentren ausgebaut werden, von denen ausgehend die Inklusionsangebote organisiert und betreut werden.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ursprünglich hatte die grün-rote Landesregierung das Thema Inklusion einmal zu einem wichtigen Ziel ihrer Politik erklärt. Da ist es umso erstaunlicher, dass Sie, Herr Minister Stoch, nun erklärt haben, dass das entsprechende Gesetz auf das Schuljahr 2015/2016 verschoben werde. Manche Stimmen sagen gar voraus, dass es mit dem Inklusionskonzept in dieser Legislaturperiode wohl gar nichts mehr werden wird.

Um von ihrer Verantwortung abzulenken, hat die Landesregierung auch versucht, den Schwarzen Peter für das gescheiterte Inklusionskonzept an die Kommunen weiterzureichen. Doch dies ist weder hilfreich noch überzeugend. Im Gegenteil: Der Städtetag und der Landkreistag haben sogar ein bemerkenswertes Modell vorgeschlagen, wie die Leistungen für die Inklusion bei jedem Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einem Inklusionsbudget zusammengefasst werden könnten. Das könnte nach unserer Auffassung in der Tat ein vielversprechender Ansatz sein, um tatsächlich eine Wahlfreiheit zu ermöglichen.

Vonseiten der FDP/DVP-Fraktion schlagen wir Ihnen heute mit unserem Antrag Folgendes vor: Knüpfen wir doch an die Anfangszeiten Ihrer Koalition an, und setzen wir baldmöglichst eine Arbeitsgruppe ein, sozusagen zur Fortsetzung der

(Dr. Timm Kern)

gemeinsamen Arbeitssitzung zum Inklusionskonzept mit Vertretern aller vier Landtagsfraktionen. Beenden Sie den misslichen Stillstand, und gehen wir das Inklusionskonzept gemeinsam zügig und zugleich mit dem gebotenen Augenmaß an.

Eine letzte Bitte, die mir wichtig ist, Herr Minister: Bitte kaschieren Sie nicht schon wieder ihr Nichtvorankommen in diesem Bereich mit der zwar verständlichen, aber nicht überzeugenden Ausrede, man müsse bei diesem Thema Sorgfalt walten lassen. Sorgfalt ja, Herr Minister Stoch, aber Trägheit nein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Kultusminister Stoch.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der heute auf der Tagesordnung stehende Antrag der Fraktion der CDU stammt vom Mai vergangenen Jahres. Ich bin schon überrascht, wie die Kollegin von der CDU und der Kollege von der FDP/DVP in einer Weise die Augen vor dem verschließen können, was seither passiert ist, dass man das Gefühl hat, sie lebten nicht in Baden-Württemberg. Denn sonst würden sie nicht erzählen, dass im Bereich der Inklusion nichts passieren würde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind uns alle darin einig – deswegen wundert mich auch die Wortwahl und der Stil dieser Debatte –, dass Inklusion ein gesamtgesellschaftlich wichtiges Thema ist, nämlich die Einbindung aller Menschen in unserer Gesellschaft, und zwar in allen Bereichen, auch in der Schule, und eben gerade auch der Menschen mit Behinderung, die in der Vergangenheit in unserer Gesellschaft leider allzu oft ausgegrenzt waren. Deswegen ist das ein Thema, das sich in keiner Weise für parteipolitische Beserwisserei eignet – schon gar nicht dann, wenn man über Jahrzehnte hinweg die Gelegenheit hatte, hier voranzugehen und etwas zum Besseren zu verändern. Jetzt so zu tun, als müsste man den in Baden-Württemberg tatsächlich relativ geringen Stand damit rechtfertigen, dass diese Landesregierung nichts getan habe, ist infam und – es tut mir leid – verlogen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn Sie sich das, was Kollege Käppeler gesagt hat, nochmals durch den Kopf gehen lassen, dann wissen Sie, dass es, als in Baden-Württemberg zwischen 1992 und 1996 die SPD an der Regierung beteiligt war, noch keine UN-Behindertenrechtskonvention gab. Damals gab es aber eine Überzeugung von Menschen in der Politik, dass Inklusion richtig ist. Da gab es einen Modellversuch an Grundschulen. Dieser Modellversuch an Grundschulen wäre nach 1996 für die Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen fortgeführt worden. Das haben mir Menschen erzählt, die damals in der politischen Debatte dabei waren und die dies tun wollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass in diesem Zusammenhang dann ab 1996, als Sie, CDU und FDP/DVP, an der Regierung waren, nichts mehr, aber auch gar nichts mehr

passiert ist, das ist Ihr Verschulden. Deswegen würde ich sagen: Es hat überhaupt keinen Sinn, wenn heute von Ihrer Seite der Stand in Baden-Württemberg angeprangert wird, für den Sie eine riesengroße Verantwortung tragen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schebesta?

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Wenn es ihn freier macht.

(Zuruf von der SPD: Also nicht!)

Abg. Volker Schebesta CDU: Das weiß ich auch noch nicht. Es kommt auf die Antwort an, ob es mir Freude macht, die Frage zu stellen. – Herr Minister, ist Ihnen Folgendes bekannt? Zu der Zeit, als die UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet worden ist, hat dies in der Öffentlichkeit eine große Rolle gespielt. Ein Fernsehsender hat für eine große Nachrichtensendung das Bundesland gesucht, in dem die meisten Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Regelschulen unterrichtet werden. Ist Ihnen bekannt, welches Bundesland deshalb angefragt worden ist, weil es die meisten Beschulungen in der Regelschule hatte, und unter welchem Kultusminister dies der Fall war? Ist Ihnen bekannt, dass das Baden-Württemberg war und dass Kultusminister Rau eingeladen wurde?

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Welcher Fernsehsender war das? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: War das „ADAC-TV“? – Glocke des Präsidenten)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Kollege Schebesta, ich habe diese Fernsehsendung nicht gesehen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein Ja reicht! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sagen Sie doch einfach Ja oder Nein!)

Aber Sie haben in Ihrer Frage die Antwort schon selbst gegeben. Ich hätte auch noch Zahlen angeführt, um Frau Kollegin Stolz nachzuweisen, dass in Baden-Württemberg nicht null als Stand vorhanden ist.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Hören Sie doch einfach zu, wenn Kollege Käppeler über das Thema „Inklusion an Gemeinschaftsschulen“ spricht. Die Inklusion ist an jeder Gemeinschaftsschule bereits gelebte Praxis. Daran können Sie erkennen, dass diese Landesregierung sehr aktiv dabei ist, die Inklusion in die Fläche und an die Schulen zu bringen. An den Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg sind heute bereits, nachdem dies bei vielen Schulen nur in Klasse 5 bzw. Klasse 6 der Fall ist, 650 Kinder an einer Regelschule in sogenannten inklusiven Settings. Meine sehr geehrten Damen und Herren, daran können Sie erkennen, dass Inklusion ein Prozess ist – da gebe ich Ihnen vollkommen recht –, der wachsen muss.

Jetzt lassen Sie mich einfach einmal ausführen, was diese Regierung gemacht hat und machen wird, damit klar wird, dass

(Minister Andreas Stoch)

für dieses Thema parteipolitischer Streit nicht angebracht ist und dass es hier darum geht, für Menschen mit und Menschen ohne Behinderung ein sinnvolles Angebot zu machen.

Die Landesregierung – das haben wir an vielen Stellen nachgewiesen – steht für ein inklusives Bildungssystem und die Inklusion behinderter Menschen. Die Änderung des Schulgesetzes ist dabei ein wichtiger Baustein. Aber so zu tun, als ob die Änderung des Schulgesetzes quasi die Verwirklichung und Umsetzung von Inklusion wäre, wäre ein Trugschluss.

Auf dem Weg zu einem inklusiven Bildungssystem gilt es, eine Vielzahl äußerst komplexer Zusammenhänge zu berücksichtigen und miteinander in Einklang zu bringen. Einige sind in den bisherigen Wortbeiträgen bereits angesprochen worden.

Gerade bei der Unterstützung junger Menschen mit Behinderung geht es um viele verschiedene Unterstützungssysteme, die sich im Rahmen der Inklusion begegnen, die im schulischen Kontext passgenau zueinandergebracht werden müssen und deren Zusammenspiel damit entsprechend weiterentwickelt werden muss.

Die kommunalen Landesverbände – nur als ein Beispiel, das bereits angesprochen wurde – sind natürlich bisher über die Eingliederungs- und Jugendhilfen, die Schüler mit Handicaps unterstützen, wichtige Partner, die bei den Verhandlungen über die Umsetzung von Inklusion mit am Tisch sitzen müssen.

Da komme ich auf das zurück, was Kollege Käppeler bereits sagte. Wir haben in den vergangenen Monaten – seit meinem Amtsantritt im Januar letzten Jahres kann man das durchaus belegen – mit den kommunalen Landesverbänden in sehr sachlicher und konstruktiver Weise wichtige Reformprojekte für unser Schulsystem vorangebracht. Wir haben die Grundlage für die regionale Schulentwicklung gelegt und haben eine Einigung über den Ausbau der Ganztagschulen geschafft. Das alles sind Themen, die schon vor vielen Jahren hätten angepackt werden müssen.

Für mich ist das nächste wichtige große Thema, das wir gerade auch in engem Schulterschluss mit den kommunalen Landesverbänden angehen wollen, eine Einigung auf ein von beiden Seiten getragenes Inklusionskonzept. Wenn wir das schaffen, dann haben wir in Baden-Württemberg in drei zentralen Bereichen des Bildungssystems den notwendigen Schulterschluss zwischen Land, Schulverwaltung und kommunaler Seite.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In diesem Zusammenhang beobachten wir natürlich auch sehr genau die Entwicklung in anderen Bundesländern. Frau Kollegin Dr. Stolz hat bereits angesprochen, was bedauerlicherweise in anderen Bundesländern heute teilweise in der Praxis beobachtet werden kann. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wer nach den Schilderungen von den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern glaubt, man könne Inklusion mit der Brechstange durchsetzen, der geht fehl.

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Deswegen, Herr Kollege Dr. Kern, zumal sich gerade wieder Ihre Gesichtsfarbe verändert: Es ist ein Widerspruch, wenn Sie auf der einen Seite beklagen, dass die Schulgesetzände-

rung um ein Jahr verschoben wird, gleichzeitig aber auf die teilweise negativen Erfahrungen aus anderen Bundesländern hinweisen, die uns doch gerade zwingen, Schritt für Schritt und mit Sorgfalt – tatsächlich mit Sorgfalt – vorzugehen. Wenn Ihnen da nicht mehr einfällt als ein Wortspielchen und Sie dies als Trägheit bezeichnen, dann sei Ihnen dies zugestanden. Ich glaube aber, Sie werden, wenn Sie sich mit dem Sachverhalt intensiver beschäftigen, verstehen, dass Sorgfalt hier der richtige Ratgeber ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen ist es mir auch wichtig, klarzustellen, dass – in Ihrem Antrag steht, dass das Inklusionskonzept verschoben worden sei; dem ist aber nicht so – lediglich die Änderung des Schulgesetzes um ein Jahr verschoben wurde. Dafür gibt es einen zentralen Grund: Wir wollen dann, wenn die Schulgesetzänderung wirksam ist, die Voraussetzungen für die Inklusion an unseren Schulen geschaffen haben, und zwar an allen Schulen, an den sonderpädagogischen Facheinrichtungen, an den Sonderschulen, aber auch an den Regelschulen. Dazu gehört auch ein schlüssiges Konzept der Lehrerfortbildung. Wir wollen auch die Schulverwaltung in die Lage versetzen, Inklusion zu realisieren, wofür auch Eckpunkte erarbeitet worden sind. Wir wollen dann, wenn die Schulgesetzänderung wirksam wird, eine erfolgreiche Inklusion verwirklichen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Nichts könnte uns im Bereich der Inklusion mehr schaden, als wenn wir den Menschen ein Wahlrecht zwischen qualitativ gleichwertigen Angeboten an der Sonderschule und an der Regelschule suggerieren würden und dieses nicht einhalten könnten. Deswegen befürworte derjenige, meine sehr geehrten Damen und Herren, der für Qualität ist, ein schrittweises Umsetzen dieses Inklusionskonzepts mit einer Schulgesetzänderung, die zum Schuljahr 2015/2016 wirksam wird.

Ich verspreche Ihnen – zumal Sie angedeutet haben, es würde in dieser Legislaturperiode nicht mehr passieren –, dass das Kabinett noch in diesem Jahr, in den nächsten Wochen die Eckpunkte für die Inklusion beschließen wird. Noch in diesem Jahr wird ein Gesetzentwurf für die Schulgesetzänderung in den Landtag eingebracht werden. Klar ist: Inklusion wird an allen unseren Schulen Realität, und zwar zum Beginn des Schuljahrs 2015/2016.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird dann unser aller Aufgabe sein, in der Betreuung der Schulen, in der Ausstattung der Schulen mit sachlichen und personellen Ressourcen Inklusion erfolgreich umzusetzen. Aus den Modellregionen haben wir Erfahrungen, wonach sich ca. 25 bis 27 % der betroffenen Eltern für ein Angebot an einer Regelschule entscheiden. Ich gehe davon aus, dass sich diese Zahlen in den nächsten Jahren verändern. Diese Zahlen werden sich aber nur dann zum Positiven, nämlich zu gelebter Inklusion an den Schulen, verändern, wenn wir dort auch Angebote in hoher Qualität vorhalten.

Frau Kollegin Dr. Stolz, Sie haben zu Recht das Thema Ressourcen angesprochen. Ich bin der Überzeugung, dass Inklus-

(Minister Andreas Stoch)

sion nicht im Sinne kommunizierender Röhren in einem Austausch zwischen den Sonderschulen und den Regelschulen gelingen kann. Wir werden – das hat die Landesregierung auch bewusst gesagt –, wenn wir ein Wahlrecht einräumen, auch Doppelstrukturen haben, die zweifelsohne einen höheren Ressourcenbedarf erfordern, als wenn wir die Sonderschulen als getrennte Welt lassen und alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Sonderschulen haben. Deswegen wollen wir auch schon im Bedarfsdeckungskonzept für das kommende Schuljahr 2014/2015 die notwendigen Voraussetzungen schaffen, um die Grundausrüstung im Bereich der Sonderschulen zu verbessern und – daraus abgeleitet – auch weitere Möglichkeiten im pädagogischen Bereich, z. B. die Teilung von Klassen, an den Regelschulen zu schaffen.

Bereits heute haben wir – das ist jedoch von Schulamt zu Schulamt unterschiedlich – in einzelnen Schulamtsbezirken Inklusionsquoten von über 50 %. Wenn man fragt, woran das liege, dann stellt man fest, dass es auf eine bestimmte Art der Beratung der Schulverwaltung, hin zu bestimmten Szenarien oder Settings zu beraten, zurückzuführen ist. Es liegt aber auch daran, dass eine gute Grundausrüstung im Bereich der Sonderpädagogik vorliegt.

Es kommt jedoch noch eine Wahrheit hinzu. Zum Beginn des Schuljahrs 2015/2016, wenn die Schulgesetzänderung greift, müssen auch genügend Sonderpädagogen im System zur Verfügung stehen. Es geht darum, dass wir dann eine ausreichende Zahl qualifizierter Fachleute haben. Wir werden natürlich auch im Bereich der Regelschulen bei allen Lehrern versuchen, mit Fortbildungsangeboten die heute noch bestehende Unsicherheit auszuräumen und die Lehrer in die Lage zu versetzen, mit dieser Situation umzugehen.

Wir brauchen an den Regelschulen aber auch die qualifizierten Fachleute, die ausgebildeten Sonderpädagogen. Hier wird es auch darum gehen, die richtigen Fachleute in genügender Anzahl an die Schulen zu bekommen. Das ist ein weiterer Grund dafür, dass wir eine größere Sicherheit für eine qualitätsvolle Umsetzung haben, wenn wir die Schulgesetzänderung erst zum Schuljahr 2015/2016 in Kraft setzen. Wir wollen aber schon 2014/2015 alles dafür tun, dass kein Kind, dessen Eltern einen Inklusionswunsch haben, abgewiesen werden muss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aufgrund der Umsetzung des Inklusionsgedankens wird es zu Veränderungen in vielen Bereichen kommen. Es wird z. B. zu einer Änderung im Schulgesetz dahin gehend kommen, dass nicht alle Kinder, die im gleichen Klassenzimmer einer Regelschule sitzen, das gleiche Lernziel verfolgen. Das ist der Inklusion immanent. Dies wiederum erfordert die Verankerung des zieldifferenten Unterrichts im Schulgesetz. Das ist eine Grundvoraussetzung.

Auch daran können Sie erkennen, dass Inklusion für die Schulen nicht nur eine kleine Veränderung bedeutet. Vielmehr bedeutet Inklusion für die Schulen in Baden-Württemberg eine riesengroße Herausforderung. Deswegen glaube ich, dass die Landesregierung und wir alle gut beraten sind, wenn wir hierbei Schritt für Schritt vorgehen und die Erfahrungen anderer Länder in unsere Planungen mit einbeziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mein Angebot gilt nach wie vor. Ich lade Sie herzlich zu einem Dialog und zu einem Gespräch auf der Basis der Eckpunkte hinsichtlich der Umsetzungsschritte ein, die in Kürze im Ministerrat beschlossen werden. Ihr Vorschlag, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einzurichten, um ein Inklusionskonzept zu erarbeiten, ist bereits überholt, da die Eckpunkte bereits ausgearbeitet sind und, wie gesagt, in Kürze im Ministerrat beschlossen werden sollen.

Ich appelliere noch einmal an Sie: Inklusion eignet sich nicht für parteipolitische Auseinandersetzungen. Im Hinblick auf die Frage der Umsetzungsgeschwindigkeit rege ich an, auch einmal den Blick in die Vergangenheit zu richten. Dann werden wir feststellen, dass es eher Gründe gibt, nach vorn zu schauen. Lassen Sie uns gemeinsam am inklusiven Bildungssystem weiterarbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht die Kollegin Dr. Stolz.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Herr Minister, Sie scheinen etwas dünnhäutig zu sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Sie sagen, das Thema eigne sich nicht zum parteipolitischen Streit. Ja.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sie kennen unsere Angebote zur Zusammenarbeit. Im nächsten Satz sagen Sie, die Kritik der Opposition sei infam.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich bekomme das nicht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Ich denke, Kritik ist angebracht. Herr Poreski hat allgemeine Punkte genannt. Ich vermute, dass dies die Eckpunkte sind. Ich sage aber ganz klar: Wenn das die Eckpunkte sind, dann sind das nur allgemeine Absichtserklärungen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Herr Käppeler, wir erwarten nicht, dass schwierige Fragen – Sie bezeichnen das als bürokratisch; das ist sehr abwertend – binnen Monatsfrist geklärt werden. Sie hatten mehr als zweieinhalb Jahre lang Zeit,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben über 40 Jahre lang Zeit gehabt!)

diese Fragen anzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Regierungshandeln ist konkretes Handeln und muss über Absichtserklärungen hinausgehen. Regieren ist kein Ponyhof,

(Dr. Monika Stolz)

sondern harte Arbeit, und diese harte Arbeit muss geleistet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Zurufe von den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Es geht nicht darum, dass wir erwarten, dass Sie hierzu sofort einen Gesetzentwurf vorlegen. Ich gestehe Ihnen zu, dass ein guter Gesetzentwurf Vorarbeit erfordert. Diese Vorarbeit muss aber konkret sein und geleistet werden. Es geht darum, Qualitätsstandards – –

(Zuruf von der SPD: So viel zur Sachlichkeit! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD – Unruhe)

– Ich weiß, das Zuhören fällt schwer, wenn man feststellt, dass die Kritik gerechtfertigt ist.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erforderlich sind Qualitätsstandards und Verfahrensabläufe, damit die Beteiligten wissen, wie etwas an welcher Stelle funktioniert und wer verantwortlich ist. Dies kann man nicht als eine bürokratische Abhandlung abtun. Nein, das ist das, was man von einer Regierung erwartet. Die Dinge dürfen nicht dem Zufall überlassen werden, wie es das Schulamt gerade meistert, sondern es bedarf der Verlässlichkeit auch im Verfahren. Außerdem bedarf es ganz konkreter Aussagen in Bezug auf die Ressourcen. All das haben Sie bisher aber noch nicht geliefert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Insofern kann ich nachvollziehen, dass man in seiner Hilflosigkeit wiederum Geschichtsunterricht betreibt. Das nützt aber nichts. Sie stellen seit zweieinhalb Jahren die Regierung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und Sie stellen sie 50 Jahre lang!)

Sie haben Versprechen gegeben, Ansprüche an sich selbst formuliert und geben vor, deswegen gewählt worden zu sein. Diese Aufgaben haben Sie heute bzw. in diesen fünf Jahren zu erfüllen. Ihre Aufgabe ist es aber nicht, immer wieder Geschichtsunterricht zu betreiben.

Wenn Sie schon Geschichtsunterricht betreiben, dann machen Sie es bitte richtig. Die Außenklassen sind bereits 1996 als Kooperationsklassen eingeführt worden. Jeder, der etwas vom Fach versteht, sagt, dass das in die richtige Richtung geht, insbesondere für Kinder mit geistiger Behinderung.

Sie können also nicht behaupten, in diesem Bereich sei nichts gelaufen. Ich würde nicht behaupten, dies sei infam, sondern sage: Das ist die Hilflosigkeit einer Regierung, die in diesem Bereich zu wenig getan hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE folgt ein kurzer Auftritt des Kollegen Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ich glaube, die Debatte hat gezeigt, dass Grün-Rot sehr ernsthaft daran arbeitet, gelingende Prozesse auf den Weg zu bringen, und dass es die Opposi-

tion bis heute nicht geschafft hat, sich von ihrer Problemtrance zu befreien. Daher haben wir noch einen langen Weg vor uns.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags.

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/4662, vor, der die Einfügung eines neuen Abschnitts II mit dem Ziel der Einsetzung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe durch den Landtag zur Erarbeitung eines Vorschlags für ein Konzept zur Umsetzung der Inklusion in Baden-Württemberg begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum ursprünglichen Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3472 (Geänderte Fassung), der für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes – Drucksache 15/4384

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/4632

Berichterstatter: Abg. Bernd Hitzler

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Scheffold das Wort.

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen! Die Bewahrung der Schöpfung und der Klimaschutz sind für die CDU-Fraktion natürlich sehr wichtige Anliegen. Die eingeleitete Energiewende legt ein beredtes Zeugnis davon ab. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir das Anliegen, auch bestehende Gesetze daraufhin zu überprüfen, ob ein Mehr an Klimaschutz möglich ist.

Das Nachbarrechtsgesetz ist eine Hauptquelle für nachbarrechtliche Regelungen. Dabei geht es um Licht und Luftzufuhr sowie Brandgefahren, die es zu vermeiden gilt. Insgesamt zielt das Nachbarrechtsgesetz darauf ab, das gute nachbarschaftliche Verhältnis zu festigen und Regeln hierfür vorzugeben.

Wir wissen, dass es viele Auseinandersetzungen unter Nachbarn gibt, sodass dieses Gesetz sehr sorgfältig formuliert werden muss. Wir sind der Meinung, dass wir mit den vorgelegten Änderungen beim Klimaschutz ein Stück weit vorankommen. Gleichwohl ist der vorliegende Gesetzentwurf sicherlich kein großer Wurf.

(Dr. Stefan Scheffold)

Wichtig für den Klimaschutz ist sicherlich die Dämmung von Altbauten. Bisher hat derjenige, der ein unmittelbar an der Grundstücksgrenze stehendes Gebäude nachträglich dämmen wollte, dies nicht machen können. Mit der angestrebten Gesetzesänderung wird dies möglich. Der Nachbar darf aber nur geringfügig beeinträchtigt werden.

Wir unterstützen es, dass als ein Ergebnis der Anhörung die Obergrenzen von 30 cm auf 25 cm abgesenkt wurden. Damit ist eine effiziente Dämmung möglich; zugleich wird die Beeinträchtigung des Nachbarn begrenzt.

Auch die Regelung zu den Mindestabständen für die Anpflanzung großer Bäume wird von uns unterstützt. Damit wird die Verschattung von Nachbargrundstücken reduziert. Somit können Photovoltaik- und Solaranlagen wesentlich effektiver genutzt werden. Trotzdem können kleine Grundstücke in den Städten begrünt werden.

Der nachbarrechtliche Anspruch auf die Beseitigung höher wachsender Bäume ist bisher auf fünf Jahre befristet. Danach tritt Verjährung ein. Aus der Erfahrung weiß man, dass gerade hohe Bäume zu gewaltigen Störungen führen können, doch oftmals ist dann die Verjährungsfrist schon abgelaufen. Die Verdopplung dieser Frist ist daher geboten. Auch insoweit stimmen wir dem Gesetzentwurf zu.

Kritisch sehen wir bei der Gesetzesänderung, dass versäumt wurde – es wäre möglich gewesen –, die gesamte Regelungsdichte hinsichtlich der Grenzabstände wesentlich zu komprimieren und zu vereinheitlichen. Das wurde auch in der Anhörung so angeregt. Wir meinen, dass hier ein Mehr an Leistung durch die Regierung möglich gewesen wäre. Insgesamt aber wird der Klimaschutz durch die Gesetzesänderung sicherlich verbessert.

Eine Illusion machen wir uns nicht. Aber die getroffenen Regelungen sind für die Privaten tragbar und bringen dem Land sowie den Bürgerinnen und Bürgern ein Stück weit mehr Klimaschutz. In diesem Sinn werden wir dem Gesetzentwurf zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollege Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Die ökologische Modernisierung des Landes ist ein zentrales Gebot der Stunde.

Dieser erste Satz des Vorblatts des vorliegenden Gesetzentwurfs wird, wie sich bei den bisherigen Gesetzesberatungen zeigte, sicherlich bei allen Fraktionen Zustimmung finden.

Aktuell haben die Regierungen des Landes Baden-Württemberg und des Freistaats Bayern in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zur Energiewende darauf hingewiesen, dass es im Bereich Windkraft und bei hocheffizienten Gaskraftwerken im Süden einen großen Nachholbedarf gibt. Dies ist wohl

zweifelloso richtig. Aber genauso groß ist der Nachholbedarf bei der Energieeffizienz von Gebäuden.

Vorausschauend waren die Architekten und Baumeister bis zum 19. Jahrhundert, was Wärmedämmung betraf. Denn der Dämmbedarf bei wirklich alten Gebäuden hält sich in Grenzen. Damals war Energie noch ein knappes Gut und entsprechend teuer.

Ganz anders verhält es sich bei Bauten, die im 20. Jahrhundert – insbesondere in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg – entstanden sind. Zunächst herrschte ein Mangel an Baustoffen und im Zeitalter des billigen Öls leider ein großer Mangel an Einsicht, was den Energieverbrauch und seine negativen Folgen betrifft. Beides zusammen hat bewirkt, dass eine Vielzahl von Gebäuden immer noch echte – so möchte ich sagen – Energieverschleuderer sind. Dies gilt es zu ändern; das wird mit dem im Entwurf vorliegenden Gesetz mit bewirkt.

Eine nachträgliche Dämmung berührt vielerorts die Rechte der jeweiligen Nachbarn. Insoweit muss die Frage, welcher Eingriff zu dulden ist, adäquat geregelt werden. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ist dies unserer Ansicht nach überzeugend gelungen. So wird nicht nur die Umwelt davon profitieren, sondern auch dafür gesorgt, dass Wohnen besser bezahlbar wird.

Der vom Justizministerium erarbeitete Gesetzentwurf, für den ich mich ganz herzlich bedanke, ist bei den sich zwangsläufig ergebenden widerstrebenden Interessen der Nachbarn abgewogen und wird Klagen vermeiden. So hat unser ehemaliger Kollege Winkler in seiner letzten Rede im Plenum auf die Eigenschaft der Deutschen hingewiesen:

Die Deutschen haben drei Hobbys: Fußball schauen, Urlaub machen und Nachbarn verklagen.

Durch diese Regelung soll auch Letzteres letztlich vermieden werden und sollen die Gerichte nicht weiter belastet werden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das wird noch schlimmer, Herr Kollege!)

In diesem Sinn sind auch die Beratungen im Ausschuss sehr einträchtig verlaufen,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

wofür ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen herzlich bedanken möchte.

Die beiden Hauptansatzpunkte – Duldung des Überbaus bei einer nachträglichen Dämmung sowie Höhenbeschränkung bei Bäumen, damit keine Solaranlagen auf dem Nachbargrundstück verschattet werden – werden als richtig und sinnvoll erachtet. Auch aus der Sicht des Naturschutzes ist es durchaus sinnvoll, einmal einen kleineren, dafür aber langsamer wachsenden und länger lebenden Baum zu setzen.

Zuletzt möchte ich nochmals, wie auch im Dezember, den Bürgerinnen und Bürgern danken, die das Beteiligungsportal mit genutzt haben. Es sind erfreulicherweise qualitativ hochwertige Stellungnahmen eingegangen, die sich differenziert mit den Abstandsregelungen in den einzelnen Bundesländern auseinandergesetzt haben.

(Jürgen Filius)

Ich bedanke mich für das fast einstimmige Votum im Ständigen Ausschuss und erhoffe mir hier ebenfalls ein solches.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion erteile ich erstmals dem neuen Kollegen Gürakar das Wort.

Abg. Hidir Gürakar SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor Weihnachten hat Kollege Alfred Winkler an dieser Stelle seine Abschiedsrede gehalten. Heute darf ich zum gleichen Thema meine erste Rede in diesem Plenum halten. Ich denke, einen nahtloseren Übergang kann es kaum geben. Ich kann mir vorstellen, dass viele von Ihnen gespannt darauf warten, was der Neue zu diesem Tagesordnungspunkt sagen kann.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Nichts Neues!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, heute beraten wir in zweiter Lesung die Änderung des Nachbarrechtsgesetzes.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Habe ich gelesen, ja!)

Wie Kollege Winkler bereits feststellte, sind die zeitlichen Abstände zwischen den Änderungen des Nachbarrechtsgesetzes nach dessen Inkrafttreten stets kürzer geworden.

Wir, der Landtag von Baden-Württemberg, nutzen mit dieser Novellierung die uns gegebenen Möglichkeiten, um in zweierlei Hinsicht präventiv zu handeln.

Lassen Sie mich aber eine Anmerkung machen: Gute Nachbarschaft, Rücksichtnahme, gegenseitiges Verständnis und manchmal auch ein offenes Wort im richtigen Tonfall machen das Leben auf beiden Seiten des Gartenzauns leichter. Da es aber oft nicht so ist, bedarf es auch hier der Rechtssicherheit.

Wir nehmen erstens Luft aus immer wieder drohenden gerichtlichen Nachbarschaftsstreitigkeiten heraus, indem wir die energetische Sanierung an den Grundstücksgrenzen erst einmal klar begrüßen, rechtlich fördern und Rechtssicherheit gewährleisten.

Mit dieser Novellierung gehen wir auch weiter als das geltende Bundesrecht. Wir haben unsere guten Gründe, nicht zu warten. Denn zweitens will der vorliegende Gesetzentwurf die Hürden für die energetische Sanierung von Altbauten senken und den Einsatz regenerativer Energien fördern.

Gerade bei Altbauten besteht großes Energieeinsparpotenzial – etwa durch Wärmedämmung. Leider verhindert bzw. erschwert das jetzige Nachbarrecht hinsichtlich der Grenzabstandsregelungen oft die nachträgliche äußere Wärmedämmung. Eine Dämmung innerhalb der Zimmer ist vielfach teuer und scheidet somit auch aus finanziellen Gründen oftmals aus.

In den letzten Tagen konnten wir in verschiedenen Medien lesen, dass die Energiekosten zwischen 2002 und 2012 um 43 % gestiegen sind. Im gleichen Zeitraum entwickelten sich die

Löhne jedoch nur um 17 % nach oben. Das hat spürbare Auswirkungen für die Menschen in diesem Land. Ein Vierpersonenhaushalt muss heute, 2014, im Schnitt 4 % des verfügbaren Einkommens für Heizung und Warmwasser aufwenden, Tendenz steigend.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit wir hier die Klimaziele erreichen und unsere Altbauten langfristig nicht zu teuren, Energie fressenden Domizilen werden, bedarf es der vorgelegten Änderung. Dieser Intention folgen, wie ich feststellte, auch die anderen Fraktionen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Kolleginnen und Kollegen für die bislang noch kurze, doch sehr konstruktive Zusammenarbeit und Ihre Beiträge herzlich bedanken.

Unsere Beratungen finden auch positiven Anklang außerhalb des Parlaments. Der Städte- und der Gemeindetag in Baden-Württemberg sowie zahlreiche Gruppen und Verbände haben sich für diese Änderung ausgesprochen. Das zeigt, dass der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes einen Schritt in die richtige Richtung darstellt.

Lassen Sie mich deshalb noch einmal betonen, dass ich die Intention des Gesetzes begrüße und unterstützenswert finde. Es ist ein wichtiges Problem, das durch diese Novellierung angegangen wird.

Wir alle wissen, dass der richtige Umgang mit dem Klimawandel für uns alle eine, wenn nicht sogar die entscheidende Zukunftsaufgabe darstellt. Die Änderung des Nachbarrechtsgesetzes ist ein weiterer kleiner Baustein im Kampf gegen den Klimawandel.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, im weiteren Verlauf der Beratungen dieser Gesetzesänderung zuzustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Kollegen Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben über diesen Gesetzentwurf in der ersten Lesung im Konsens diskutiert. Wir haben hierüber dann auch im Ausschuss im Wesentlichen im Konsens gesprochen. Die Vorredner haben in sehr anschaulicher und ausführlicher Weise beschrieben, worum es geht. Darunter war sogar eine kapitale Jungferrede, was man bekanntlich auch selten erlebt.

Angesichts dessen möchte ich mich auf folgenden Hinweis beschränken: Das geplante Gesetz erscheint uns vernünftig, und wir werden es in der zweiten Lesung unterstützen.

Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen – Vereinzelt Heiterkeit)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Justizminister Stickelberger.

Justizminister Rainer Stickelberger: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir in der zweiten Lesung heute die Novellierung des Nachbarrechtsgesetzes verabschieden können. Herr Kollege Gürakar hat darauf hingewiesen: Die Praxis wartet auf dieses Gesetz. Der Städte- und der Gemeindefrat, aber auch viele Privateigentümer haben sich geäußert. Mit diesem Gesetz wollen wir gerade den Privateigentümern die Möglichkeit geben, ihren Beitrag zum Klimaschutz in diesem Land zu leisten – gerade in einem Land wie Baden-Württemberg, in dem sehr viele private Eigentümer leben und wo es traditionell viele Hauslebauer gibt, ist dies wichtig.

Mit Klimaschutzziele beschäftigen wir uns in diesem Gesetz, wenn wir die Möglichkeit zur Aufbringung von Wärmedämmungen erleichtern wollen und eine klare Regelung für Überbaumöglichkeiten schaffen. Das ist vor allem in unseren engen, verwinkelten Dorf- und Stadtgebieten mit historisch gewachsener Bausubstanz wichtig, wo wir diese Zwänge haben und Nachbarinteressen zwischen Grundstückseigentümern zum Ausgleich bringen müssen.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Verschattung von Grundstücken durch Bepflanzungen und durch Bäume. Auch das ist ein Problem, das wir gelöst haben im Hinblick auf die Nutzung von Solarenergie, von Fotovoltaikanlagen – ein dringendes Bedürfnis auch im Hinblick auf den Beitrag zur Energiewende, der hierdurch auf privaten Grundstücken geleistet wird.

Ich glaube, wir haben einen guten Ausgleich gefunden zwischen den Interessen des Grundstückseigentümers, der investieren will, und denen des Nachbarn, der von diesen Investitionen betroffen ist.

Herr Dr. Scheffold, Sie haben angesprochen, dass die Regelung sehr kompliziert sei. Dies hängt damit zusammen, dass wir es mit Pflanzen und Bäumen zu tun haben. Jede Pflanze, jeder Baum entwickelt sich anders, wächst anders. Deswegen haben wir eine entsprechende Regelung, die diesem Umstand folgt, schaffen müssen.

Ich glaube, wir haben eine gute Novellierung des Gesetzes hinbekommen. Ich gehe davon aus, dass sie auch im Publikum auf breite Zustimmung treffen wird. Der Bestand ist geschützt. Niemand muss die Gefahr gewärtigen, dass er seinen Baumbestand jetzt im Hinblick auf die Novellierung verändern muss. Das Gesetz gilt für Neuanpflanzungen von Bäumen, und es belässt den Zustand, wie er bisher besteht. Das ist, glaube ich, ganz wichtig, um Befürchtungen auszuräumen.

Im Übrigen glaube ich, dass mit dem Gesetz auch Streit vermieden wird, denn im Gegensatz zur bisherigen gesetzlichen Regelung schaffen wir eine konkrete Abstandsregelung, was den Überbau angeht. Dann gibt es nichts mehr zu streiten, denn er ist mit 25 cm definiert. Die Grenzabstände sind ebenfalls definiert, und die Verjährungsfrist ist klar geregelt.

Ich glaube, mit diesem Gesetz kann auch die Praxis in Nachbarstreitigkeiten gut leben – wobei wir natürlich alle daran interessiert sind, dass solche Streitigkeiten erst gar nicht entstehen. In diesem Sinn bedanke ich mich für die einvernehmliche Beratung in der ersten Lesung, in den Ausschussberatungen und heute in der zweiten Lesung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: In der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 15/4384. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/4632. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Nachbarrechtsgesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Schlussbestimmungen

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 29. Januar 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt und Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes – Drucksache 15/4543

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Integration – Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionen – Drucksache 15/1654 (Geänderte Fassung)

Für die Begründung des Gesetzentwurfs hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten und für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die Begründung des Antrags der Fraktion der SPD hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt. Ich

(Präsident Guido Wolf)

schlage vor, die Beratung über den interfraktionellen Gesetzesentwurf und den Antrag der SPD-Fraktion zusammenzufassen.

Zur Begründung erteile ich Herrn Kollegen Reusch-Frey das Wort.

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wer ein Bestattungsgesetz ändert, sollte das auf der Basis einer breiten gesellschaftlichen und auch politischen Übereinstimmung tun. Dies ist uns in Baden-Württemberg gelungen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Uns allen ist bewusst, dass beim Tod eines nahestehenden Menschen die Tiefen der menschlichen Existenz berührt sind. Deshalb sind wir dieses sensible Thema miteinander und mit viel Fingerspitzengefühl angegangen. Die Paragraphen des Gesetzes wirken hinein in die Sterbehäuser. Sie haben Bedeutung für den Umgang mit Verstorbenen und geben die Regeln für die Bestattung und auch für unsere Friedhofskultur vor.

Dass wir für die Gesetzesänderungen, ja, für alle entsprechenden Gesetzesänderungen, einen Konsens erreicht haben, das ist richtig gut. Es stehen wirklich alle vier Fraktionen hier im Landtag von Baden-Württemberg hinter dem Gesetzentwurf.

Dem ging ein intensiver Verständigungsprozess voraus. Den Ausgangspunkt bildete ein SPD-Antrag zu den Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionen, der am 3. Mai 2012 eingebracht wurde. Der runde Tisch „Islam“ unserer Integrationsministerin Öney bekräftigte den Handlungsbedarf in dieser Sache, und eine gemeinsame öffentliche Anhörung im Sozial- und im Integrationsausschuss am 15. Oktober 2012 deutete große politische Übereinstimmungen an. Vor allem die Stellungnahmen der Kommunen, der christlichen Kirchen, der israelitischen Religionsgemeinschaften und auch der Verbände der Musliminnen und Muslime gingen in ein und dieselbe Richtung. Danach dauerte es ein gutes Jahr, bis alle Punkte gemeinsam geklärt waren. Dieser Zeitaufwand und diese Sorgfalt haben sich gelohnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Umgang mit Sterben, Tod und Trauer spielen die religiöse Prägung und die kulturelle Herkunft der Betroffenen eine besondere Rolle. Nirgendwo sonst kommen der Trost und die Hoffnungskraft der Religion so zum Tragen wie beim Tod eines nahestehenden Menschen.

Gerade deshalb haben wir in der Gesetzesänderung dem Respekt vor dem Religiösen und dem kulturell Geprägten einen herausgehobenen, einen herausragenden Platz eingeräumt. Bestandteile der jüdischen und auch der muslimischen Religion und Kultur kommen in den vorgeschlagenen Änderungen deutlicher zum Ausdruck und zum Tragen als bisher. Das bedeutet: Toleranz bringt Wertschätzung zum Ausdruck und bewirkt vor allem eines: eine bessere Integration der Menschen, die bei uns als Bürgerinnen und Bürger leben.

Die allermeisten Verstorbenen der ersten Generation von Zuwanderern aus der Türkei werden in ihr Herkunftsland zurückgebracht und dort bestattet. Für die junge Generation ist Baden-Württemberg aber die Heimat. Für diese neue Generati-

on ist es auf Dauer sehr unbefriedigend, die Verstorbenen in der Türkei bestatten zu müssen und bestattet zu wissen.

Traditionelle muslimische und auch jüdische Bestattungen sollen deshalb künftig hier bei uns möglich sein, damit die Betroffenen nach ihren Regeln in ihrer Heimat, also hier in Baden-Württemberg, bestattet werden können.

(Beifall der Abg. Rosa Grünstein SPD)

Die Integration darf nicht mit dem Tod enden. Die Integration muss weitergehen und muss auch auf dem Friedhof mit Leben erfüllt werden.

Dass es für die Menschen, die bei uns leben, einen Ort der Trauer in der Nähe gibt und nicht irgendwo in den Herkunftsländern, das muss für uns heute ebenfalls eine Aufgabe der Integration sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den Veränderungen im Einzelnen: Von der jüdischen Seite wie auch von der islamischen Seite wurde die bisher vorgeschriebene Wartezeit zwischen dem Todeszeitpunkt und dem Bestattungszeitpunkt als problematisch angesehen. Aus medizinischer Sicht brauchen wir die bisher vorgegebene 48-stündige Wartezeit eigentlich nicht, um den Tod festzustellen und einen Scheintod auszuschließen. Mit der Abschaffung der 48-Stunden-Wartefrist eröffnen wir neue Möglichkeiten zur gewollten und gewünschten schnellstmöglichen Bestattung nach islamischer und jüdischer Tradition. Damit räumen wir ein Haupthindernis für eine kultur- und religionskonforme Bestattung aus dem Weg.

Dasselbe gilt für die Abschaffung der Sargpflicht. Für eine Bestattung ohne Sarg gibt es religiöse Gründe. Es gibt aus hygienischer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken, wenn Verstorbene in Tüchern bestattet werden. Auch Befürchtungen, dass es sich dabei um eine Billigvariante handeln und das Ganze ausufern könnte, können leicht ausgeräumt werden. Die Bestattung in Tüchern ist recht aufwendig und alles andere als eine Sparversion.

Auch ethische oder ästhetische Bedenken, etwa hinsichtlich der öffentlichen Darstellung der Verstorbenen auf dem Weg von der Aussegnungshalle zum Grab, greifen nicht, weil der Transport zum Grab weiterhin im Sarg erfolgen wird. Also: Keine Angst vor der Bestattung in Tüchern.

Nun komme ich auf das ewige Ruherecht zu sprechen. Bereits heute gibt es auf den meisten Friedhöfen die Möglichkeit eines Wahlgrabs. Hier können die Ruhezeiten verlängert werden, sodass der Wunsch der Juden und Muslime nach dem ewigen Ruherecht umgesetzt werden kann. Hierbei ist durch die kommunalen Satzungen heute schon sehr vieles möglich. Wir regen in der Gesetzesbegründung deshalb an, diesen Weg weiter zu beschreiten und weiter auszubauen.

Sehr geehrte Damen und Herren, damit komme ich zu einem weiteren Änderungskomplex. Dieser bezieht sich auf den veränderten Sprachgebrauch. Im vorliegenden Gesetzentwurf wird das Wort „Leiche“, wo es geht, durch das Wort „Verstorbene“ bzw. „Verstorbener“ ersetzt. Damit nehmen wir die Anregung auf, auch im Gesetz für einen angemessenen Sprachgebrauch zu sorgen.

(Thomas Reusch-Frey)

Des Weiteren wird es möglich sein, reine Urnenfriedhöfe einzurichten. So können etwa Kirchen, die nicht mehr oder teilweise nicht mehr als Gotteshaus genutzt werden sollen, als Friedhöfe ohne Erdbestattung für Urnen dienen.

Ein letzter Aspekt – auf das, was nicht geändert werden soll, möchte ich im Besonderen aufmerksam machen –: Wir werden eine wertebasierte und wertorientierte Grenze beim Umgang mit Urnen einhalten. Hier wollen wir keine Privatisierung. Wir halten also an der Friedhofspflicht fest. Die Trauer ist für uns eine gemeinschaftliche Angelegenheit. Dafür brauchen wir Friedhöfe, Friedhöfe, die allen den Zugang zur Ruhstätte eines Menschen ermöglichen. Am Friedhof als dem zentralen Ort der gemeinschaftlichen Trauer wird also nicht gerüttelt. Mit der Vorstellung einer Urne auf dem Fenstersims oder im Wandschrank oder ausgestreuter Asche im Garten konnten wir uns nicht anfreunden. Damit berücksichtigen wir im Besonderen eine zentrale Forderung und ein zentrales Anliegen der christlichen Kirchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit den vorgesehenen Änderungen im Bestattungsgesetz wird insgesamt das bisher Übliche weiterhin möglich sein.

Für religiöse Überzeugungen – insbesondere aus dem Judentum und aus dem Islam – wird die Tür im Sinne von mehr Integration weit geöffnet.

Dass wir den Gesetzentwurf fraktionsübergreifend erarbeitet haben, ist wirklich ein starkes und ein gutes Signal in unsere Gesellschaft: Integration soll auf dem Friedhof nicht enden.

Jetzt gilt mein Dank dieser interfraktionellen Zusammenarbeit. Ich danke dem Sozialministerium, insbesondere der Ministerin Katrin Altpeter, und unserer Integrationsministerin Bilkay Öney.

Das schriftliche Anhörungsverfahren folgt nun. Wir hoffen, dass wir mit dem Rückenwind dieses Konsenses die Anregungen im Sozialausschuss sachlich und gewissenhaft beraten werden, und wir hoffen, dass wir dann bald ein gutes Bestattungsgesetz für Baden-Württemberg haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der CDU und der Grünen sowie des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Kunzmann.

Bevor Herr Kollege Kunzmann spricht, möchte ich den türkischen Generalkonsul Ari recht herzlich begrüßen, der offensichtlich an dieser Debatte zum Bestattungsrecht in Baden-Württemberg Anteil nimmt. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg möchte unseren muslimischen Mitbürgern, die ja zum Teil schon in der dritten Generation hier leben, eine gute Heimat sein. Zur Heimat gehört es, dass sich die Menschen auch wünschen, dort begraben zu werden, wo sie sich zu Hause fühlen.

Von den muslimischen Mitbürgern lassen sich bislang 4 % hier bestatten; die anderen lassen sich in die alte Heimat – in der Regel in die Türkei – zurückführen.

Das neue Bestattungsrecht, wie es jetzt eingebracht ist, ist ein weiteres Angebot an die hier lebenden Muslime, Baden-Württemberg als ihre Heimat zu sehen. Ebenso wichtig war es aber auch, bei der Realisierung dieses Bestattungsrechts die Kommunen nicht zu überfordern und sie zu nichts zu zwingen. Die CDU-Fraktion unterstützt diesen Gesetzentwurf, weil beiden Maßgaben gleichermaßen Rechnung getragen wird.

Im Einzelnen ist anzuführen: Die Sargpflicht wird grundsätzlich beibehalten. Bei Geltendmachen von religiösen Gründen sind jedoch Ausnahmen möglich. Ich glaube, das ist die wesentlichste Ausnahme. Uns, der CDU, war wichtig, dass es einen religiösen Bezug zu dieser Ausnahme gibt und keine Beliebigkeit einkehrt.

Die Anhörung hat ergeben, dass ein Sarg nicht mehr aus hygienischen Gründen notwendig ist, sondern nur noch beim Transport.

Wir verstehen viele Bedenken von Bestattungsunternehmern. Wir hoffen, dass in der nun folgenden Anhörung praktikable Lösungsvorschläge gemacht werden.

Die 48-Stunden-Frist zwischen Tod und Bestattung fällt weg. Auf der anderen Seite ergibt sich daraus aber auch kein Rechtsanspruch.

Dem Standesamt müssen weiterhin alle Unterlagen in deutscher Sprache vorliegen. Es gibt auch keine Verpflichtung für die Kommunen, Wochenend- und Feiertagsdienste anzubieten. In der Regel und in der Praxis wird es hier sicherlich zu interkommunalen Lösungen kommen.

Den christlichen Kirchen wird es möglich gemacht, bisherige Kirchenhäuser in Kolumbarien umzuwandeln.

Der Aufhebung der Friedhofspflicht für Urnengräber stimmen wir zu, weil sie ausschließlich auf Träger begrenzt ist, die schon bisher einen Friedhof betreiben konnten. Es gibt also kein „Geschäftsmodell“ für private Träger; Kollege Reusch-Frey hat so etwas vorhin als „Privatisierung“ bezeichnet. Das ist ausdrücklich ausgeschlossen.

Wir kommen den Gebräuchen der muslimischen Bestattungskultur, die sehr ausgeprägt und würdevoll gestaltet ist, respektvoll entgegen. Auf der anderen Seite werden mit diesem Gesetzentwurf auch keine religiösen Gefühle von Christen verletzt. Es findet auch kein Missbrauch statt. Die „kostensparende Bestattung“ ist ausgeschlossen.

Ich möchte mich abschließend ausdrücklich bei den beiden Regierungsfractionen bedanken. Sie haben nicht im Alleingang einen Gesetzentwurf gemacht; sie hätten diesen ja mit ihrer Mehrheit auf den Weg bringen können. Die Wünsche der CDU-Fraktion wurden ausdrücklich berücksichtigt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, inzwischen hat eine Delegation aus der Region Kanagawa in Japan unter der Leitung des Vizepräsidenten des Parlaments der Präfektur Kanagawa, Herrn Takahiro Aihara, im Zuhörerraum Platz genommen. Herr Präsident Aihara ist zu Gesprächen mit dem Landtag und der Landesregierung nach Stuttgart gekommen. Außerdem besucht er während seines Aufenthalts in Baden-Württemberg mehrere Wirtschaftsunternehmen der Region. Mit der Präfektur Kanagawa verbindet das Land Baden-Württemberg eine langjährige offizielle Partnerschaft, die bis in das Jahr 1983 zurückreicht.

Sehr geehrter Herr Präsident Aihara, sehr geehrte Gäste aus Japan, ich heiße Sie in der Plenarsitzung des Landtags von Baden-Württemberg herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen informativen und erfolgreichen Aufenthalt in unserem Land. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lucha.

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir gewusst hätten, dass heute japanische Gäste unter uns sind, hätten wir uns vielleicht noch ein bisschen mit den dortigen Bestattungsriten beschäftigt.

(Abg. Walter Heiler SPD: Lieber mit Sushi!)

Aber wir können das ja heute Abend nachlesen. Ich glaube, einige von euch wissen darüber Bescheid.

Zu Beginn sollten wir uns noch einmal die Größenordnung vor Augen führen. Baden-Württemberg hat 10,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Davon sind ein Drittel katholisch, ein Drittel protestantisch, und knapp ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger haben eine andere Religion oder bekennen sich zu keiner eingetragenen Religionsgemeinschaft. Geschätzt sind es 600 000 Bürgerinnen und Bürger mit muslimischem Glauben und 9 000 Bürgerinnen und Bürger mit jüdischem Glauben. Das zeigt die Größenordnung.

Kollege Kunzmann hat vorhin die Sorgen der Bestattungsunternehmer angesprochen. Diese Sorgen haben eine gewisse ökonomische Natur. Diese können wir, glaube ich, schon aufgrund der Größenordnung, über die wir sprechen, ausräumen.

Bislang gab es vor allem für muslimische und jüdische Verstorbene und deren Angehörige keine befriedigende Lösung. Muslime leben zum Teil bereits in der dritten und vierten Generation in Baden-Württemberg. Die Mehrheit von ihnen stammt aus der Türkei. Ein beträchtlicher Teil von ihnen hat bis heute sehr teure Versicherungen abgeschlossen, die gewährleisten, dass sie nach ihrem Tod ausgeflogen werden, um in der Türkei gemäß ihren religiösen Riten bestattet werden zu können.

Das mag für die erste Generation durchaus noch eine verständliche Lösung gewesen sein. Aber für die Muslime, die hier geboren sind, die Bürgerinnen und Bürger dieser Gesellschaft sind, ist das keine annehmbare Lösung. Sie möchten gern dort bestattet werden, wo sie gelebt haben; Baden-Württemberg ist ihre Heimat.

Aber es geht um noch viel mehr. Es geht um die Anerkennung und die Akzeptanz. Riten sind für die Menschen wichtig. Auch die Vorredner haben es gesagt: Der Umgang mit dem Tod ist für uns sicherlich das Intimste und Sensibelste. Dort kommen all unsere Ängste und Sehnsüchte zum Ausdruck; denken wir an die Grabbeigaben im Altertum. All das findet sich im individuellen Umgang, aber auch in unseren äußeren Riten im Umgang mit dem Tod wieder.

In meiner Heimat in der Nähe von Altötting hat man auf dem Weg zur Kirche einen Trauermarsch gespielt, und auf dem Rückweg hat die Blaskapelle, wenn ein älterer Mensch gestorben ist, schon einmal anders intoniert. Das war schon ein erster Weg zur Trauerbewältigung. Das zeigt die ganze Bandbreite, die sich bei uns widerspiegelt.

Ich glaube, es ist wichtig, darauf Rücksicht zu nehmen. Denn die Riten der Menschen können auch die Identifikation mit ihrem Land, ihr Heimischwerden ermöglichen.

Insofern sind die Aufhebung des Sargzwangs, die Ermöglichung der Bestattung im Leintuch und die Aufhebung der 48-Stunden-Frist Schritte, mit denen wir der gesellschaftlichen Realität, den Bedürfnissen der Menschen entsprechen. Ein Festhalten an der bisherigen Regelung hätte die Integration dieser Menschen nicht befördert.

Wir nehmen nun entsprechende Änderungen vor. Es freut uns sehr, dass dies im interfraktionellen Einvernehmen geschieht. Tatsächlich ist nicht nur das Gesetz als Ergebnis, sondern auch der Prozess unserer Debatte – Sie, lieber Kollege Klensk, haben stellvertretend für die CDU-Fraktion und Sie, lieber Kollege Haußmann, stellvertretend für die FDP/DVP-Fraktion mit uns verhandelt. Es waren gute, sachbezogene Debatten. Wir waren uns in der Sache manchmal nicht einig, aber wir haben signalisiert, eine Lösung hinzubekommen.

Wir haben natürlich wahrgenommen, dass es sehr weitgehende Vorstellungen von Liberalisierung gibt, bis hin dazu, dass Menschen die Urne bei sich zu Hause unter dem Apfelbaum bestatten wollen. Es gab auch eine Debatte über eine Seebestattung am Bodensee, eine Debatte – ich sage das als Halbanrainer am Bodensee –, die wir im Umgang mit den Menschen nicht hätten gewinnen können. Wir haben uns, obwohl viele von uns einen sehr freiheitlichen Grundsatz haben, bewusst auf die religiösen Riten, auf die Bedürfnisse der Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens konzentriert, um auch die Tragweite, diesen Schritt, dieses „Step by step“ zu dokumentieren.

Vielleicht gibt es in zehn Jahren die nächste Debatte, die nächste Kulturentwicklung. Aber derzeit steht der interreligiöse, der kultursensible Umgang der Religionen miteinander, der Respekt vor Religionen als Merkmal kultureller Identität im Vordergrund. Deshalb beschränken wir uns ganz bewusst darauf. Dann können wir auch die meisten Menschen mitnehmen. Denn ich denke, der Respekt vor Religion ist etwas, was jede Bürgerin und jeder Bürger in diesem Land hat.

Insofern konzentriert sich der vorliegende Gesetzentwurf auf diesen Personenkreis. Die Novellierung wird dafür sorgen, dass die Menschen, die lange hier gelebt haben, sich auch hier bestatten lassen. Wir werden keinen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung vornehmen. Nach wie vor richtungswei-

(Manfred Lucha)

send ist der Wille der oder des Verstorbenen selbst. Das ist unsere Maßgabe.

Die Wartezeit von 48 Stunden war historisch bedingt. Sie ist heute nicht mehr zu begründen. Auch zum ewigen Ruherecht wurde klargemacht, dass die bisherigen Vorgaben in dieser Form nicht mehr nötig sind.

Die Aufhebung der Sargpflicht bei Erdbestattung, die Möglichkeit der Bestattung in Tüchern ist gegeben. Das ist für die muslimischen Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig. Während des Transports zur Grabstelle gibt es aus hygienischen Gründen weiterhin die Sargpflicht. Die Gesundheitsbehörde kann zum Infektionsschutz auch weiterhin die Verwendung eines Sarges anordnen. Die Aufhebung der Sargpflicht hat keine Auswirkungen auf die bisherigen traditionellen Bestattungspraktiken der Religionen.

Wir schaffen die Möglichkeit, das Friedhofsverständnis zu erweitern. Wir lassen Kolumbarien in ehemaligen Kirchen zu. Auch das ist, glaube ich, ein wichtiger Beitrag dazu, dort individuelle und erweiterte Trauerformen zu ermöglichen.

Alles in allem, liebe Kolleginnen und Kollegen: Bei Themen wie diesem, bei denen wir im Alltag gar nicht so weit auseinander liegen, denke ich manchmal – auch mit Blick auf die Debatten von heute Vormittag –: Mit der Sensibilität, wie wir da vorgegangen sind, könnten wir manche anderen Themen ebenfalls gemeinsam bearbeiten. Das könnte uns oft guttun.

Herzlichen Dank noch einmal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem auch im Sozialministerium, für die ganz profunde technische und verwaltungstechnische Beratung. Hier ist uns etwas wirklich Sensibles gut gelungen.

Danke sehr.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Was lange währt ...“, könnte man sagen. Aber bei diesem wichtigen Thema haben wir, glaube ich, über alle Fraktionen hinweg die angemessene Sorgfalt und Sensibilität aufgebracht und haben uns intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt.

Vorausgegangen war eine umfangreiche öffentliche Anhörung am 15. Oktober 2012, die, meine ich, sehr deutlich und sehr fundiert gezeigt hat, dass die Vielfalt der in Baden-Württemberg gelebten Kulturen und Religionen nicht mehr mit dem bestehenden Bestattungsgesetz abgedeckt werden kann.

Max Frisch hat einmal gesagt: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kamen Menschen.“ Allein in Baden-Württemberg leben heute beispielsweise über 600 000 Muslime. Für viele ist Baden-Württemberg zur Heimat geworden, und sie wünschen sich hier bei uns in Baden-Württemberg eine Bestattung, wie es ihre Religion vorschreibt. Es sind nicht nur muslimische, es sind auch jüdische, orthodoxe, buddhistische und hinduistische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die ihre Tradition bei der Bestattung in Baden-Württemberg pflegen wollen.

Die Neuregelung – das ist uns über alle Fraktionen hinweg wichtig – bedeutet nicht, dass bisher in Baden-Württemberg gepflegte und gelebte Rituale aufgegeben werden müssen. Liberale Politik beginnt mit der Betrachtung der Realitäten, mit der Suche nach vernünftigen Lösungen und der Orientierung am Menschen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist ja mal was Neues!)

Wir freuen uns, dass die Lebenswirklichkeit in Baden-Württemberg mit der Vielfalt an Kulturen nun auch Einzug in die Rechtswirklichkeit und in das Bestattungswesen findet. Wir wollen, dass die Menschen, die zu uns gekommen sind und hier gut integriert leben wollen, nach ihrem Tod auch hier nach ihren religiösen Vorschriften beerdigt werden können, ohne dass unsere christliche Bestattungskultur Einschränkungen erfahren müsste. Denn auch wenn zukünftig die Beisetzung in Leichtentüchern möglich wird, bleibt die Pietät durch die Pflicht zum Transport der Verstorbenen auf dem Friedhof in einem Sarg bis zum Grab gewahrt.

Die Themen wurden im Detail schon angesprochen. Auf diese will ich im Einzelnen nicht noch einmal eingehen. Aber für uns war auch wichtig, dass die Kommunen weitgehende Ausgestaltungsmöglichkeiten behalten. Es wird nicht jeder Kommune möglich sein, alle Ausgestaltungsmöglichkeiten anzubieten. Aber es werden für die Kommunen weitreichende Möglichkeiten der Umsetzung geschaffen. Die Ausgestaltung der Bestattungen wird vernetzt mit dem Dialog vor Ort. Dort werden in der Satzung die entsprechenden Möglichkeiten für die Bestattungsvariationen geschaffen werden können.

Ich sage an dieser Stelle ebenfalls herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums. Wenn man sich mit der Thematik im Vorfeld beschäftigt hat, weiß man, wie detailliert die Regelungen sein müssen, welche Fragen damit verbunden sind. Insofern sagen wir herzlichen Dank für die Begleitung in der Beratung.

Jetzt gibt es noch eine umfassende, umfangreiche Möglichkeit, im Anhörungsverfahren Stellung zu nehmen. Da sind wir, glaube ich, auch in einem sehr offenen Dialog.

Abschließend gestatten Sie mir, einfach persönlich noch die Erfahrungen aus der Anhörung am 15. Oktober 2012 zu schildern. Für mich persönlich war es sehr bereichernd, an diesem Tag nochmals von den Vertretern der unterschiedlichen Religionen sehr umfangreiche Informationen zu bekommen. Das Anhörungsprotokoll mit 69 Seiten ebenso wie sicherlich auch die Stellungnahmen im Rahmen der Anhörung, die jetzt durchgeführt wird, empfehlen sich sicherlich zur Weiterreichung. Ich habe das selbst schon getan; ich habe das Protokoll beispielsweise meinem örtlichen Pfarrer gegeben. Ich habe mit Bestattungsunternehmern darüber gesprochen. Das ist auch für diese eine umfassende Information, die sie in dieser Weise bisher nicht zur Verfügung gehabt haben.

Das bietet, glaube ich, auch die Möglichkeit, vor Ort in einen Dialog über ein Thema einzusteigen, über das wir alle doch nur mit Schwierigkeiten sprechen können, also ein Tabuthema aktiv anzugehen, indem man beispielsweise mit Pfarrern, aber auch mit den Menschen vor Ort diese Fragen bespricht. Da ist dieses Protokoll eine wirklich hervorragende Möglichkeit, sich über dieses Thema detailliert auszutauschen. Ich

(Jochen Haußmann)

kann nur anregen, es einmal durchzulesen; denn das ist eine sehr gute Basis dafür, dass wir uns über dieses Thema gemeinsam austauschen.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Abg. Haußmann, auch für die Vorschläge, wie man in den Wahlkreisen Veranstaltungen zu diesem Thema durchführen kann.

Ich darf jetzt für die Landesregierung Frau Sozialministerin Altpeter das Wort erteilen.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg ist ein weltoffenes Land. Wir wollen, dass Menschen aus anderen Nationen zu uns kommen, um an unserem Wohlstand teilzuhaben, aber auch, um daran mitzuwirken.

Die Menschen, die zu uns nach Baden-Württemberg kommen, müssen viele Schritte auf uns zugehen. Nur so können sie sich integrieren. Allerdings ist Integration keine Einbahnstraße, denn auch wir haben die Aufgabe, auf die Menschen aus anderen Kulturkreisen zuzugehen.

Zur Integration gehört daher die Bildung einer neuen Wertegemeinschaft mit dem Einbezug anderer, neuer Wertevorstellungen. Integration aber ist kein Hebel, den man umlegt, sondern ein lange andauernder und differenzierter Prozess des Zusammenwachsens. Dazu müssen wir alle aufeinander zugehen.

Deutlich wird dies nicht zuletzt bei der Bestattungskultur; denn der Umgang mit Verstorbenen ist – wenn auch im Alltag oft nicht spürbar – ein zentraler Bestandteil von kultureller Identität. Wirkliche Heimat kann nur dort entstehen, wo Bestattungen stattfinden in einer Art, die mit der eigenen kulturellen Prägung vereinbar ist. Daher war es richtig und wichtig, das Bestattungsrecht der Wirklichkeit in Baden-Württemberg im Jahr 2014 anzupassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, viele Gesetzesvorhaben, über die im Landtag beraten wurde, konnten erst nach zähem Ringen und häufig bei inhaltlicher Differenz verabschiedet werden. Daher freut es mich, dass es uns in seltener politischer Eintracht gelungen ist, Bestattungsformen anderer Kulturen und Religionen mehr Raum zu geben.

Den nun vorgelegten Gesetzentwurf halte ich für ein gelungenes Beispiel für die Abwägung zwischen unseren bisherigen, christlich geprägten Ritualen und den Ritualen anderer Religionen. Entscheidend ist, dass alle gelebten Rituale beim Verlust geliebter Menschen Halt und Trost spenden können. Deshalb ist der Schritt, die Sargpflicht aufzuheben, richtig.

Die Abschaffung der Mindestwartezeit von 48 Stunden nach Eintritt des Todes bis zur Bestattung ist ebenfalls richtig, weil durch die ärztliche Leichenschau die in der Vergangenheit vorhandene Gefahr, Scheintote zu bestatten, nicht mehr besteht.

Beide Maßnahmen kommen Angehörigen anderer Religionen wie des Islams oder des Judentums entgegen. Sie tragen sicherlich dazu bei, dass wir bei der Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger ein Stück weiterkommen.

Die konsequente Verwendung des Begriffs „Verstorbener“ statt „Leiche“ stellt eine bessere Basis für einen würdigen Umgang mit dem Sterben, aber auch mit dem Tod dar.

Es wird die Möglichkeit geschaffen, reine Urnenfriedhöfe in der Trägerschaft von Kommunen oder Religionsgemeinschaften mit Körperschaftsstatus einzubeziehen, bei denen ein Teil der Regularien für Erdbestattungen entfallen.

Die für Juden und Muslime wichtige ewige Ruhe ist bereits nach geltendem Recht möglich; es bedarf daher hier keiner Gesetzesänderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, mich bei allen vier im Landtag vertretenen Fraktionen für die gemeinsame Arbeit zur Änderung des Bestattungsrechts zu bedanken. Wenn das Sozialministerium hier behilflich sein konnte, dann kann uns das nur recht sein.

In diesem Sinn: Herzlichen Dank für die Beratungen zum Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Frage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Sie wird gestattet. – Bitte, Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Ministerin, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich mit diesem Thema erst heute im Detail befasst. Ich möchte mich ganz herzlich – aufgrund eigener Betroffenheit vor 23 Jahren – für § 30 Absatz 2 im Entwurf des Bestattungsgesetzes bedanken. Damals war es nur aufgrund des Engagements des von der Diakonie getragenen Krankenhauses möglich, ein kleines Kind würdig zu bestatten. Dafür herzlichen Dank.

Ich habe aber auch zwei Fragen, Frau Ministerin, die man vielleicht noch im Ausschuss ansprechen sollte. Mir ist aufgefallen, dass die Mindestruhezeit bei Kindern auf sechs Jahre reduziert wird. Hierzu habe ich die Frage: Gibt es Erfahrungen mit geologisch problematischen Friedhöfen, beispielsweise mit degradierten Tonböden oder Lettenkeuper mit entsprechender Wasserführung? Vielleicht kann man noch Erfahrungen dazu einholen, ob vor diesem Hintergrund die Reduzierung der Mindestruhezeit auf sechs Jahre richtig ist.

Meine zweite Frage: Sie haben gerade gesagt, dass Sie den Terminus „Leiche“ durch „Verstorbener“ ersetzen wollten. Allerdings wurde dieses Wort als Bestandteil des Begriffs „Leichenhalle“ nicht ersetzt. Ist man bewusst bei diesem Begriff

(Dr. Friedrich Bullinger)

geblieben, oder hat man dies einfach übersehen? Ich habe die Frage, ob man für „Leichenhalle“ auch einen anderen Terminus finden könnte, z. B. „Verstorbenenhalle“ oder etwas Ähnliches. Vielleicht kann man das im Ausschuss noch einmal ansprechen.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Bullinger, für Ihre Fragen und Ihre Anregungen.

Wir werden sicherlich noch die Erfahrungswerte der betroffenen Kommunen einholen, um in der Frage nach der Reduktion der Mindestruhezeit auf sechs Jahre bei Vorliegen problematischer geologischer Gegebenheiten vertiefende Erkenntnisse zu gewinnen.

Zum zweiten Punkt: Mir wäre es auch recht, wenn wir für „Leichenhalle“ zu einer anderen Begrifflichkeit gelangen könnten. Mit dem entsprechenden Begriff sollte aber auch ein normaler Mensch klarkommen, und der Begriff sollte nicht noch verschrobener sein als der derzeitige. Wenn Sie Ideen haben, ist der Sozialausschuss bestimmt gern bereit, sich diese anzuhören und möglicherweise in den endgültigen Gesetzesvorschlag aufzunehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Frage: Was machen wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf?

(Ministerin Katrin Altpeter: An den Sozialausschuss überweisen!)

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/4543 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Wir kommen nun zur geschäftsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 15/1654 (Geänderte Fassung). Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, weise ich die Mitglieder des Innenausschusses darauf hin, dass in 15 Minuten die Sitzung des Innenausschusses im Königin-Olga-Bau, Raum 433, beginnt.

Wir unterbrechen die Sitzung für die Mittagspause bis 13:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:26 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:45 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne den Nachmittagsteil der heutigen Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Für die Regierungsbefragung wurde von der SPD-Fraktion das Thema

Landärzteprogramm

angemeldet. Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort zur Einbringung dieses Themas Herrn Abg. Wahl.

Abg. Florian Wahl SPD: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! In Baden-Württemberg gibt es eine im Durchschnitt gute hausärztliche Versorgung – aber eben nur im Durchschnitt. Gerade im ländlichen Raum haben wir das Problem, dass sich oftmals keine Nachfolger für Hausärztinnen und Hausärzte finden, die in Rente gehen oder sich zur Ruhe setzen. In diesen Regionen wird – für eine immer älter werdende Gesellschaft – die Hürde zur nächsten Arztpraxis immer höher.

Deswegen arbeiten verschiedene Verantwortliche auf unterschiedlichen Ebenen, wie die Kassenärztliche Vereinigung in Baden-Württemberg mit ihrem Modell der RegioPraxis und die betroffenen Kommunen, mit bestimmten Anreizsystemen, um Ärztinnen und Ärzte in diese Kommunen zu locken. Auch die Bundesregierung und der Bundesgesetzgeber sind tätig geworden und haben verschiedene Rahmenbedingungen verändert.

Auch die Landesregierung ist ein wichtiger Akteur in diesem Spiel. Deswegen haben wir auch im Koalitionsvertrag wichtige Punkte festgeschrieben, z. B. die Stärkung der Position der Hausärztinnen und Hausärzte in ärztlichen Gremien und bei der Abzeichnung der erbrachten Leistungen, Modellvorhaben zur Erprobung neuer Formen der Substitution ärztlicher Leistungen oder verbesserte Zulassungsmöglichkeiten für medizinische Versorgungszentren, auch wenn ihre Träger natürlich die Kommunen sind.

Meine Frage an die Landesregierung ist: Wie und warum wurde das Landärzteprogramm in den letzten Jahren weiterentwickelt, und welche Zwischenbilanz kann die Landesregierung für dieses Programm ziehen?

Herzlichen Dank.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Kann man das nicht daheim klären? – Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Altpeter.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg weist insgesamt betrachtet einen hohen Versorgungsgrad der Bevölkerung mit ambulanten ärztlichen Leistungen auf. In den meisten Planungsregionen herrscht zwar rechnerisch Überversorgung, in Einzelfällen kommt es jedoch insbesondere im ländlichen Raum lokal begrenzt zu Versorgungsengpässen, die von der derzeitigen großräumigen Bedarfsplanung nur unzureichend abgebildet werden. Es bestehen zum Teil Schwierigkeiten, Nachfolgerinnen und Nachfolger für eine Arztpraxis zu finden, und in einzelnen Gemeinden droht

(Ministerin Katrin Altpeter)

die Situation, dass eine haus- oder fachärztliche Versorgung innerhalb der Kommune nicht gewährleistet werden kann.

Im Jahr 2011 wurde von der damaligen Landesregierung das Aktionsprogramm „Landärzte“ beschlossen. Teil dieses Konzepts war u. a. ein Förderprogramm, mit dem familienfreundliche, innovative Modelle zur ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum finanziell gefördert werden sollten. Allerdings stellte sich im Laufe der Umsetzung des Förderprogramms heraus, dass insbesondere die Beschränkung auf familienfreundliche Projekte ein Förderhemmnis darstellte. So konnten bis zum Jahresende 2011 von 20 Förderanträgen lediglich drei positiv beschieden werden.

Daher entschied sich die neue Landesregierung, das Förderprogramm umzugestalten und die Zielsetzung der Förderung auf eine Verbesserung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum zu verschieben. Dabei wird die zukünftige Förderung von familienfreundlichen Projekten mit eingeschlossen. Das hat dazu geführt, dass das Förderprogramm im Sommer 2012 mit dem Ziel der Sicherstellung der ambulanten hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum überarbeitet wurde, um damit die ambulante hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum zufriedenstellend zu gestalten.

Das Programm insgesamt richtet sich an Fachärzte für Allgemeinmedizin, Kinder- und Jugendärzte sowie hausärztlich tätige Internisten. Bis zu 30 000 € Landesförderung kann ein solcher Arzt, eine solche Ärztin erhalten, wenn er bzw. sie sich in Baden-Württemberg in einem vom Sozialministerium ausgewiesenen Fördergebiet im ländlichen Raum niederlässt. Zuwendungsvoraussetzung ist die Aufnahme einer vertragsärztlichen Tätigkeit in einem vom Sozialministerium ausgewiesenen Fördergebiet. Dabei wird nicht unterschieden, ob es sich um eine selbstständige Tätigkeit oder ein Anstellungsverhältnis handelt; das sind alles keine Unterscheidungsmerkmale.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Eine weitere Frage des Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Ministerin Altpeter, herzlichen Dank für die Erläuterungen, auch für den Hinweis, dass Sie dieses Programm umgestaltet haben.

Mich würde interessieren, wie viele Mittel aus dem Landärzteprogramm bisher abgerufen worden sind. Sie hatten ja gesagt, dass Sie die Förderkriterien umgestellt haben. Wie hat sich dies seither bei der Zahl der Förderanträge bemerkbar gemacht?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Abg. Haußmann, nach der Neuaufrichtung im Sommer 2012 können wir heute sagen, dass das Programm insgesamt gut angenommen wird. Mit Stand Januar 2014 lagen dem Ministerium über 90 Anträge und Anfragen aus 28 Landkreisen vor. 28 Förderanträge mit einer Gesamtfördersumme von über 500 000 € konnten bereits bewilligt werden.

Die Voraussetzungen dafür sind: Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller muss eine vertragsärztliche Zulassung im För-

dergebiet erhalten – unter Umständen als Angestellter –; bei der Errichtung einer Zweitpraxis, einer sogenannten Nebenbetriebsstätte, bedarf es der Genehmigung der Kassennärztlichen Vereinigung oder der Ermächtigung des Zulassungsausschusses; und er bzw. sie muss sich verpflichten, innerhalb von sechs Monaten nach der zulassungsrechtlichen Entscheidung eine vertragsärztliche Tätigkeit als Hausärztin bzw. Hausarzt im Fördergebiet aufzunehmen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Klenk.

Abg. Wilfried Klenk CDU: Frau Ministerin, können Sie sagen, wie viele der gestellten Anträge aus Gebieten kamen, wo wir bereits heute einen gravierenden Ärztemangel haben, und ob es – ich sage es einmal vorsichtig – dabei auch Mitnahmeeffekte gab?

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Die Frage nach Mitnahmeeffekten stellt sich bei nahezu jedem Programm. Allerdings können wir dies beim Landärzteprogramm ausschließen, weil eben die Fördergebiete sehr genau festgelegt wurden.

Wir haben insgesamt 60 Anträge und ca. 30 Anfragen bekommen. Wir müssen natürlich, wenn Anfragen oder Anträge aus Gebieten kommen, die nicht als förderfähig eingestuft sind, diese entsprechend ablehnen. Deswegen kann man, denke ich, nicht von Mitnahmeeffekten reden.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage des Abg. Wahl für die SPD-Fraktion.

Abg. Florian Wahl SPD: Frau Ministerin, wie teilt sich die Förderung auf zwischen Ärztinnen und Ärzten, und welche Schlüsse zieht die Landesregierung hieraus in Bezug auf die Chancengleichheit in der beruflichen Karriere von Ärztinnen und Ärzten?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Danke, Herr Präsident. – Es zeigt sich für uns, dass die Förderung zielgenau ankommt. Insgesamt ist positiv zu vermerken, dass über 45 % der bewilligten Förderanträge auf Ärztinnen entfallen. Wir tragen also durch diese Fördermaßnahmen unseren Teil dazu bei, dass die Niederlassungshürden für Ärztinnen sinken.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Ministerin, das Landärzteprogramm ist zunächst einmal bis zum 30. Juni 2014 befristet. Daher ist nun die Frage: Planen Sie eine Verlängerung dieses Programms?

Sie haben eingangs beschrieben – auch Kollege Wahl hat darauf hingewiesen –, dass wir auch aufgrund der demografischen Entwicklung bei den Ärztinnen und Ärzten immer stärker auf einen Mangel zusteuern, sodass wir in den nächsten zehn Jahren vor gewaltigen Herausforderungen stehen. Planen Sie über die beschriebenen Maßnahmen hinaus, möglicherweise in Zusammenarbeit mit Kommunen – die ja ebenfalls vor diesen Herausforderungen stehen –, weitere Maßnahmen, um dem Ärztemangel zu begegnen? Beispielsweise wä-

(Jochen Haußmann)

re an Rückkehrhilfen für junge Ärztinnen und Ärzte zu denken, die ins Ausland gegangen waren, nun aber ein Interesse haben, wieder zurückzukommen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Herr Kollege Haußmann, wir können zunächst einmal natürlich feststellen, dass die Förderung zielgenau ankommt und dass aufgrund der Förderkriterien genau die Gemeinden erreicht werden, die im ländlichen Raum liegen und akut oder perspektivisch eine schlechte Versorgungslage aufweisen.

Allerdings muss man auch sagen, dass das Landärzteprogramm nur ein Teilbeitrag dazu sein kann, die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum zu fördern. Das ist tatsächlich nur ein Beitrag.

Sicherlich spielt bei der Antwort auf Ihre Frage auch eine Rolle, wie sich Kommunen, wie sich Gemeinden engagieren. Auch da gibt es bereits eine Vielzahl von Möglichkeiten. So kann im Land eine Förderung beispielsweise auch durch die Zurverfügungstellung von Praxisräumen und Ähnliches erfolgen.

Ein weiterer Aspekt betrifft den Bundesgesetzgeber. So ist in der letzten Legislaturperiode beispielsweise die Residenzpflicht aufgehoben worden. Auch dies hat eine Niederlassungshürde darstellen können.

Aber um eine Versorgung insgesamt zu gewährleisten, auch in bislang minderversorgten Regionen, wird es einer Vielzahl von Anstrengungen bedürfen. Diese müssen einerseits vom Land, andererseits von den Kommunen, zum Dritten nicht zuletzt aber auch von den Kassenärztlichen Vereinigungen sowie vom Bundesgesetzgeber ausgehen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Fragen vor. Der erste Teil der Regierungsbefragung ist damit beendet. Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zum zweiten Thema der Regierungsbefragung:

E n e r g i e w e n d e / P r o b l e m p u n k t e / W i r t s c h a f t

Eingebracht wurde es von der Fraktion der CDU.

Ich erteile hierzu Herrn Abg. Nemeth das Wort.

Abg. Paul Nemeth CDU: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister Dr. Schmid, die Zeitungen sind heute voll mit Berichten von dem Treffen zwischen Herrn Kretschmann und Herrn Seehofer, das in der vergangenen Woche in Ulm stattfand. Die Meldungen – Sie, Herr Minister, haben ja auch reagiert – tragen Überschriften wie: „Schmid funkt Kretschmann und Seehofer dazwischen“, „Leider werden solche Sachen durchgestochen“, „Geht Kretschmann mit Horst Seehofer fremd?“, „Blackout-Angst im Süden“, „Gegenwind aus dem Süden“, „Es wird Zeit, dass sich mehr dreht“ und

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das sind ja zwei Fragen!)

„Südländer schmieden Bündnis“.

Ich hoffe zunächst einmal, dass Sie uns dankbar sind, dass wir Sie befragen und nicht den Umweltminister, der bei diesem Treffen dabei war. Laut einem Bericht der heutigen Ausgabe der „Stuttgarter Nachrichten“ sagten Sie:

Wichtige wirtschaftliche und energiepolitische Interessen Baden-Württembergs müssen berücksichtigt werden.

Das ist nach Ihrer Einschätzung in dem Papier, das bei dem Treffen erarbeitet wurde, offenbar nicht der Fall.

Wir haben nun gehört – darauf zielt meine erste Frage –, dass dieses Treffen, das bereits am Donnerstag letzter Woche stattfand, kein offizielles Treffen war. Wir zumindest haben nichts davon gewusst, und Sie offensichtlich auch nicht. Bei einem Thema wie der Energiewende, das ja, wie wir alle immer wieder sagen, den gesamtgesellschaftlichen Konsens benötigt – der über alle Grenzen von Regierungen unterschiedlicher Couleur hinweg, wie wir sie in Deutschland haben, bis 2050 Bestand haben muss –, stellt sich mir die Frage: Ist es klug und richtig, hierzu ein Treffen zu veranstalten, an dem weder Vertreter des Koalitionspartners noch Vertreter der Regierungsfaktionen beteiligt sind? Die Fraktion GRÜNE und die Fraktion der SPD wurden über dieses Treffen offensichtlich nicht informiert. Als Ergebnis dieses Treffens wurde ein Manifest verabschiedet, das inhaltlich nicht besonders aussagekräftig ist. Hierzu interessiert mich Ihre Einschätzung.

Zum Zweiten: Jetzt wurde mit großem Aufwand das Eckpunktepapier von Herrn Gabriel zur EEG-Novelle formuliert. Das baden-württembergische Kabinett war dabei vertreten; Sie waren dabei, und Herr Friedrich war dabei – wie ich gehört habe, hat er sich auch engagiert eingebracht und die Interessen des Landes vertreten. Diese Eckpunkte wurden nun vom Bundeskabinett verabschiedet, unter Mitarbeit und mit Zustimmung der Regierung Baden-Württembergs. Eine Woche später tritt nun der grüne Koalitionspartner gegen dieses einstimmig verabschiedete Papier auf. Mich würde interessieren, wie Sie dies einschätzen.

Inhaltlich möchte ich zudem fragen, ob Sie es richtig finden, dass Regierungsmitglieder der SPD erst in der gestrigen Kabinettsitzung durch Ministerpräsident Kretschmann über den Inhalt des bei diesem Treffen erarbeiteten Papiers informiert wurden.

Diese Fragen möchte ich an den Anfang stellen. Danach kommen noch ein paar weitere inhaltliche Fragen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Investigativ!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bevor ich dem Herrn Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Schmid das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass die Einbringung der Frage einschließlich der Begründung nicht länger als drei Minuten umfassen darf. So steht es in der Geschäftsordnung.

Ich habe Sie nicht unterbrochen; Sie haben drei Minuten und 50 Sekunden benötigt. Aber 50 Sekunden hin oder her, mehr oder weniger Wind.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich wollte nur noch einmal darauf hinweisen.

Ich erteile nun für die Landesregierung Herrn Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Schmid das Wort.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Nemeth, ich versuche jetzt einmal ausgehend von Ihrem Statement auf mögliche Fragen einzugehen, die darin enthalten sind.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die waren ganz konkret!)

Vielen Dank für die netten Zitate aus der Presseschau. Dabei war, meine ich, ein Zitat besonders wichtig: „Es wird Zeit, dass sich mehr dreht.“ Wir sind uns sicherlich einig, dass die Windkraft ausgebaut werden muss, gerade auch in Baden-Württemberg.

Was die Treffen des Herrn Ministerpräsidenten angeht, meine ich: Wenn wir jetzt damit anfangen würden, uns gegenseitig über jedes Treffen vorab zu informieren, dann wären wir nur noch damit beschäftigt, uns gegenseitig vorab zu informieren und einander mitzuteilen, mit wem wir was aktuell besprechen. Es ist völlig normal, dass die Minister, die Ministerpräsidenten, die Staatssekretäre mit ihren jeweiligen Kollegen Gespräche führen und auch Dinge vorsondieren,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das tun auch die Fraktionsvorsitzenden!)

um die Schlagkraft Baden-Württembergs im Bundesrat zu verstärken. Insofern ist es richtig: Dieses Treffen hat stattgefunden, und ich wurde darüber informiert, dass es stattgefunden hat, so, wie das bei anderen Treffen auch der Fall ist – manchmal wird man eben auch nicht informiert, je nachdem, worum es geht.

Entscheidend ist der Inhalt, und entscheidend sind die Landesinteressen. Der Ministerpräsident hat im Gespräch mit Herrn Seehofer diese Landesinteressen beim Thema Energiewende eingebracht und hat versucht, in Teilen gemeinsame Positionen mit Bayern zu erarbeiten. Dies hat Eingang in ein Papier gefunden, das Ihnen inzwischen auch öffentlich vorliegt.

Dass solche Landesinteressen nicht immer zu 100 % deckungsgleich mit dem sind, was die Bundesregierung bei der Reform des EEG plant, ist auch nichts Neues. Ich will aber festhalten – so steht es auch in dem Papier –, dass die von der Bundesregierung, von Union und SPD gemeinsam vorgelegten Eckpunkte zur Reform des EEG unter der Federführung von Bundesminister Gabriel ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sind. Denn das, was Gabriel unternimmt, ist, dass er das Zieldreieck bei der Energiewende ernst nimmt. Das Zieldreieck heißt Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Energiewende, also Ausbau der erneuerbaren Energien.

Dies ist der erste ernsthafte Versuch, das Thema „Bezahlbarkeit der Energiewende“, konkret an der Ausgestaltung des EEG festgemacht, anzupacken. Ich glaube, da verdient Gabriel nicht nur die Unterstützung in der Bundesregierung und im Bundestag, sondern auch im Bundesrat.

Dass wir in einzelnen Aspekten mit den Eckpunkten noch nicht einverstanden sein können – zum Teil liegt es auch daran, dass diese noch nicht konkret genug formuliert sind –, liegt in der Natur der Sache. Das betrifft insbesondere die Förderung von Windkraft onshore. Das ist ja auch aus den öffentlichen Diskussionen bekannt.

Hier gibt es in der Tat gemeinsame Interessen von Bayern und Baden-Württemberg, übrigens auch gemeinsame Interessen, die über diese beiden Länder hinausgehen, wenn ich an Rheinland-Pfalz oder auch an Nordrhein-Westfalen denke. Denn die Klimaschutzziele dieser Länder beruhen darauf, dass die erneuerbaren Energien massiv ausgebaut werden, und das gelingt nach Lage der Dinge in Ländern wie Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen, Bayern, Baden-Württemberg nur, wenn wir noch einmal einen massiven Schub bei der Windkraft zu Lande bekommen. Deshalb gilt in den Diskussionen in den nächsten Wochen und Monaten ein besonderes Augenmerk der Ausgestaltung der Förderung von Windkraft onshore.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Weitere Landesinteressen, die Berücksichtigung finden müssen – Sie haben darauf hingewiesen –, sind natürlich unsere Technologieführerschaft in der Fotovoltaik und die weitere Ausgestaltung der Fotovoltaik; denn sie leistet im Süden der Republik einen wichtigen Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

Dazu gehört, dass wir das Thema „Bezahlbarkeit für Mittelstand und Verbraucher“ und die entsprechenden Instrumente im EEG im Blick haben. Dazu gehört, dass wir die Netzintegration der erneuerbaren Energien über das EEG sicherstellen, und es gehört das Thema dazu, wie wir mit den konventionellen Kraftwerken umgehen, die zur Sicherstellung der Grundlast notwendig sind, die aber unter den jetzigen Rahmenbedingungen von den Energieversorgungsunternehmen nicht zu auskömmlichen Preisen vorgehalten werden können. Da ist richtigerweise auf die Kapazitätsmärkte hingewiesen worden.

Noch dringender ist sicherlich ein Sofortprogramm, in einem ersten Schritt über die Reservekraftwerksverordnung, um Energieversorgungsunternehmen wie beispielsweise auch die EnBW in die Lage zu versetzen, dieser Aufgabe der Grundversorgung, die im öffentlichen Interesse steht, auch zu auskömmlichen Preisen nachzukommen.

Das sind alles Dinge, die wir in den nächsten Wochen diskutieren sollten.

Sie können sich darauf verlassen, dass wir gemeinsam in der Landesregierung alle Kanäle nutzen werden, um Bündnisse zu schmieden, breite Bündnisse im Bundesrat zu schmieden, um diese Landesinteressen durchzusetzen. Da ist der Ministerpräsident in seiner Funktion unterwegs, ich in meiner, der Bundesratsminister in seiner Funktion, und vor allem der zuständige Fachminister als Energieminister ebenfalls in seiner Funktion. Sie sehen also, die Landesinteressen sind bei uns in besten Händen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Also fanden Sie das Treffen gut?)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Zimmermann, wenn Sie etwas fragen wollen, dann melden Sie sich. Das ist ja auch eine Frage, die Sie natürlich stellen können.

Schauen Sie doch in die Geschäftsordnung. Fünf Minuten lang darf man antworten. Wenn Sie auf die Uhr schauen, dann wissen Sie, dass das in diesem Rahmen war.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

– Natürlich war das in diesem Rahmen. Wenn der Fragesteller 50 Sekunden überzieht, dann kann der Minister auch 28 Sekunden überziehen. Ich weiß gar nicht, welche Hektik da jetzt hineinkommt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann gilt aber auch, dass sich die Regierung an die Zeit hält! Das gilt nicht nur für die Redner der CDU-Fraktion!)

– Das ist doch kindisch. Das muss ich wirklich sagen.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Ich kann Ihnen versichern: Die Lampe vor mir hat geblinkt, und ich bin dann ganz schnell zum Ende gekommen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es ist nicht Aufgabe von Herrn Schebesta, hier die Haltung des Präsidenten zu kontrollieren, und er hat sie auch nicht zu kritisieren. Das ist auch klar.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dann hat er wenigstens etwas zu tun! – Zuruf von der CDU)

Die nächste Wortmeldung liegt von Herrn Kollegen Stober von der SPD-Fraktion vor. – Bitte, Herr Kollege Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Finanzminister, wir sind uns, glaube ich, einig, dass sich bei der Energiewende endlich etwas drehen muss und dass das jetzt auch passiert, seitdem Sigmar Gabriel Bundesenergieminister ist. Wir sind uns sicherlich auch einig, dass wir hier in Baden-Württemberg unsere eigenen Interessen vertreten müssen – insbesondere in dem sensiblen Bereich Windkraft onshore.

Ich möchte Sie fragen, Herr Minister – es gibt ja jetzt dieses Manifest, unterschrieben von Herrn Kretschmann und Herrn Seehofer –, ob Sie insbesondere im Bereich Windkraft onshore, möglicherweise aber auch in anderen Bereichen Punkte sehen, bei denen man sozusagen über diese Nachsteuerungspunkte hinaus, die in dem Manifest stehen, weiter nachsteuern muss.

Ich will nur zwei Punkte nennen, die auch über den Koalitionsvertrag im Bund hinausgehen. Der eine ist der Verlust des Vertrauensschutzes für Anlagen, die bis Mittwoch letzter Woche immissionsschutzrechtlich nicht genehmigt waren, was hier natürlich für Verunsicherung sorgt, weil diejenigen, die heute planen, nur wissen, dass sie 2014 keine EEG-Vergütung mehr bekommen, aber nicht wissen, was sie künftig bekommen werden.

Der andere Punkt ist das Thema „Ausschreibung Windkraft onshore“, verpflichtend ab 2017. Bisher war in dem Koalitionsvertrag nur von der Freiflächenfotovoltaik als erster Stufe die Rede. Jetzt ist im Gespräch, dass das ab 2017 auch für Windkraft onshore verbindlich werden soll. Halten Sie das auch vor dem Hintergrund der unsicheren Genehmigungen hier in Baden-Württemberg – gerade bei naturschutzrechtlichen Fragen oder anderen Dingen – für ein geeignetes Instrument?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie war die Frage noch mal?)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Stober, Sie weisen zu Recht auf einen zentralen Punkt hin, der weiterer Diskussionen bedarf, nämlich die Förderung von Windkraft onshore. Ich glaube, da sind wir uns einig.

Ich würde mich freuen, wenn gerade auch im Bundestag alle baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten dabei an einem Strang ziehen würden, damit wir möglichst schon im Bundestag die entsprechenden Verbesserungen durchsetzen können und nicht erst auf den Bundesrat warten müssen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Waren Sie nun bei dem Treffen mit Gabriel dabei oder nicht?)

Zweitens: In dem Papier von Seehofer und Kretschmann ist ausdrücklich die Notwendigkeit betont worden, die Vertrauensschutzregelung zu überarbeiten. Das ist ein wichtiger Punkt.

Weitere Punkte, die jetzt in dem Papier noch nicht genannt werden konnten, die aber für die Windkraft onshore wichtig sind, sind die genaue Ausgestaltung der zukünftigen Förderung, insbesondere welche Anfangsvergütung gewährt wird, wie das Referenzertragsmodell genau ausgestaltet wird, und – über das Papier hinaus – das Thema Ausschreibung.

Herr Kollege Stober, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Ausschreibung als – theoretisch – marktkonformes Instrument zur Förderung von erneuerbaren Energien in anderen Ländern nicht überall überzeugend gelaufen ist. Insofern verschließen wir uns diesem Instrument als solchem nicht, meinen aber, dass wir das erst einmal sehr genau erproben müssen und dass dafür längere Zeiträume notwendig sind, als es bislang von der Bundesregierung in den Eckpunkten vorgesehen ist. Denn wenn wir erst das Vergütungssystem für Windkraft onshore ändern und dann in Aussicht stellen, dass kurze Zeit später auf ein Ausschreibungsmodell umgeschwenkt werden soll, befördert das eher den Attentismus von potenziellen Investoren.

Gerade in der Energiewirtschaft – das sage ich auch als Wirtschaftsminister voller Überzeugung – ist die Investitionssicherheit, die Verlässlichkeit der Rahmenbedingung von großer Bedeutung. Das haben wir bei der Kehrtwende von Frau Merkel bei der Atomkraft leidvoll erfahren. Es war gerade ein Verdienst der rot-grünen Regierung unter Kanzler Schröder, beim Atomausstieg und bei der Förderung der erneuerbaren Energien Planungssicherheit hergestellt zu haben. Jetzt muss es ebenfalls Anliegen der jetzigen Bundesregierung sein, diese Investitionssicherheit gerade bei Windkraft onshore zu gewährleisten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister. – Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Abg. Haußmann von der FDP/DVP-Fraktion.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Ich hatte mich vorher gemeldet!)

– Kolleginnen und Kollegen, damit man es noch einmal weiß: Selbst dann, wenn sich jemand früher gemeldet hat, kommt zunächst jemand von der Fraktion zum Zuge, die noch nicht in der ersten Runde dran war. Deswegen hat jetzt der Kolle-

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

ge Haußmann das Wort. Ich wollte das nur noch einmal erklärt haben.

Kollege Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schmid, Sie hatten die Zielsetzungen angesprochen, die sich aus dem Koalitionsvertrag ergeben, nämlich dass Bundesenergieminister Gabriel plant, die Referenzertragswerte hochzusetzen. Ich verweise jetzt auf eine Pressemitteilung auf der Homepage der Landesregierung, in der für erneuerbare Energien – „Energiewende als Bürgerprojekt“ – erworben und dazu ermuntert und aufgerufen wird, dass sich Bürger an Bürgergenossenschaften beteiligen. Das ist grundsätzlich ja positiv. Dabei geht es aber beispielsweise um das Projekt in Ingersheim. Hierzu heißt es in einem Beitrag von SWR 4, dass nach dem ersten Jahr in Ingersheim 46 % des Referenzertrags erreicht worden sind.

Hier sehe ich Diskrepanzen zu Ihren Aussagen. Haben Sie da nicht auch die Sorge, dass die Landesregierung möglicherweise für Projekte wirbt, die weit weg von einer Wirtschaftlichkeit sind, und Sie sich möglicherweise irgendwann einmal Vorwürfen aussetzen, wenn solche Projekte vielleicht nicht wirtschaftlich laufen und das von den Bürgerinnen und Bürgern eingesetzte Kapital nicht mehr ertragreich eingesetzt wird?

Für mich passt nicht zusammen, dass einerseits Minister Gabriel dafür eintritt, dass die Referenzertragswerte erhöht werden, und Sie auf der anderen Seite für ein Projekt werben, das einen Wert von 46 % erreicht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Achtung, Fragezeichen!)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Haußmann, für die Ausgestaltung des novellierten EEG ist die Bemessung dieser Referenzertragswerte, die dort verankert werden sollen, in der Tat eine zentrale Frage. Die Rentabilität von Windkraftstandorten speist sich aus einem Bündel von Faktoren wie der Anfangsvergütung, der Frage, ob es weitere Kosten gibt, die mit dem Standort und der Netzanbindung zusammenhängen, und natürlich den Erträgen im engeren Sinn. Deshalb ist es ein Anliegen gerade der Binnenländer hier im Süden der Republik, dass wir zu Werten in einer Größenordnung von mindestens 65 bzw. 70 % des Referenzertrags kommen, sodass dann die Standorte zumindest betriebswirtschaftlich erfahrbar und erlebbar werden.

Die Auskunft des Energieministeriums bezieht sich selbstverständlich auf die jetzt geltende Rechtslage. Es gibt keine Garantie für Bürger, die investieren, dass sie bestimmte Erträge bekommen. Bei jeder Investitionsentscheidung muss man dies als selbstständig denkender Bürger selbst entscheiden. Das wirtschaftliche Risiko wird der Staat den Bürgern, ebenso wie anderen Investoren, nicht ganz abnehmen können.

Uns geht es aber darum, dass wir über die Ausgestaltung der Förderung verlässliche Rahmenbedingungen für diese Investoren schaffen. Sie kennen die Planungszeiten; es ist ein langer Anlauf. Wir brauchen daher auf alle Fälle ausreichend Vertrauensschutz. Wir brauchen neue Werte, die viele Standorte, auch im Süden der Republik, betriebswirtschaftlich darstell-

bar sein lassen. Wir brauchen auch eine solide Vorbereitung für den möglichen Umstieg auf Ausschreibungsmodelle, die zuerst erprobt werden sollen, bevor sie allgemein eingeführt werden.

Sie sehen also: Mir ist es als Wirtschaftsminister ein besonderes Anliegen, dass wir diese Verlässlichkeit bei den Rahmenbedingungen wahren, auch bei den notwendigen Anpassungen, die jetzt Gabriel und die Bundesregierung – zu Recht – im Sinne der Bezahlbarkeit der Energiewende vorhaben.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Eine weitere Zusatzfrage für die CDU-Fraktion von Herrn Abg. Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Minister, ich will noch einmal an meine erste Frage anknüpfen. Es steht heute in der Zeitung:

Kretschmann räumt Unmut bei der SPD ein.

Sie haben sich also in der Presse gegenseitig konfrontiert. Insofern können Sie das ruhig auch hier im Plenum machen. Es ist ohnehin schon öffentlich.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich will hier schon noch einmal nachfragen. Sie waren alle dabei. Sie waren bei Herrn Gabriel dabei, Ihr Kollege Friedrich war dabei;

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

am Donnerstag letzter Woche war auch Frau Aigner, die Wirtschaftsministerin von Bayern, mit dabei. Sie selbst, der Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg, waren nicht dabei. Das finde ich nach wie vor nicht in Ordnung. Das sage ich einfach einmal.

(Oh-Rufe von den Grünen)

Jetzt aber zur Sache: Sie haben die Bezahlbarkeit unterstrichen. Damit gehen Sie den Weg, den wir seit mindestens fünf Jahren hier im Landtag fordern. Es geht uns um die Bezahlbarkeit von Strompreisen. Sie sagen aber gleichzeitig – das steht auch in dem Manifest –, dass der Mindestertrag gemäß dem Bruttoreferenzertragsmodell von möglicherweise 80 %, wie das Herr Gabriel und die Große Koalition vorgeschlagen haben, jetzt auf 60 % heruntergezurt werden soll. Das würde bedeuten, dass nicht 1 000 Windräder in Deutschland, wie das Herr Gabriel, der Bundeswirtschaftsminister, plant, sondern eher 2 000 bzw. 2 500 Windräder gebaut werden würden. Diese hätten jedoch eine wesentlich schlechtere Effizienz. In schwach windhöffigen Gebieten, die es in Deutschland natürlich auch gibt, lässt sich Windkraft kaum rentabel betreiben. Wir wollen das nicht. Sie, Herr Minister, müssen sich entscheiden zwischen der Bezahlbarkeit und dem Referenzmodell mit seiner jeweiligen Ausgestaltung – 80 oder, wie es dieses Manifest fordert, 60 %; das ist ein riesiger Unterschied; dazwischen liegen Welten.

Meine dritte und letzte Frage bezieht sich auf die Kapazitätsmärkte, die Sie angesprochen haben. Hier möchte ich von Ihnen wissen, welche Kosten damit verbunden sind und wie die neuen Gaskraftwerke, die in diesem Manifest gefordert werden, finanziert werden. Ich frage zudem, ob es aus Gründen der Bezahlbarkeit von Strompreisen nicht richtiger und bes-

(Paul Nemeth)

ser wäre, der Bundesnetzagentur darin Glauben zu schenken, dass wir mit europäischer Liberalisierung und einer europäischen Netzversorgung auch Versorgungssicherheit in Baden-Württemberg gewährleisten könnten. Auch hier müssen wir uns entscheiden.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Nemeth, zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass nicht ich den Einladungskreis für das Treffen von Herrn Seehofer und Herrn Kretschmann festgelegt habe. Die Tatsache, dass Ministerin Aigner dabei war, wundert mich jedoch nicht, weil sie auch Energieministerin ist. Insofern gab es gewiss einen sachlichen Grund dafür, dass Herr Untersteller, der Energieminister von Baden-Württemberg, und Frau Aigner, die Energieministerin von Bayern, an dem Treffen teilnehmen konnten. Ich glaube, das ist nachvollziehbar.

Ich möchte dann noch ein Missverständnis ausräumen. Bundesminister Gabriel hat Eckpunkte der EEG-Novelle der Klausur der Bundesregierung vorgelegt. Dies sind Eckpunkte der Bundesregierung. Ich bin kein Mitglied der Bundesregierung und habe also diese Eckpunkte nicht erarbeitet – weil Sie gesagt haben, ich hätte das getan.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Koalitionsvertrag!)

– Die entsprechenden Inhalte des Koalitionsvertrags sind nicht ganz identisch in der EEG-Novelle umgesetzt worden. Deshalb gibt es auch einigen Nachbesserungsbedarf, gerade auch von denjenigen, die am Koalitionsvertrag mitgewirkt haben. Das ist übrigens länderübergreifend auch bei den SPD-Ministerpräsidenten so gesehen worden.

Zur Sache selbst: Hinsichtlich des Referenzertragswerts möchte ich darauf hinweisen, dass die Höhe dieses Wertes natürlich etwas mit der Bezahlbarkeit zu tun hat. Dies ist jedoch nicht der einzige Faktor. Sie müssen sehen, dass neben der Frage des Referenzertragswerts eines Standorts auch die Fragen von Bedeutung sind, wie der Standort an das Netz angeschlossen ist und wie die Wege zu den Abnehmern sind.

Daraus speist sich ein genuin süddeutsches Interesse an einem niedrigeren Referenzertragswert. Wir haben ein Interesse daran, dass wir in den industrie- und verbrauchsstarken Bundesländern – das sind Bayern, Baden-Württemberg, durchaus auch Hessen – Windkraft in der Nähe der Abnehmer installieren, Windkraft, die vielleicht nicht ganz so ertragreich ist wie im Norden der Republik, die aber deutlich weniger Investitionen in den Netzausbau nach sich zieht, als wenn man alles vom Norden in den Süden leiten müsste.

Insofern ist die Frage der Überförderung und der Bezahlbarkeit eine, bei der man die Rechnung etwas breiter aufmachen sollte. Dann ist es legitim und im Interesse des Landes – auch im Hinblick auf die Bezahlbarkeit der Energiewende –, wenn wir das Regime des EEG so stricken, dass auch Windkraftstandorte im Süden eine reelle Chance auf Unterstützung und Förderung haben.

Übrigens ist zum Stichwort Bezahlbarkeit ein Ansatz von Gabriel, die Überförderung der Windkraft an den besonders windhöffigen Standorten im Norden abzubauen. Es gibt also

bereits ein Element, das es uns ermöglicht, die im Gesamtsystem nicht ganz so ertragreichen, eher im Süden gelegenen Standorte zumindest teilweise weiter zu fördern. Ich spreche nicht davon, dass wir alle Standorte weiterhin fördern. Dass wir aber, um die Klimaschutzziele von Baden-Württemberg, von NRW, von Rheinland-Pfalz erreichen zu können, massiv in den Ausbau der Windkraft onshore investieren müssen, steht außer Zweifel.

An dieser Stelle spiele ich Ihnen den Ball zu, sehr geehrter Herr Nemeth: Hier muss sich die CDU in Baden-Württemberg entscheiden, welche Interessen sie vertritt und ob sie ein echtes Interesse daran hat, dass die Ziele des Ausbaus der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg auch tatsächlich erreicht werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Entscheidung ist überfällig! – Zurufe der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Paul Nemeth CDU)

Bei den Kapazitätsmärkten weisen Sie zu Recht darauf hin, dass es unterschiedliche Einschätzungen darüber gibt, wie dringend notwendig solche Kapazitätsmärkte als völlig neues Instrument sind. Ich weise noch einmal darauf hin, dass sich der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie für die Einführung eines umfassenden Kapazitätsmarkts in Deutschland ausgesprochen hat, da ein Marktversagen vorläge – das war die Kernargumentation –, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dies hingegen verneint. Auch die Monopolkommission sieht derzeit keine Notwendigkeit für die Einführung eines solchen Kapazitätsmarkts.

Es ist klar, dass man dabei besonders vorsichtig vorgehen muss. Zunächst einmal steht der Anspruch im Raum, neue staatliche Zuschüsse – in welcher Form auch immer – zu erreichen. Deshalb muss man sehr sorgfältig prüfen, welche Kapazitätsmarktmodelle wann und wie greifen.

Es ist richtig, dass Bayern und Baden-Württemberg dieses Thema angehen. Bundesminister Gabriel hingegen hat dieses Thema ausgeklammert, weil er die EEG-Novelle für dringend notwendig hält. Es ist jedoch insbesondere für den Neu- und für den Ersatzbau von konventionellen Kraftwerken besonders wichtig – Stichwort „Verlässlichkeit für Investoren“ –, dass wir wissen, inwiefern solche Kapazitätsmärkte in Zukunft ins betriebswirtschaftliche Kalkül einbezogen werden können. Deshalb ist es richtig, solche Überlegungen ergebnisoffen anzustellen und zu überlegen, was Sinn macht.

Viel mehr treibt mich aus wirtschaftspolitischer und industriepolitischer Sicht jedoch die Notwendigkeit um, sofort zu handeln, nämlich über die Reservekraftwerksverordnung die jeweiligen Betreiber von Kraftwerken in die Lage zu versetzen, Kraftwerkskapazitäten vorzuhalten, die schon jetzt notwendig sind – Stichwort EnBW und andere –, die dies zurzeit nicht auskömmlich tun können. Dabei besteht dringender Handlungsbedarf. Das haben wir auch gegenüber Herrn Gabriel deutlich gemacht.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Eine weitere Zusatzfrage für die CDU-Fraktion stellt Herr Abg. Zimmermann.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Minister, unter der CDU-Regierung wurde schon in den Jahren 2007/2008 ein Vorzeigeprojekt mit 14 Windrädern in Simmersfeld im Landkreis Calw auf den Weg gebracht. Dabei wurden Referenzertragsanteile von weit über 70 % errechnet. Jahre später stellte man fest, dass der Durchschnitt der Jahresertragswerte bei etwa 50 % – in manchen Jahren auch darunter – lag.

Da an diesem Standort mit einer Sockelhöhe von 900 m die Referenzerträge nicht erwirtschaftet wurden, sehen Sie es nicht unter Haftungsgesichtspunkten als problematisch an – Stichwort Prokon –, wenn Sie im Windatlas in Bezug auf den Referenzertrag von Werten von 70 % bis 80 % sprechen, die nicht einmal an diesem Ort erzielt werden?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da hat sich doch die CDU verrechnet!)

Frage 2: Die jetzt geplanten Windräder haben eine Höhe von etwa 200 m.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hat doch die CDU ausgerechnet!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort hat Herr Abg. Zimmermann, um Fragen zu stellen.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Stellen Sie auch Überlegungen hinsichtlich des Grenzabstands an? Derzeit wird über einen Grenzabstand von 750 m bzw. von 1 km diskutiert. Die Bayern gehen sogar auf 2 km. Ist nicht aus Schutzgründen ein Abstand von 2 km zwischen Windrad und Wohnbebauung angemessen? Wenn ja, wie wirkt sich das auf das Planungsziel des Ausbaus der Windräder aus?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Zimmermann, auch für Sie gilt: Sie müssen sich entscheiden, ob Sie Windkraft in Baden-Württemberg wollen oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wenn Sie das Ziel verfolgen, die Abstandsgrößen zu erhöhen, dann können Sie das politisch formulieren. Ich verfolge dieses Ziel nicht,

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha!)

weil ich will, dass die Windkraft in Baden-Württemberg ausgebaut werden kann und wir den Umstieg auf die erneuerbaren Energien hinbekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Nun zum Windatlas und zu den tatsächlich erzielten Werten. Es ist Sache des Investors, damit umzugehen. Mit der Ausweisung von Standorten im Windatlas ist keine vom Staat garantierte Dividende verbunden. So viel Marktwirtschaft haben wir dann doch noch.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister. – Damit ist die halbe Stunde für die Befragung zu diesem Thema beendet. Wir kommen jetzt zum dritten Thema.

Ich weise darauf hin, dass hierfür noch 15 Minuten zur Verfügung stehen.

Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Abg. Boser.

Realschule

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, die Einleitung kurz zu fassen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat in der vergangenen Woche eine Umfrage über die Realschulen in Baden-Württemberg veröffentlicht. Danach haben 86 % der Befragten der Realschule ein gutes bis sehr gutes Ansehen bescheinigt. 44 % der Befragten sagten dies über die Gemeinschaftsschule aus. Das Gymnasium lag bei 89 %.

Für uns ist diese Umfrage sehr interessant, da wir in Baden-Württemberg noch gar nicht von einem flächendeckenden Ausbau der Gemeinschaftsschulen sprechen können. Das heißt, viele Regionen kennen die Gemeinschaftsschule vor Ort überhaupt nicht. Daher ist es interessant, dass bereits 44 % der Befragten die Gemeinschaftsschule als gut oder sehr gut betrachteten.

Gleichzeitig wurden am Montag die Übergangszahlen der einzelnen Schularten veröffentlicht. Daraus kann man ableiten, dass die Heterogenität an den Realschulen weiter angestiegen ist. Das heißt, die Realschulen spiegeln im Prinzip momentan die Schülerschaft der Gemeinschaftsschule wider.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Daher wird es für die Realschulen eher schwieriger, in den kommenden Jahren all diesen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Daher interessiert es mich, wie der Minister bzw. wie die Landesregierung die Sinnhaftigkeit dieser Umfrage zum jetzigen Zeitpunkt einschätzt,

(Zurufe von der CDU)

wie die Landesregierung die methodische Qualität dieser Umfrage bewertet und was die Landesregierung dazu sagt, dass die Opposition ein weiteres Mal versucht, die Realschule gegen die Gemeinschaftsschule auszuspielen, anstatt sich mit den Realitäten im Land auseinanderzusetzen

(Zurufe der Abg. Volker Schebesta und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

und Antworten auf die Frage zu geben, wie man den Schülerinnen und Schülern im Land dauerhaft gerecht wird, wenn die Zahl der Haupt- und Werkrealschulen weiter zurückgeht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Getroffene Hunde bellen!)

Nur noch 15 % der Grundschüler wechseln auf Haupt- und Werkrealschulen. Wo können Haupt- und Werkrealschüler zukünftig noch einen Hauptschulabschluss machen? Hierzu bitte ich um eine Antwort der Landesregierung.

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Stoch das Wort.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat stellt sich bei im politischen Raum gefertigten Umfragen immer auch die Frage nach dem Sinn. Es stellt sich ferner die Frage nach dem Auftraggeber. Außerdem stellt sich natürlich auch immer die Frage nach dem gewünschten Ergebnis.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wenn Sie die Sinnhaftigkeit dieser Umfrage ansprechen, muss ich Ihnen sagen, dass es bei der Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg eher unwahrscheinlich ist – ich gehe davon aus, dass dies auch für die knapp 1 000 volljährigen Befragten gilt –, dass sie tatsächlich schon eine Gemeinschaftsschule kennengelernt haben. Die meisten haben weder eine Gemeinschaftsschule von innen gesehen, noch kennen sie Schülerinnen und Schüler, die eine Gemeinschaftsschule besuchen.

Dagegen ist die Realschule aufgrund der schulischen Tradition der vergangenen Jahrzehnte in Baden-Württemberg allen Menschen ein Begriff. Im Zweifel haben die Menschen auch eine Vorstellung von einer Realschule.

Das hängt aber davon ab, wen man befragt, wie tief der Einblick der befragten Personen ist und inwiefern sich diese Personen aus eigener Anschauung ein Urteil bilden können oder inwieweit sie nur Urteile wiedergeben, die letztlich die Meinungen anderer darstellen.

Wir können sagen, dass zwei Jahre nach der Einführung der neuen Schulart Gemeinschaftsschule, die bislang nur in den Klassenstufen 5 und 6 existiert und für die es bislang nur 129 Standorte gibt, diese in der Breite der Bevölkerung noch nicht so bekannt ist,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Tübingen ist schon viel weiter!)

wie wir uns dies wünschen. Es überrascht daher nicht, dass 28 % der Befragten auf die Frage, welches Ansehen die Gemeinschaftsschule bei ihnen persönlich habe, sagen: „Weiß nicht“. Dies sagen die Menschen schlicht und einfach aus der Ehrlichkeit heraus, dass sie sich noch kein Urteil bilden konnten.

Natürlich ist es ein bekanntes Phänomen – wir können das bei der CDU-Fraktion und bei der FDP/DVP-Fraktion beobachten –, dass etwas Neues zunächst einmal auf Abwehr trifft.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Quatsch! So ein Blödsinn!)

– Herr Kollege Kern, wenn Sie sich da von der Mehrheit abheben wollen, dann gern.

Es ist nun einmal so – das sagt auch die Sozialpsychologie –, dass neue Dinge auf Skepsis stoßen. Neue Dinge stoßen zumindest auf die Vorsicht der Menschen.

Dennoch hat mich positiv überrascht, dass sich 63 % derjenigen Personen, die sich bereits eine eigene Meinung über die

Gemeinschaftsschule gebildet haben – es wurde allerdings nicht gefragt, auf welcher Basis diese Meinung gebildet wurde –, positiv zur Gemeinschaftsschule äußern. Deswegen meine ich, dass für diesen relativ kurzen Zeitraum, in dem die Gemeinschaftsschule Teil der schulischen Realität in Baden-Württemberg ist, eine erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen ist.

Den 129 Gemeinschaftsschulen stehen knapp 430 Realschulen gegenüber. Ich sage eines ganz deutlich: Selbstverständlich haben die Realschulen in der Vergangenheit hervorragende Arbeit geleistet. Die Realschulen haben die Schülerschaft, die die Realschule besucht hat, zu großen Teilen erfolgreich in die Zukunft geführt, sei es in eine berufliche Ausbildung, sei es in eine weiterführende Ausbildung, z. B. an einem beruflichen Gymnasium.

Aber jetzt kommt offensichtlich der Denkfehler, der aufseiten der Auftraggeber dieser Studie, nämlich der CDU, besteht: Der Denkfehler ist die Annahme, dass es einfach so weitergehen kann. Ich glaube, deswegen sollten alle, die sich ernsthaft mit dem Schulsystem auseinandersetzen, fragen: Sind die Rezepte der Vergangenheit Lösungen für die Gegenwart und für die Zukunft?

Sie haben auch nach der methodischen Qualität dieser Untersuchung gefragt. Ich habe es vorhin angedeutet: Jede Untersuchung lebt von der Qualität und der Offenheit der Fragen. In diesem Fragebogen sind sogenannte dichotome Fragen enthalten, das heißt Fragen, die schwarz-weiß zeichnen, die also nur ein Entweder-oder zulassen.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Es entspricht nicht mehr der methodischen Qualität, die heute an Untersuchungen gestellt wird

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So, wie Sie nur die Gemeinschaftsschule zulassen! Das ist auch nur schwarz-weiß!)

– Herr Kollege Röhm, auch Sie dürften den Begriff einer Suggestivfrage kennen –, wenn eine Frage gestellt wird, die lautet: „Was zeichnet die Realschule gegenüber der Gemeinschaftsschule besonders aus? – Die Vermittlung einer soliden Allgemeinbildung“, und dann dabeisteht: „Trifft zu“ oder „Trifft nicht zu“. Ich glaube, jeder, der sich schon einmal mit Fragestellungen, mit Statistik beschäftigt hat, kann nicht so blind sein, dass er nicht erkennen würde:

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Diese Frage soll den Antwortenden zu einer Antwort hinführen. Deswegen kann man die Ergebnisse der Umfrage leider nicht sehr ernst nehmen, weil diese den Ansprüchen an die Qualität einer wirklich objektiven Umfrage in keiner Weise genügt.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Sie fragten weiter, inwiefern nach meiner Auffassung das Bild, das Image der Gemeinschaftsschule – auch durch die Kampagnen der CDU, die sich ja offensichtlich mit dieser Schulart weder beschäftigt noch mit ihr angefreundet hat – beschädigt worden ist.

Natürlich beziehen Menschen ihre Informationen auch aus dem, was in der öffentlichen Debatte stattfindet. Gerade aus

(Minister Andreas Stoch)

dem ländlichen Raum kommen auch Vertreterinnen und Vertreter aus den Reihen der CDU-Fraktion, die sehr genau wissen, wovon ich rede. So muss nämlich die Frage von pädagogischen Konzepten gerade im Bereich der weiterführenden Schulen vor allem für den ländlichen Raum bei zurückgehenden Schülerzahlen unter neuen Gesichtspunkten gestellt werden.

Es kann uns daher nicht wirklich überraschen, dass gerade unter denen, die Anträge auf Genehmigung einer Gemeinschaftsschule stellen, viele Kommunen sind, die einen CDU-Bürgermeister haben, die eine konservative Mehrheit im Gemeinderat haben, aber genau wissen: Wir können den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land nur dann eine qualitätsvolle Bildung im Bereich der weiterführenden Schulen mit differenzierten Schulabschlüssen bieten, wenn wir uns für das Konzept der Gemeinschaftsschule öffnen.

Deswegen: Es ist leider so, dass diese massiven Kampagnen auch dem Ansehen der Gemeinschaftsschule schaden. Auf der anderen Seite nehmen wir aber wahr, dass sich viele dann doch lieber mit den Fakten und nicht mit Kampagnen beschäftigen und sich dadurch auch ein deutlich positives Urteil über die Gemeinschaftsschule ergibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage für die CDU-Fraktion, Herr Abg. Wacker.

Abg. Georg Wacker CDU: Herr Minister, es ist richtig, dass die CDU-Fraktion diese Umfrage in Auftrag gegeben hat. Aber es ist auch richtig, dass wir ein sehr renommiertes Meinungsforschungsinstitut beauftragt haben. Jedes Meinungsforschungsinstitut legt größten Wert auf Seriosität. Denn ein Meinungsforschungsinstitut hat auch ein eigenes unternehmerisches Interesse.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sollte es haben!)

Sowohl Methodik als auch Qualität einer solchen Umfrage dürfen nicht infrage gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf dennoch eine Frage stellen, Herr Minister. Was mich jetzt etwas verwundert: Zumindest in Worten haben Sie in der Vergangenheit die Arbeit der Realschulen immer gewürdigt; Sie haben es eben auch gesagt. Sie haben der Realschule stets eine hervorragende Arbeit bescheinigt. Die politischen Konsequenzen aus Ihren Aussagen allerdings haben Sie daraus bisher nicht gezogen. Ist es dann nicht kontraproduktiv, wenn Sie zum einen mit Worten die Realschule würdigen und damit im Grunde unterstreichen, dass sie eine hohe Akzeptanz bei den Menschen, bei den Unternehmen, den Eltern, den „Abnehmern“ hat, aber gleichzeitig ein solches Ergebnis hier infrage stellen?

Das ist etwas verwunderlich. Deswegen möchte ich, Herr Minister, daraus den Schluss ziehen, dass Sie offensichtlich nicht bereit sind, die Ergebnisse dieser Umfrage wirklich zu akzeptieren. Deswegen muss ich auch Ihre Aussagen, Ihr Loblied auf die Realschulen in der Vergangenheit an dieser Stelle infrage stellen.

Herr Minister, kann es dennoch sein, dass es Ihnen trotz zahlreicher Großveranstaltungen, Farbbroschüren, trotz einer Son-

derauflage des „Staatsanzeigers“ vor Monaten, trotz unzähliger Veranstaltungen, die Ihr Stabsstellenleiter Norbert Zeller im Land absolviert, um für die Gemeinschaftsschule zu werben, offensichtlich nicht gelungen ist, die Aufmerksamkeit auf die Gemeinschaftsschule zu lenken? Stellt es nicht ein Stück weit das Ansehen, das Konzept der Gemeinschaftsschule infrage, wenn diese Botschaft offensichtlich nicht angekommen ist?

Herr Minister, eines möchte ich noch ergänzen – das haben Sie auch selbst vor wenigen Tagen in der Landespressekonferenz verkündet –: Die Realschulen stehen durch die zunehmende Heterogenität vor großen Herausforderungen.

Sie haben die Zahlen genannt. Was wollen Sie tun, um die Realschulen konkret dabei zu unterstützen, dieser Heterogenität gerecht zu werden? Nur den Begriff der individuellen Förderung in den Mund zu nehmen ist wahrlich sehr wenig, Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Minister.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Zunächst einmal, Herr Kollege Wacker: Wenn ich die Methodik der Untersuchung kritisiere, leite ich daraus ab, dass Ergebnisse, die dort generiert werden, wenig zu einem sachlichen Diskurs beitragen, weil sie nicht objektivierbar sind.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Richtig!)

Ich sage nicht – das ist jetzt offensichtlich bei Ihnen so angekommen –, dass diese Ergebnisse falsch sind. Ich sage nur: Die Ergebnisse dieser Umfrage sind kein Beleg für Ihre These.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Richtig!)

Das ist vielleicht ein bisschen feinsinnig. Lassen Sie sich das durch den Kopf gehen. Das ist der Unterschied.

(Zurufe von der CDU)

– Jetzt sitzt Herr Hauk da hinten.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir sind flexibel!)

Der weitere Punkt ist viel wichtiger: Hinsichtlich der Qualität unserer Schulen sollte man nicht glauben, man könne Erfolg haben – diesen Glauben haben Sie offensichtlich –, indem man Schularten aufeinanderhetzt, indem man die Menschen mit Zerrbildern versorgt – ich darf an die Aussagen von Herrn Rülke zur Gemeinschaftsschule erinnern, ich darf an Aussagen von Ihnen erinnern. Man sollte keine Zerrbilder zeichnen, sondern ehrlich die Notwendigkeiten an unseren Schulen, und zwar an den bestehenden Schulen, analysieren. Da ist die Gemeinschaftsschule eine Schule, die auf die Anforderungen der Schülerschaft, die heterogener wird – Sie weisen zu Recht darauf hin –, eine gute Antwort bietet.

Ich lade Sie ein – Sie wissen es –: Die Gemeinschaftsschulen stehen offen und können den Zustrom an Besuchern, die sehr neugierig auf dieses Konzept sind, kaum bewältigen. Aber

(Minister Andreas Stoch)

gleichzeitig gilt das auch für die Realschulen. Sie fragten mich: Was soll man dort tun?

Mich überrascht – ganz ehrlich –, dass Sie zufällig in dem Moment, in dem Sie in die Opposition geraten sind, Ihr Herz für die Realschulen entdeckt haben.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Denn in der bisherigen Situation der Schularten –

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

– Das tut Ihnen weh; das ist mir klar.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Denn das sind die Fakten. Die Fakten sind, dass Sie die Werkrealschulen oder die Hauptschulen mit erheblichen zusätzlichen Stunden ausgestattet hatten, dass auch die Gymnasien deutlich besser ausgestattet waren als die Realschulen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben etwas für die Schwächsten getan!)

Die Realschulen hatten null – ich betone: null – zusätzliche Ausstattung, um mit den Herausforderungen umzugehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Wir haben heute noch eine Situation, wonach auch die Ausstattung der Stundentafel der Realschulen deutlich auf ihre Benachteiligung gegenüber den anderen Schularten hinweist. Diese Regierung hat – im Gegensatz zu Ihnen – darauf reagiert und hat erstmals Poolstunden an die Realschulen gegeben, und zwar inzwischen 2,2 Stunden pro Zug –

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

weit mehr als Sie.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Man kann das nicht multiplizieren. Denn egal, welche Zahl Sie mit null multiplizieren, es kommt immer null heraus. Sie haben uns also leider keine gute Vorlage gegeben.

Es ist jetzt wichtig, dass sich die Realschulen nicht in eine Position zurückziehen, wonach alles so bleiben könne, wie es ist. Mit Ihrer Studie versuchen Sie zu belegen, dass die Realschule von heute und morgen die Realschule von gestern bleiben kann. Da liegt Ihr kapitaler Denkfehler.

Unser Schulsystem entwickelt sich aufgrund der deutlich zurückgehenden Schülerzahlen und aufgrund von Problemen, die die Qualität angehen. Ich erinnere an die IQB-Länderstudie vom vergangenen Jahr. Die Realschulen sind aus Qualitäts- und Strukturgründen gezwungen, sich auf die neue Situation einzustellen. Die neue Situation wird sein – Da sind – so sage ich jetzt einmal – fast alle in dieser Gesellschaft in dem Erkenntnisprozess inzwischen so weit, sei es der Baden-Württembergische Handwerkstag, seien es die Industrie- und Handelskammern, seien es die Arbeitgeberverbände, seien es die Gewerkschaften und die Verbände. Jeder weiß, dass das Ganze in Richtung eines Zweisäulenmodells laufen wird und dass die Schule, die neben dem Gymnasium existiert, ein at-

traktives Angebot bieten muss und auch aus der Realschule heraus Antworten auf die Herausforderungen in pädagogischer Hinsicht entwickelt werden müssen.

Deswegen freut es mich – vielleicht tröstet es Sie –, wenn die Realschulen, die Arbeitsgemeinschaft der Realschulrektoren, der Realschullehrerverband, die GEW mit uns in engem Kontakt darüber stehen, wie wir es schaffen können, dass wir mehr Realschulen in die Lage versetzen, mit dem Thema „Vermehrte Heterogenität“ umzugehen, mehr integrative Schulkonzepte zu erarbeiten, die aus den Elementen individuelle Förderung, kooperatives Lernen und inputorientierte Unterrichtsphasen, das heißt aus einem guten pädagogischen Mix aller pädagogischen Mittel, bestehen.

Dazu brauchen wir eine gute Lehrerfortbildung, dazu brauchen wir eine angepasste Lehrerausbildung. All dies packt diese Landesregierung an. Sie hätten viel früher darauf reagieren können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Minister. – Damit ist die Zeit für die Regierungsbefragung um und Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Inklusion im Sport – Drucksache 15/3336

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die Begründung erteile ich für die SPD-Fraktion Frau Abg. Wölflle das Wort.

Abg. Sabine Wölflle SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Inklusion statt Barrieren“, so sollte das Motto als Grundlage der weiteren Entwicklung zum Thema „Sport und Menschen mit Behinderung“ lauten. Inklusion ist eine große Herausforderung für die Gesellschaft, aber auch für die Politik, welche die Rahmenbedingungen bzw. die Voraussetzungen für eine gelingende Inklusion zu schaffen hat.

Neben der Inklusion auf dem Arbeitsmarkt und der schulischen Inklusion ist der Sport ein weiteres großes Feld. Aber genau dieses bietet die meisten Chancen, da gerade der Sport zur Bewusstseinsbildung in unserer Gesellschaft beitragen kann und gemeinsame Bewegung, das gemeinsame Trainieren ein niederschwelliges Angebot für beide Seiten darstellt.

Es gibt viele Projekte im Land, die zeigen, wie hervorragend es funktioniert und wie nachhaltig diese Barrieren abgebaut werden können, wenn erst einmal ein Klima von gegenseitigem Respekt und Toleranz geschaffen werden kann. Hier geht es um unterschiedliche Angebote, die der organisierte Sport Menschen mit Behinderung machen kann: in Bezug auf das gemeinsame Trainieren, das Gründen eigener Sportgruppen und auch auf den barrierefreien Zugang zu den Sportstätten.

(Sabine Wölfe)

Aber die Aktivierung der Menschen mit dem Ziel, überhaupt Sport zu treiben oder sich mit Nichtbehinderten in einer gemeinsamen Gruppe zusammenzufinden, ist leider noch keine Selbstverständlichkeit.

Ich danke dem Kultusministerium für die gute Beantwortung der in diesem Antrag gestellten Fragen. Der Antrag soll dazu dienen, das Thema bei uns, aber auch in der Öffentlichkeit breiter zu diskutieren und zu mehr Offenheit für den Inklusionssport zu ermuntern.

Im letzten Jahr hat meine Fraktion die inzwischen neu ernannte Beauftragte der Bundesregierung – damals war sie es noch nicht; jetzt ist sie es – für die Belange von Menschen mit Behinderung, Verena Bentele, zu einem Fachgespräch mit Vertretern des Sports eingeladen. Verena Bentele, von Geburt an blind, ist eine der erfolgreichsten deutschen Paralympioniken. Sie hat immerhin viermal an Paralympischen Spielen teilgenommen, sie war bei drei Weltmeisterschaften, bei zwei Europameisterschaften und hat bei den Paralympischen Spielen insgesamt zwölf Goldmedaillen geholt. Sie ist aufgrund dieser Biografie sicher eine der besten Expertinnen genau für dieses Thema.

Ihre Aussage war klar; denn für sie steht die Inklusion im Sport erst am Beginn, wenngleich es bereits sehr viele gute Initiativen gibt. Bentele sieht den Grund vor allem darin, dass es für eine gelungene Inklusion engagierte Trainer geben muss, aber auch die Bereitschaft der Mitglieder eines Sportvereins, auf die Menschen mit Behinderung zuzugehen. Sie machte allerdings auch sehr deutlich, dass es hier nicht ausschließlich auf die Vereine ankommt, sondern auch auf die Menschen mit Behinderung selbst. Auch sie müssen aktiv werden und ihre Forderungen an die Vereine stellen.

Ein Hindernis sei – so Bentele –, dass viel zu spät Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung im Alltag aufeinandertreffen und hier große Berührungängste, ja auch Vorurteile bestehen, nicht nur bei Nichtbehinderten, sondern natürlich auch bei den Menschen mit Behinderung selbst. Oftmals ziehen sie den geschützten Raum vor und – so sagt Verena Bentele – sind froh über die Sicherheit von Grenzen.

Wie in der schulischen Inklusion muss man aber auch im Bereich Sport behutsam vorgehen. Denn alle Beteiligten müssen auf diesem schwierigen, aber auch sehr spannenden Weg mitgenommen werden, und beide Seiten müssen lernen, dass inklusiver Sport eben ganz andere Schwerpunkte hat als nur den Gedanken der Leistung. Viele Vereine ohne Erfahrung mit Inklusion brauchen gute Beispiele, die aufzeigen, dass es nicht um die Vergleichbarkeit von Leistung geht, sondern ausschließlich um das Miteinander.

Erst am Dienstag dieser Woche hatte ich ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Schorndorf und Vorsitzenden der Sportregion Stuttgart, Matthias Klopfer, sowie mit Michael Bofinger, ebenfalls Sportregion Stuttgart. Hier konnte ich sehr eindrucksvoll erfahren, wie man Berührungängste überwinden kann. Das Projekt „Handicap macht Schule“ bringt Kindern das Thema Inklusion näher. Kinder ohne Behinderung spielen Ball mit verbundenen Augen nach Gehör, nur ein Glöckchen ist als Orientierung im Ball, oder sie spielen Basketball im Rollstuhl. So kann man hervorragend an das Thema herangehen und damit die Berührungängste abbauen.

Was kann man nun von politischer Seite aus auf den Weg bringen? Bereits 2012 wurde durch das Landesinstitut für Schulsport ein Konzept für die Lehrerfortbildung entwickelt. Dieses soll helfen, dass Sportlehrer im Sportunterricht Kinder mit und Kinder ohne Behinderung gemeinsam unterrichten lernen.

Die Zusammenführung von Sport- und Inklusionspädagogik ist die zentrale Herausforderung; hier gilt es ein zukunftsfähiges Konzept zu erarbeiten. Hilfreich dabei ist auch der geplante Arbeitskreis „Netzwerk inklusiver Sportunterricht“. Hier geht es nicht nur um neue Konzepte, sondern auch um die Zusammenführung von sogenannten Best-Practice-Beispielen.

Dass wir mit Herrn Dr. Martin Sowa in der Geschäftsstelle des Landesbehindertenbeauftragten einen ausgesprochenen Experten in Sachen Behindertensport haben, ist sicher ein Glücksfall. Denn sein Projekt BISON zeigt exemplarisch, wie Inklusion im Sport gelebt werden kann, und man findet neben guten Beispielen auch sehr konkrete Umsetzungsvorschläge in Bezug auf Problemstellungen und auch sehr gute Handlungsempfehlungen. Auch für das kommende Jahr ist ein sehr großes Programm von ihm geplant, und es werden wieder viele Gespräche, Fortbildungen und natürlich auch inklusive sportliche Veranstaltungen stattfinden.

Gerade die praktische Umsetzung findet Nachahmer. So hilft BISON in hervorragender Weise, dass der Inklusionssport immer mehr Aufmerksamkeit bekommt.

Wir wollen aber noch mehr. Meine Fraktion verfolgt den Gedanken einer Inklusionsoffensive in den baden-württembergischen Sportvereinen. Dabei geht es auch um eine Professionalisierung von Experten für Inklusionssport, um den Vereinen bei dieser so wichtigen Aufgabe zu helfen. Wir werden diesen Gedanken weiterverfolgen und zu gegebener Zeit das Ergebnis bekannt geben. Die ersten Gespräche dazu waren schon sehr vielversprechend.

Lassen Sie mich schließen mit einigen der von Dr. Sowa formulierten Faktoren für das Gelingen, die man als gute Grundlage fortführen kann. Inklusionssport braucht Partner, eine gute Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen, aber auch Assistenten und Begleiter. Man braucht Übungsleiter als Inklusionsmotoren, die mit dem Herzen dabei sind und auch Brücken bauen können.

Am Ende jedoch zählt immer, dass der Mensch mit Behinderung in seiner Ganzheit wahrgenommen und respektiert wird und er den Sport so betreiben kann, dass es ihm Spaß macht und seinen Bedürfnissen nach Bewegung, aber auch nach sozialen Kontakten in allen Bereichen unserer Gesellschaft entgegenkommt, und zwar genau so viel, wie er selbst es will.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Schmid das Wort.

Abg. Viktoria Schmid CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen haben wir schon ausführlich über das Thema Inklusion diskutiert. Aber, meine Damen und Herren, was bedeutet Inklusion im Sport?

(Viktoria Schmid)

Der Antrag der SPD-Fraktion ist eher eindimensional. Es geht vor allem um das Thema „Inklusion im Sportunterricht“. Doch klar ist: „Sport und Inklusion“ umfasst deutlich mehr. Menschen mit Behinderung sollen auf allen Ebenen in unserer Gesellschaft eingebunden sein. Dies bedeutet für den Sport, dass die Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten auf allen Ebenen, auch der sportlichen Ausbildung, ermöglicht werden muss. Ich denke dabei an den Leistungssport, den Breitensport und auch den Schulsport. Wir müssen Angebote und Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung bereitstellen.

Im Februar 2014 finden die Olympischen Spiele statt. Sie werden die Menschen wieder mit Begeisterung, Spannung, sportlichen Höchstleistungen in ihren Bann ziehen; sie sind das größte internationale Sportfest. Das Gleiche gilt auch für die Paralympics, die Weltspiele für Sportlerinnen und Sportler mit Behinderung. Sie finden einen Monat später statt. Die Paralympics haben eine wichtige Vorbildfunktion und ermutigen Menschen mit Behinderung, ebenfalls sportlich aktiv zu werden. Mitmachen zu dürfen, teilzuhaben, Siege zu feiern, Niederlagen zu erleiden – all das ist eine hoch emotionale Sache. Dabei hat der Sport eine zusammenbringende Kraft.

Einen Einstieg und eine wichtige Grundlage, um Menschen mit Behinderung an den Sport heranzuführen, sind Sportveranstaltungen und Wettkämpfe. Besondere Wertschätzung gilt deshalb auch dem Wettbewerb „Jugend trainiert für Paralympics“, der Schülerinnen und Schüler mit Behinderung bundesweit zusammenführt. In der Stellungnahme zum vorliegenden Antrag zeigen Sie auf, dass es bereits viele Veranstaltungen und Wettkämpfe solcher Art gibt. Sie haben das eben auch schon erwähnt.

Auch die Sportverbände und ebenso die Profivereine in Baden-Württemberg, z. B. der Verein „Anpiff ins Leben“, die Trainingsstätte der TSG 1899 Hoffenheim, schaffen ganz hervorragende Möglichkeiten für Sportler mit Behinderung. Sie bieten dabei in ihren einzelnen Projekten viele vorbildliche Berührungspunkte mit jungen Sportlern im Rahmen einer ganzheitlichen Förderung.

Aber, meine Damen und Herren: Wie sieht Inklusion im alltäglichen Sportunterricht an einer Regelschule aus? Es ist Ihre Aufgabe, die Schulen auf die Herausforderungen der Inklusion vorzubereiten. Inklusion im Sportunterricht stellt hohe Anforderungen an die Lehrkräfte. Wie wollen Sie diese besonderen Herausforderungen bewältigen? Wie wollen Sie verhindern, dass sich Kinder mit Behinderung im Sportunterricht anders als Kinder ohne Behinderung fühlen? Denn im Sportunterricht wird eben sofort sichtbar, wenn ein Schüler oder eine Schülerin einen Ball nicht fangen kann, eine Übung an einem Gerät nicht ausführen kann oder beim Dauerlauf nicht mitmachen kann.

Klar ist: Lehrkräfte haben im Sportunterricht eine ganz besondere Verantwortung, vor allem auch im Hinblick auf die Sicherheit. Der Sportunterricht unterliegt ganz besonderen Bedingungen. Da geht es nämlich auch um die Themen Lärm, Akustik und Sicherheitsanforderungen. Wie wollen Sie die Lehrkräfte dahin gehend schulen? Haben Sie die Idee, dass es künftig vielleicht eine sonderpädagogische Lehrkraft im Sportunterricht gibt? Welche sachlichen und finanziellen Rahmenbedingungen werden Sie schaffen, um den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderung gerecht zu werden?

Ich bin sehr gespannt auf Ihre Antworten, Herr Minister.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Ich auch!)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Vielen Dank. – Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute anlässlich unserer Debatte ein kleines Maskottchen mitgebracht, das ich für meinen Einsatz für das vom Land Baden-Württemberg geförderte Projekt BISON erhalten habe.

(Der Redner hält ein Plüschtier hoch. – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Gleiche Frisur wie du! – Heiterkeit der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

BISON steht für – das wissen alle, die die Drucksache zu der heutigen Debatte gelesen haben – „Baden-Württemberg inkludiert Sportler ohne Norm“.

Der Bison ist ein bodenständig uriges, wenn auch in dieser Form niedliches Symbol – immerhin steht „ungiftig“ darauf –, und er ist das Wildtier des Jahres 2014. Aber zurück zur Sache.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nicht bei jedem Antrag kommt man zum Naturschutz als Thema!)

Das Projekt steht für einen starken Anspruch: von der Integration zur Inklusion. Integration bedeutet eine positive Akzeptanz. Die Stellungnahme des Ministeriums zeigt, dass wir in Baden-Württemberg nicht erst seit heute – das gestehe ich gern zu –, aber in zunehmendem Maß vielfältige Anstrengungen unternehmen, um Menschen mit Behinderung eine sportliche Betätigung zu ermöglichen und sie am soziokulturellen Leben des Sports zu beteiligen.

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Richtig!)

Es ist großartig, dass der Spitzensport von Menschen mit Behinderung über die Special Olympics und die Paralympics inzwischen einen großen Stellenwert und eine positive Vorbildfunktion besitzt. Hier hat sich in den letzten Jahren vieles zum Guten verändert. Wir fördern dies auch gern und, so denke ich, leidenschaftlich parteiübergreifend.

Dabei muss uns klar sein: ohne Integration keine Inklusion. Integration ist ein notwendiger Zwischenschritt und vielleicht sogar langfristig eine unterstützende Entwicklung parallel zur Inklusion.

Gleichzeitig können wir feststellen: Ohne das Ziel der Inklusion, also ohne eine vollständige und selbstverständliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung, ist Integration nur die Hälfte wert.

Das sieht auch die TSG Reutlingen – aus meinem Wahlkreis – so. Sie arbeitet seit über 30 Jahren vorbildlich auf diesem Weg.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!)

(Thomas Poreski)

Es gelang ihr durch gute Vernetzung und systematische Kommunikation nach innen und mit anderen Vereinen immer wieder, dass behinderte Leistungssportlerinnen mit Nichtbehinderten gemeinsam im Mannschaftssport für das gleiche Ziel kämpfen. Das klappt, je nach Behinderung, durchaus auch auf dem gleichen Leistungsniveau.

Darüber hinaus war es dem Verein immer wichtig, dass Bewegung und Sport in erster Linie Freude und menschliche Begegnung bedeuten. Sie haben sich Gedanken darüber gemacht, wie Behinderte und Nichtbehinderte gemeinsam auf Augenhöhe in den sportlichen Wettstreit gehen können. Sie haben dafür auch die Regeln vorhandener Sportarten und sportlicher Spiele kreativ verändert, damit alle gleich viel Spaß daran haben. Diese Gemeinsamkeit im Sport ist die ideale Brücke, um Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung miteinander in Kontakt zu bringen,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

um gegenseitige Vorbehalte und Hemmungen zu überwinden und Selbstverständlichkeit erlebbar zu machen, wo unser Zusammenleben noch allzu oft von ängstlicher Distanz und Ausgrenzung geprägt ist.

Viele Vereine und Schulen – weit über die Region Neckar-Alb hinaus – haben sich davon anstecken lassen und in Kooperation Aktionstage mit überwiegend sehr guter Resonanz veranstaltet.

Dr. Martin Sowa hat diese Arbeit der TSG Reutlingen seit drei Jahrzehnten ehrenamtlich geprägt und die Inklusion im Sport zudem systematisch in die Lehrerbildung und -fortbildung eingebracht. Er ist mit vergleichbaren Initiativen in anderen Bundesländern vernetzt.

Viele Jahre lang hat sich dieser Verein vergeblich darum bemüht, das Beispiel und die gesammelte Erfahrung landesweit zur Verfügung zu stellen und mit einer professionellen Basis abzusichern. Ich habe mich gemeinsam mit dem Landesbehindertenbeauftragten Gerd Weimer dafür eingesetzt, dass dies nun endlich gelingt. Deshalb gibt es nun seit einem Jahr, angesiedelt beim Landesbehindertenbeauftragten, das Inklusionsprojekt BISON. Dr. Martin Sowa leitet dieses mit vielen Drittmitteln unterstützte Projekt. Er unterstützt und vernetzt mit seinem Team landesweit viele vorhandene Initiativen im Sport, in Kooperation mit den Behindertensportverbänden und der Lehrerbildung. Sie beraten und schulen Vereine, wie sie sich organisatorisch mit Projekten, Angeboten und anderen Maßnahmen inklusiv aufstellen und im Sozialraum vernetzen können – in einer beeindruckenden Vielfalt von Sportarten.

Der inklusive Sport in Baden-Württemberg hat nun ein kreatives und alle Akteure vernetzendes Zentrum. Ich empfehle allen Fraktionen, dieses Projekt kennenzulernen und weiterzupfehlen.

(Der Redner hält ein Plüschtier hoch.)

Dieser kleine Bison steht für ein gelebtes Stück Inklusion.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das kennen wir schon lange!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Vormittag – wir erinnern uns alle – debattierten wir noch über die Frage, ob bzw. wie der Ausbau der Inklusion vorankommt. Trotz der guten Vorarbeiten der christlich-liberalen Koalition geht es in diesem wichtigen Bereich bisher leider nicht so richtig voran. Wie so oft folgen den großen Versprechungen beim Regierungsantritt von Grün-Rot zwar weitere salbungsvolle Absichtserklärungen, aber dann keine oder nur sehr wenige konkrete Umsetzungen – jedenfalls bislang.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Sie haben nicht zugehört!)

Herr Minister, ich bin sehr gespannt, ob Sie die Versprechungen, die Sie heute Morgen hier gemacht haben, auch tatsächlich einhalten werden.

Nun könnten wir, die Opposition, einfach unsere fundierte Kritik von heute Vormittag auf die Situation im Sport übertragen und sagen: „Ja, auch die Inklusion im Sport geht nicht so recht voran.“ Sie würden dann entsprechend Ihrer Stellungnahme zum Berichtsantrag reagieren und sich mit den zahlreichen Aktivitäten im Bereich der Inklusion im Sport schmücken. Eine solch oberflächliche Auseinandersetzung will ich aber hier mit Ihnen nicht führen. Denn sie geht an der tatsächlichen Situation in Baden-Württemberg vorbei.

Denn glücklicherweise gibt es in unserem Land viele Projekte zur Inklusion im Bereich des Sports. Man kann also nicht sagen, in der Inklusion im Sport sei keine Bewegung drin. Die Aktivitäten in diesem Bereich verdanken wir aber ganz entscheidend dem ehrenamtlichen Engagement Tausender Bürgerinnen und Bürger. Hier wie in anderen Bundesländern trainieren mittlerweile zahlreiche behinderte und nicht behinderte Sportler in gemeinsamen Trainingsgruppen, gibt es Sportfeste; das bekannteste davon ist wohl „Jugend trainiert für Paralympics“. Besonders erwähnenswert erscheint mir auch das seit 1991 jährlich stattfindende Sportfest sehbehinderter und blinder Schüler aus Baden-Württemberg und Bayern.

Die praktisch stattfindende Inklusion ist also ein Erfolg der engagierten Bürgerinnen und Bürger in den Behinderten- und Sportverbänden. Dann wollen wir dies aber auch ganz klar so benennen. Ich nutze an dieser Stelle die Gelegenheit, mich hier bei allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes hierfür sehr herzlich zu bedanken.

(Beifall der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Andreas Glück FDP/DVP)

Sie leisten eine wichtige Arbeit, die wir sehr gern unterstützen. Das Recht auf selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des Lebens darf niemandem aufgrund körperlicher, geistiger oder seelischer Einschränkungen verwehrt bleiben. In der Realität sind wir leider noch nicht so weit, aber es geht vorwärts, nämlich vor allem durch das bürgerschaftliche Engagement.

Damit bin ich bei der Frage nach Ihrem Anteil an der positiven Entwicklung, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung. Nach zwei Jahren Regierungszeit wusste ja offensichtlich

(Dr. Timm Kern)

lich noch nicht einmal die die Regierung tragende SPD-Fraktion, was Sie denn in Sachen Inklusion tatsächlich vorhaben; nicht anders ist der hier zu debattierende Antrag vom April 2013 zu verstehen. Das ist in der Tat bemerkenswert.

Wenn man das Schmücken mit fremden Federn weglässt, bleiben schließlich ganze drei Punkte übrig:

Erstens: Vorhandenes Engagement der Verbände und engagierter Bürger unterstützen Sie grundsätzlich; das sollte man allerdings auch erwarten können.

Zweitens: In der Lehrerausbildung berücksichtigen Sie Fragen der Inklusion. Das ist angesichts der UN-Behindertenrechtskonvention zwingend und auch keine besondere Leistung Ihrerseits.

Drittens wollen Sie die Vernetzung engagierter Menschen unterstützen. Der Ansatz ist richtig und wird von Ihnen u. a. wie folgt beschrieben:

Bei der Geschäftsstelle des Landesbehindertenbeauftragten wurde zur Förderung der gemeinsamen sportlichen Betätigung von Menschen mit und ohne Behinderung ein sportinklusives Projekt angesiedelt. Ziel ist es, im Bereich des Breitensports inklusive Angebote für Menschen mit und ohne Behinderungen sozialraumorientiert weiterzuentwickeln und die Bildung sportinklusive Netzwerke zu fördern.

Hört sich gut an, dieses Projekt BISON. Allerdings besteht es lediglich aus zwei engagierten Menschen, einem sehr aktiven Sonderschullehrer und einer FSJlerin. So ruht das „besondere Engagement“ der Landesregierung letztlich auf den Schultern zweier Personen.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE schüttelt den Kopf.)

Übrigens gibt es auf der Homepage des Projekts den Reiter „Mutmacher“. Diesen braucht man bei dem dann doch sehr übersichtlichen Engagement der Landesregierung allerdings auch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot, es bleiben Ihnen noch zwei Jahre Zeit, im Bereich „Inklusion im Sport“ deutlich engagierter zu Werke zu gehen.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion ermutigt Sie ausdrücklich dazu.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Stoch.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Wir haben heute Morgen bereits über das Thema Inklusion debattiert. Wir haben auch darüber gesprochen, dass das Thema Inklusion nicht nur für den Schulbereich, nicht nur für den Bildungsbereich, sondern für die gesamte Gesellschaft eine riesengroße Herausforderung ist. Ich möchte deswegen einlei-

tend nochmals darauf hinweisen, dass für uns, die Landesregierung, die Inklusion von Menschen mit Handicaps ein großes, ein zentrales Projekt ist, an dem sich alle staatlichen wie auch zivilgesellschaftlichen Akteure beteiligen müssen, wenn es gelingen soll. Gerade im Sport zeigt sich, dass sich beide Seiten ergänzen müssen, dass nicht der eine auf den anderen warten darf.

Da das Thema Inklusion zentral auch den schulischen Raum betrifft, möchte ich im Folgenden auch darauf eingehen, aber auch die weiteren Aspekte im außerschulischen und sportlichen Bereich ansprechen.

In Artikel 3 des Grundgesetzes ist festgelegt, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Die von Deutschland ratifizierte UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung konkretisiert dieses Recht für alle gesellschaftlichen Bereiche. Dementsprechend hat diese Landesregierung dieses Ziel auch im Koalitionsvertrag fest verankert.

Für uns ist die Inklusion von behinderten Menschen, insbesondere auch von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, integraler Bestandteil einer Gesellschaft, die sich durch Chancengerechtigkeit und die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen auszeichnet.

Sportinklusion ist dabei ein wichtiges, mitunter auch schwieriges Thema. Gelingende Inklusion im Sport ist ein wichtiger Beitrag dafür, dass ein gleichberechtigtes Miteinander von behinderten und nicht behinderten Menschen ohne Benachteiligungen und auf Augenhöhe vorangebracht werden kann. Sport ist dabei ein besonders geeignetes Feld, da Sport mit Werten wie Teamgeist, Fairness und Toleranz eng verbunden ist. Diese sind wichtige Bestandteile eines gemeinschaftlichen Miteinanders, wichtige Bestandteile, die auch für die Inklusion in unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind.

Der Sport leistet damit auch einen großen Beitrag für eine positive soziale und emotionale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung und kann daher auch ein Bindeglied von Jung und Alt, zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturkreise und eben auch zwischen Menschen mit und ohne Behinderung sein.

Nicht behinderte Menschen erfahren bei gemeinsamen sportlichen Aktivitäten unmittelbar, welche Herausforderungen, aber auch welche Möglichkeiten mit einem Leben mit Handicap verbunden sind. Menschen mit Behinderung profitieren durch ein verbessertes Selbstwertgefühl und ein gestärktes Selbstbewusstsein.

Angesichts einer Umwelt, in der es immer weniger Bewegungsanreize und -möglichkeiten gibt, spielen dabei Sport- und Bewegungsangebote generell und gerade auch für die gesundheitliche Entwicklung junger Menschen eine immer wichtigere Rolle.

Die Inklusion im Sport verlangt dabei nicht nur gemeinsame Angebote für behinderte und nicht behinderte Menschen. Voraussetzung für ein Gelingen ist auch, dass Sportangebote für behinderte Menschen insgesamt vorangebracht werden.

Darüber hinaus ist auch der Ausbau von Netzwerken in diesem Bereich wichtig. Die verschiedenen Akteure – Lehrer und Lehrerinnen, aber auch die Übungsleiter in den Vereinen, die

(Minister Andreas Stoch)

Trainer – müssen für diese wichtige Aufgabe fortgebildet werden. 2012 wurde daher von dieser Landesregierung ein Fortbildungskonzept für Lehrerinnen und Lehrer mit Inklusions- und sportpädagogischem Schwerpunkt entwickelt. 2013 fanden die ersten Fortbildungsveranstaltungen zum Thema „Umgang mit Heterogenität – Inklusiver Sportunterricht“ statt, die sehr gut nachgefragt wurden. Für das nun begonnene Jahr 2014 sind weitere Fortbildungen gerade in diesem Bereich geplant; sie werden sicherlich sehr gut angenommen.

In Zusammenarbeit mit dem Badischen Behinderten- und Rehabilitationssportverband, einem behinderten Athleten und der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg arbeiten wir zurzeit an einer Handreichung mit dem Titel „Alle zusammen im Schulsport – gemeinsam von Anfang an“. Diese Handreichung soll Informationen und Anregungen für den Schulsport liefern, Bedenken abbauen und Sportlehrerinnen und Sportlehrer dazu ermutigen, behinderten Kindern eine unbeschwertere Teilnahme am Schulsport zu ermöglichen.

Ich kann aus aktuellem Anlass sagen: Gestern fand die letzte Autorensitzung statt. Wir sind sehr zuversichtlich, dass diese Arbeit gut gelingen wird und wir in Kürze den Sportlehrerinnen und Sportlehrern bei uns im Land Baden-Württemberg eine entsprechende Handreichung an die Hand geben können.

„Behindertensport macht Schule“ ist ein weiteres gemeinsames Projekt mit dem Badischen Behinderten- und Rehabilitationssportverband. Kinder und Jugendliche sollen dabei für die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung sensibilisiert werden, beispielsweise durch den Umgang mit dem Rollstuhl beim gemeinsamen Rollstuhlbasketball und Rollstuhlrugby.

Das Landesschulsportfest für Sehbehinderte und Blinde oder Basketballturniere für Gehörlose und Hörgeschädigte sind weitere Maßnahmen, die bereits seit Jahren durchgeführt werden.

Ebenfalls gut bewährt hat sich mittlerweile die Ausbildung von Schülermentorinnen und -mentoren zur Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit geistiger Behinderung.

Kollege Kern hat es angesprochen: Der Schulsportwettbewerb „Jugend trainiert für Paralympics“ bietet aktuell, kurz vor Beginn der Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi, eine besonders gute Plattform, um öffentliche Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema zu erzeugen.

In Anlehnung an den Wettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“ wurde der Schulsportwettbewerb „Jugend trainiert für Paralympics“ für Schülerinnen und Schüler mit geistiger und körperlicher Behinderung eingerichtet. Hier bietet sich neben dem sportlichen Vergleich die Möglichkeit, neue Kontakte zu knüpfen und durch den Einsatz von Schülerhelferinnen und -helfern ohne Behinderung die Gemeinschaft mit Nichtbehinderten zu erleben.

Ich kann als Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Schulsportstiftung, die für diese Wettbewerbe „Jugend trainiert für Olympia“ und „Jugend trainiert für Paralympics“ zuständig ist, mit einigem Stolz sagen, dass es uns jedes Jahr von Neuem gelingt, verschiedene Geldgeber, auch Sponsoren, anzuwerben, damit diese wichtigen Wettbewerbe für Kinder mit und ohne Behinderung auch weiter erfolgreich durch-

geführt werden können. Wir sind zuversichtlich, auch dieses Jahr spannende Wettbewerbe erleben zu dürfen.

Im Land gibt es solche Wettbewerbe seit dem Schuljahr 2011/2012 in den Sportarten Leichtathletik, Tischtennis, Rollstuhlbasketball und Fußball für Schülerinnen und Schüler mit geistiger und körperlicher Behinderung. Im Skilanglauf gibt es Wettbewerbe für blinde und sehbehinderte sowie geistig behinderte Kinder und Jugendliche.

Aufgrund der Vorreiterrolle und des großen Engagements von Baden-Württemberg ist es gelungen, alle Wettbewerbe auf Bundesebene fest zu installieren. Das Bundesfinale Winter – im vergangenen Jahr war ich dort zu Gast – findet vom 23. bis 27. Februar in den Sportarten Langlauf, Ski alpin und Skisprung in Schonach statt. Ich freue mich schon jetzt darauf, bei diesen spannenden Wettbewerben dabei zu sein, und lade natürlich auch Sie alle ein, bei diesen tollen Schulsportwettbewerben dabei zu sein und sich selbst ein Bild von den tollen sportlichen Leistungen von behinderten und nicht behinderten Kindern zu machen.

Die Paralympics in Sotschi beginnen unmittelbar nach den Wettbewerben in Schonach. Derzeit sind acht Athletinnen und Athleten aus Baden-Württemberg nominiert, darunter bekannte Namen wie die Skifahrerin Andrea Rothfuß aus Freudenstadt, Behindertensportlerin des Jahres 2009, oder der Biathlet Willi Brem aus Freiburg, der bei den Paralympics 2010 in Vancouver die Goldmedaille gewann.

Daraus wird, glaube ich, deutlich: Inklusion ist, genau wie im schulischen Kontext, kein Projekt auf Zeit, das schnell abgearbeitet werden kann. Inklusion im Sport ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess aller Ebenen – öffentlicher, staatlicher Ebenen, aber auch der Verbände und der Privaten.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es klug, die Inklusion im Sport auch als einen Prozess zu betrachten, der uns alle, die wir für unser Land Verantwortung tragen, noch fordern wird. Denn für uns alle gilt: Inklusion fängt im Kopf an. Erst wenn ein Umdenken in den Köpfen aller Beteiligten erfolgt ist, können Veränderungen gemeinsam eingeleitet und umgesetzt werden. Es ist ein langwieriger Prozess, der sehr viel Sensibilität erfordert. Aber ich glaube, ich konnte nachweisen, dass sich diese Landesregierung auf den Weg gemacht hat, und ich hoffe, dass wir es gemeinsam schaffen werden, dass Baden-Württemberg im Jahr 2016 bereits deutliche Erfolge vorweisen wird. Dann darf ich Herrn Kollege Kern alle Ängste nehmen: Dann werden wir, die grün-rote oder rot-grüne Landesregierung, auch weiterhin zeigen, dass Inklusion in Baden-Württemberg einen wichtigen Platz hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/3336. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 7:**

Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft – Chance von nachhaltigen Zukunftsmärkten in Baden-Württemberg – Drucksache 15/3354 (Geänderte Fassung)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Paal das Wort erteilen.

Abg. Claus Paal CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter Tagesordnungspunkt 7 behandeln wir heute ein, wie ich finde, sehr spannendes wirtschaftspolitisches Thema mit einem ganz großen Potenzial für unser Land: nachhaltige Zukunftsmärkte.

Zunächst einmal möchte ich definieren, was wir unter dem Begriff „nachhaltig“ im Sinne der Wirtschaftspolitik hier in diesem Fall verstanden sehen wollen. Wir wollten den Antrag in Richtung Wirtschaftspolitik formulieren: nachhaltige Zukunftsmärkte für die Wirtschaft. Nach McKinsey sind Zukunftsmärkte für Baden-Württemberg nachhaltig, wenn drei Kriterien erfüllt sind: Erstens sollte ein überdurchschnittliches globales Wachstumspotenzial damit verbunden sein. Zweitens sollte die Forschungskompetenz hier in Baden-Württemberg liegen, und drittens muss eine ausreichende Größe der relevanten Industriezweige auch hier im Land vorhanden sein.

Unter der CDU-FDP/DVP-Regierung haben wir 2010 das Ihnen bekannte McKinsey-Gutachten erstellen lassen. Darin wurden vier nachhaltige Zukunftsmärkte für Baden-Württemberg definiert bzw. ermittelt: erstens Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz, zweitens nachhaltige Mobilität, drittens Gesundheit und Pflege sowie viertens IT-Anwendungen und -Dienstleistungen.

McKinsey hat damals – 2010 – ein zusätzliches Wertschöpfungspotenzial für Baden-Württemberg bis 2020 von 50 bis 80 Milliarden € ermittelt – eine riesengroße Chance für Baden-Württemberg, die es zu erschließen gilt.

Deshalb ein Lob an Grün-Rot.

(Zuruf von der CDU: Was?)

– Abwarten. – Es war richtig, diese vier Schwerpunktthemen in den Koalitionsvertrag aufzunehmen.

(Abg. Willi Stächele CDU: Übertreib es nicht!)

Aber es ist falsch, dass Sie aus diesen Schwerpunktthemen bis heute nichts gemacht haben.

(Widerspruch des Abg. Walter Heiler SPD)

Aus der Stellungnahme zum vorliegenden Antrag ist eindeutig ersichtlich, dass Sie kaum neue Initiativen gestartet haben bzw. diese Schwerpunkte nicht mit Leben erfüllt haben. Die meisten Programme sind Fortführungen aus der Zeit der CDU-FDP/DVP-Landesregierung oder sind Teil von Bundesprogrammen. Um nur einige Beispiele aus dem Antrag zu nennen: der Cluster-Atlas, Innovationsgutscheine, das Thema BIOPRO und die Landesinitiative Elektromobilität.

Meine Damen und Herren von Grün-Rot, ich habe den Eindruck, Sie ruhen sich auf dem Wohlstand Baden-Württembergs aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das merken mehr und mehr auch die Menschen im Land. Baden-Württemberg fehlt eine klare Ausrichtung in der Wirtschaftspolitik. Der Grund dafür ist glasklar – Kollege Bullinger hat ihn heute Morgen auch schon angesprochen –: Durch das Doppelministerium geht die Wirtschaftspolitik völlig unter. Dies ist fatal für Baden-Württemberg, ein Wirtschaftsland, wie es kein zweites gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zerfleddert!)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg war einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte in Deutschland oder sogar in Europa.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Heute nicht mehr, oder was?)

Wir werden diesen Titel in der Zukunft verlieren, wenn wir so weitermachen.

Warum sage ich das? Mir glauben Sie es nicht, aber einer Studie mit Sicherheit. Anfang dieses Jahres kam eine neue McKinsey-Studie heraus. Die wichtigste Aussage dieser Studie lautet: Baden-Württemberg hat seinen Wachstumskurs verloren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Grund ist u. a.: Eine Fokussierung vor allem auf die vier von mir genannten Sektoren, die im Gutachten stehen, fehlt. Das bestätigt meine Aussage. Wenn Sie es mir nicht glauben, lesen Sie es bitte nach. Grün-rote Wirtschaftspolitik ist eben nicht gut für dieses Land.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Die neue Studie von McKinsey – sehr lesenswert – sagt: Die Trends und Empfehlungen aus der alten Studie von 2010 haben sich bestätigt. Insbesondere Elektromobilität und nachhaltige Mobilität werden zukünftig eine bedeutende Rolle spielen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das kritisiert doch niemand!)

Der Automobilstandort Baden-Württemberg muss aufpassen, dass er den Strukturwandel nicht verschläft.

Die neue McKinsey-Studie sieht auch zusätzliches Wachstumspotenzial bis 2025 von 40 bis 55 Milliarden € in vier Sektoren: erstens Maschinenbau, zweitens Automobilindustrie, drittens IT und viertens Biotech, Pharma und Medizintechnik. Auch das, meine Damen und Herren, ist eine ganz große Chance für Baden-Württemberg und im Grunde ein Arbeitsauftrag an Grün-Rot, zumindest noch bis 2016.

Die vier Schwerpunktthemen sind meiner Ansicht nach richtig. Allerdings steht Baden-Württemberg hier vor zwei zentralen Herausforderungen, die alle vier Zukunftsmärkte betref-

(Claus Paal)

fen. Ein Thema ist bekanntlich der Fachkräftemangel, und ein zweites, das auch im Gutachten aufgezählt wird, ist die Investitionszurückhaltung. Bis zum Jahr 2020 werden im Land über 200 000 beruflich qualifizierte und Akademikerinnen und Akademiker fehlen. Eine Lücke von 200 000 entspricht dabei 10 % der baden-württembergischen Wirtschaftsleistung oder auch 2 % Wachstum pro Jahr.

Die Ansatzpunkte beim Fachkräftemangel sind bekannt: Zuwanderung, Höherqualifizierung und eine Erhöhung des inländischen Arbeitsangebots. Gerade zum letzten Punkt wurde in den letzten Jahren einiges erreicht. Der Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen war natürlich richtig. Jetzt muss der Ausbau der Ganztagsbetreuung für Vorschul- und Schulkinder intensiviert werden. Nur so schaffen wir es, dass Mütter verstärkt in ihren Beruf zurückkehren können, wenn sie es wollen.

Mit der Fachkräfteallianz wurde ein wichtiger und richtiger Schritt im Bereich der Fachkräftesicherung gegangen. Die Schwerpunkte sind richtig gewählt. Jetzt gilt es, dass die Maßnahmen der regionalen Fachkräfteallianzen auch flächendeckend greifen und bekannt werden.

Die zweite Herausforderung, die Investitionszurückhaltung, muss uns ganz große Sorgen bereiten. Baden-Württemberg hat zwar die höchsten FuE-Ausgaben, aber die Umsetzung in wirtschaftliches Wachstum gelingt nicht bzw. nur unzureichend. Die Investitionsquote von 18 % ist gegenüber Vergleichsregionen wie Bayern, Finnland oder Österreich verhältnismäßig gering. Deshalb brauchen wir ein stärkeres internationales Standortmarketing für die Anwerbung von ausländischen Fachkräften, aber auch – ganz wichtig – für die Anwerbung von ausländischen Erstinvestoren, die sich bei uns niederlassen sollen. Diese kommen nicht von allein nach Baden-Württemberg.

Ich fordere Grün-Rot auf: Verschlafen Sie diese Chance der genannten Zukunftsmärkte nicht. Ergreifen Sie die Initiative. Setzen Sie aktiv Impulse. Lösungen aus Baden-Württemberg werden in dieser Welt gebraucht und sind auch unsere Zukunft.

Ein ganz kurzes Fazit: Die CDU und die FDP/DVP haben dieses Land wirtschaftlich bestens aufgestellt übergeben. Sie haben leider nichts daraus gemacht, im Gegenteil. Wir werden dies wieder ändern. Dies ist auch dringend notwendig. Sonst werden wir den Anschluss verlieren. Sie verantworten auch, dass unser Image heute leider schlechter geworden ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer sagt denn das?)

– Gutachten lesen. – Unter High Potentials gilt Baden-Württemberg mittlerweile als unattraktiv, bei ausländischen Investoren ohne Deutschlandenerfahrung ist Baden-Württemberg unbekannt, und die Grundhaltung gegenüber Investoren und Investitionen hier bei uns wurde schlechter. Das geht bei uns an die Substanz.

Das haben die Grünen übrigens mit zu verantworten. Wer Politik mit Neinsagen, Dagegensein und Protestieren macht, der generiert eine Grundstimmung, die uns jetzt einholt und die Investoren vertreibt.

Nachhaltige Zukunftsmärkte erfordern eine nachhaltige Wirtschaftspolitik. Hier ist bei Grün-Rot leider Fehlangezeige. Wir brauchen Visionen, Strategien. Wir brauchen eine Fokussierung und eine kraftvolle Wirtschaftspolitik.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lindlohr das Wort.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Chance von nachhaltigen Zukunftsmärkten in – oder vielleicht auch: für – Baden-Württemberg fragen die Kollegen in ihrem Antrag. Dieses Thema hätte wahrlich tiefer greifende Aussagen verdient als das, was Sie, lieber Kollege Paal, an Plattitüden, Allgemeinplätzen und Vorurteilen von sich gegeben haben. Das war, glaube ich, nicht mehr ganz zur Sache.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Antwort auf diese Frage ist natürlich ganz einfach: Nachhaltige Zukunftsmärkte – also Märkte, die keine Spekulationsblasen darstellen, sondern auch in Zukunft noch bestehen und wachsen – und Unternehmen, die sich auf diese einlassen und dabei die globale Knappheit an Ressourcen und Energie in ihre Strategien einbeziehen, stellen die einzige Chance für die langfristige Prosperität unseres Landes dar.

Wir, die grün-rote Koalition, unterstützen diese Unternehmen auf ihrem Weg in eine erfolgreiche Zukunft. Kollege Claus Paal, diese Unternehmen haben es nicht verdient, dass Sie hier vorhin wörtlich sagten:

... Baden-Württemberg war einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte ... in Europa.

Die Unternehmen in Baden-Württemberg haben nicht verdient, dass Sie sie so abqualifizieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben bereits darauf hingewiesen und gelobt: Die grün-rote Wirtschaftspolitik ist an den vier Schwerpunkten ausgerichtet, die in dem Gutachten von McKinsey und dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen genannt worden sind: nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologien und Ressourceneffizienz, Gesundheit und Pflege, Embedded Systems und IT. Für diese Schwerpunkte wurde in dem Gutachten eine Wachstumschance in der Größenordnung von 50 Milliarden € bis 80 Milliarden € bis 2020 vorhergesehen. Allein auf den Bereich Umwelttechnologien und Ressourceneffizienz entfällt davon gut die Hälfte. Darum möchte ich jetzt auf dieses Feld eingehen.

Es gibt eine Ressourceneffizienzstrategie der grün-roten Landesregierung; es gab keine Ressourceneffizienzstrategie der schwarz-gelben Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe von den Grünen: Aha!)

Das ist eine Neuerung bei diesem Schwerpunkt.

(Andrea Lindlohr)

Der zweite Ressourceneffizienz- und Kreislaufwirtschaftskongress der Landesregierung fand am 12. und 13. November 2013 in der Liederhalle in Stuttgart statt. Der Präsident des Landesverbands der Baden-Württembergischen Industrie, Herr Dr. Koch, sagte:

Eine nachhaltige und ressourcenschonende Produktion liegt im wohlverstandenen eigenen Interesse der Betriebe in der Marktwirtschaft. Deshalb sind Unternehmen im Sinne kontinuierlicher Verbesserungen ständig auf der Suche nach effizienteren Produktionsverfahren, niedrigem Materialverbrauch, geringem Materialeinsatz und kostengünstigerem Materialeinsatz.

Bei dieser Suche haben wir die Unternehmen voll unterstützt und tun dies auch weiterhin.

Dazu wurde unter Beteiligung von vielen Unternehmensverbänden wie dem Zentralverband Elektrotechnik und Elektroindustrie, dem Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie und dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer Baden-Württemberg die „Allianz für mehr Ressourceneffizienz Baden-Württemberg“ gegründet. Viele Unternehmen machen mit bei der Aktion „100 Betriebe für Ressourceneffizienz“. Hierbei werden in Unternehmen Strategien entwickelt, wie Einsparpotenziale bei Energie und Material realisiert werden können. Diese Strategien werden dokumentiert und kommuniziert. Darauf kommt es an. Es werden Leuchttürme geschaffen, es werden Beispiele geschaffen, an denen sich andere Unternehmen orientieren können, anhand derer sie ihre eigenen Lösungen entwickeln können, wie sie mit mehr Ressourceneffizienz ihren Betrieb wettbewerbsfähig halten und auf die Zukunft ausrichten können. Das ist ein guter Erfolg der grün-roten Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte noch ein anderes Beispiel erwähnen, nämlich den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, EFRE. Die neue Förderperiode 2014 bis 2020 hat begonnen. Es gibt in dieser Förderperiode mehr Geld für Baden-Württemberg, aber es gibt vor allem auch eine neue Strategie. Die Landesregierung bzw. die drei damit befassten Ministerien waren hier sehr zügig.

Das neue Operationelle Programm besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil ist ein sogenannter Bottom-up-Ansatz zur Förderung regionaler Entwicklungsstrategien. Minister Schmid, Minister Bonde sowie Kolleginnen und Kollegen aus diesem Haus haben vorletzte Woche eine Veranstaltung zum Wettbewerb RegioWIN besucht, bei der bereits die erste Tranche an Beiträgen prämiert wurde. Nun können Regionen, Unternehmen, Verbände und kommunale Akteure mit ihren Entwicklungsstrategien loslegen. Der andere Teil ist die Fachförderung.

Das Operationelle Programm hat zwei inhaltliche Schwerpunkte. Der eine Schwerpunkt liegt auf Innovationen. Hier geht es vor allem um Technologietransfer, darum, dass wir Institutionen fördern, die für die kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land entscheidend sind. Der andere Schwerpunkt liegt auf der Energiewende als eigenständigem Thema.

Das ist die Landespolitik heute mit Weichenstellung bis 2020. Was war zuvor? Was war im Jahr 2007? Wir erinnern uns: Zu-

ständig für diesen Bereich war der damalige Minister für Ernährung und Ländlichen Raum. Sein Name war Peter Hauk. Er hat bei der Europäischen Kommission ein Operationelles Programm zum EFRE eingereicht. Dieses fiel mit Pauken und Trompeten durch.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf von der CDU: Saurei!)

Das Programm hatte formale Fehler. Es wurde mit dem Hinweis auf starke inhaltliche Mängel zurückgewiesen. Denn die damalige Landesregierung und Minister Peter Hauk hatten das Ziel – das wirtschaftspolitisch und für die Unternehmen in Baden-Württemberg wichtig ist –, die Stärken zu stärken und auf Innovation zu setzen, nicht ernst genommen. Erst nach einer Ehrenrunde konnte das Programm ein halbes Jahr später in Kraft treten.

Das war die alte Zeit. In der neuen Zeit gehen wir mit einer innovativen Politik voran. Daran sehen Sie, dass Grün-Rot eine sehr gute Wirtschaftspolitik macht. So werden wir weitermachen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Storz das Wort.

Abg. Hans-Peter Storz SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Diskussion über Wirtschaftsthemen wird leichter, wenn man sich auf die Ziele von Wirtschaftspolitik besinnt.

1967 entwickelte Karl Schiller, damaliger Bundeswirtschaftsminister, das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. Seither sprechen wir vom magischen Viereck der Wirtschaftspolitik, das für einen hohen Beschäftigungsstand, ein stabiles Preisniveau, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht sorgen soll.

Wir wissen heute, dass dieser mehr als 40 Jahre alte Zielkatalog den wirtschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit nicht mehr gerecht wird. Heute sprechen wir vom neuen magischen Viereck, das auch die Dimension der Nachhaltigkeit einbezieht. So wird damit gefordert, bei politischen Entscheidungen Fragen zur ökonomischen, sozialen, ökologischen und fiskalischen Nachhaltigkeit stärker zu berücksichtigen.

Der Antrag der CDU gibt uns die Chance, zu zeigen, wie die grün-rote Landesregierung diese Überlegungen einbezieht und unserer Wirtschaft hilft, fit für die Zukunft zu werden. In einer sehr kompakten Übersicht von über zehn Seiten hat das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft deutlich gemacht, welche Vielfalt von Projekten und Initiativen das Land unterstützt und anstößt.

Wenn wir die Schwerpunkte auf die schon genannten Konzepte für eine nachhaltige Mobilität, die Energie- und Ressourceneffizienz, die Gesundheitswirtschaft oder die Informationstechnologien legen, fördern wir nicht etwa Wunschprojekte, sondern Bereiche, in denen Baden-Württemberg stark ist und in denen ein hohes Wachstums- und Beschäftigungspotenzial besteht.

(Hans-Peter Storz)

Kollege Paal, ich freue mich, dass Sie uns dafür gelobt haben, dass wir diese Punkte übernommen haben, muss Ihnen aber auch sagen, dass Sie nicht mitbekommen haben, dass es inzwischen den Innovationsgutschein B Hightech gibt, im Land eine Leichtbauagentur eingerichtet wurde oder Baden-Württemberg im Bereich der Elektromobilität einen Preis auf Bundesebene gewonnen hat. Es wäre vielleicht gut, sich nicht nur in Statistiken zu vergraben, sondern hin und wieder auch auf die Internetseite des Finanz- und Wirtschaftsministeriums zu schauen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zahlreiche der genannten Projekte werden über die Mitglieds-einrichtungen der Innovationsallianz Baden-Württemberg verwirklicht. Aus dem Haushalt des Finanz- und Wirtschaftsministeriums erhalten diese wirtschaftsnahen Forschungsinstitute 25 Millionen €. Grüne und SPD haben diese Mittel im Vergleich zu 2011 um 25 % erhöht.

Ich habe in letzter Zeit verschiedene Institutionen der Innovationsallianz besucht und dabei feststellen können, dass die Mittel des Landes gut angelegt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die Themen und Fragestellungen der Innovationsallianz betreffen nicht nur einzelne Branchen oder einzelne Unternehmen; viele Projekte beschäftigen sich mit unterschiedlichen Aspekten des effizienten Einsatzes von Ressourcen. Das ist keine rot-grüne Spinnerei, sondern eine zentrale Notwendigkeit. Wenn Rohstoffe knapper werden, werden sie teurer. Der effiziente Einsatz von Ressourcen ist daher eine Kernfrage des wirtschaftlichen Handelns. So treffen ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit zusammen, wenn etwa im Forschungsinstitut für Edelmetalle und Metallchemie seltene Metalle aus Flachbildschirmen oder Platin aus Brennstoffzellen gewonnen werden.

Klar ist: Das vielfältige Engagement des Landes ersetzt nicht die Initiative der Unternehmen. Neue Produkte müssen von guten Ingenieuren entwickelt, von qualifizierten Arbeitskräften in hoher Qualität produziert und von guten Kaufleuten geschickt vermarktet werden. Die Aktivitäten des Landes ergänzen die arbeitenden Unternehmen, indem unsere Partner mit-helfen, damit aus guten Ideen schneller marktfähige Produkte werden.

Meine Damen und Herren, es ist bezeichnend, dass die CDU den Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit, also eine Seite des neuen magischen Vierecks, ignoriert. Was gehört dazu? Ingenieure und Angestellte, die neue Produkte entwickeln und herstellen, müssen angemessen am Wert ihrer Arbeit beteiligt werden; denn sie schaffen die Werte, die Unternehmen auf den Märkten verkaufen können. Wer keine Fachkräfte mehr gewinnen kann, braucht nicht von Zukunftsmärkten zu träumen. Mit befristeten Verträgen wirbt man schon lange keine Talente mehr an.

Zur sozialen Nachhaltigkeit zählt die Qualität des Bildungssystems. Wer Fachkräfte sucht, darf keine Talente verschenken. Es ist kein Zufall, dass die Verbände der Wirtschaft und des Handwerks die Einführung der Gemeinschaftsschule und die damit verbundene bessere individuelle Förderung loben und ihr aufgeschlossen gegenüberstehen. Die beruflichen

Schulen sind endlich aus dem Abseits des öffentlichen Interesses geholt worden. Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung wirken.

Dennoch haben wir noch viel zu tun: Der vielfältige und teure Übergangsbereich wartet auf eine Reform. Fachkräfte brauchen ständig Weiterbildung, um die Qualität zu erhalten und auszubauen. Mit dem Bildungsfreistellungsgesetz werden wir in diesem Jahr eine Lücke schließen.

Meine Damen und Herren, das neue magische Viereck verlangt von der Wirtschaftspolitik konsequentes Handeln, neue Wege, Dialog und Koordination mit anderen. Die Landesregierung ist dabei auf dem richtigen Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion hat sich in verdienstvoller Weise einem Thema zugewandt, nämlich den Chancen nachhaltiger Zukunftsmärkte in Baden-Württemberg, das meine Fraktion schon im Zusammenhang mit dem großen Thema Innovation in zwei Großen Anfragen im Jahr 2013 behandelt hat.

Die Landesregierung führt in ihrer Stellungnahme aus – ich darf zitieren –:

Nach Auffassung der Landesregierung trägt die ökologische, ökonomische und soziale Modernisierung der Wirtschaft maßgeblich zur Sicherung des Wohlstands in Baden-Württemberg bei.

Wer möchte dem widersprechen? Allerdings ist es natürlich auch notwendig, eine solche Äußerung mit entsprechenden politischen Maßnahmen oder zumindest mit entsprechenden politischen Absichtserklärungen zu füllen. Dies bleibt aber im Wesentlichen aus. Ich darf an unsere Forderungen im Zusammenhang mit den beiden Großen Anfragen zum Thema Innovation erinnern, beispielsweise an die Forderung nach Wiedereinrichtung eines Innovationsrats, bei dem alle Gruppen, die mit dem Thema Innovation und mit dem Thema „Wirtschaftliche Entwicklung im Land Baden-Württemberg“ zu tun haben, gefordert sind. Die Ergebnisse des Innovationsrats aus unserer Regierungszeit genießen allgemein fraktionsübergreifend Anerkennung, aber die Welt bleibt nicht stehen, und daher verstehen wir nicht, warum Sie nicht bereit sind, diese Arbeit fortzusetzen, indem Sie selbst wieder einen solchen Innovationsrat einberufen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:
Sehr richtig!)

Zweites Thema: Gleichstellung der Innovationsallianz mit den klassischen Forschungseinrichtungen wie z. B. der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft oder der Fraunhofer-Gesellschaft. Bei jeder Gelegenheit wird gelobt, welch großartige Arbeit in der Innovationsallianz geleistet wird, wie wichtig dies alles sei; aber die notwendige Förderung dieser Innovationsallianz im genannten Sinn unterbleibt.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Drittes Thema: zusätzliche Studienplätze an der Dualen Hochschule. Die Duale Hochschule ist wie die berufliche Bildung insgesamt ein großes Erfolgsmodell in Baden-Württemberg. Da Sie aber aus ideologischen Gründen in die Richtung gehen, zu erklären, wir brauchten ein zweigliedriges Bildungssystem, bestehend aus Gymnasium und Gemeinschaftsschule, kommt schon per se die berufliche Bildung unter die Räder, und das macht sich dann auch im tertiären Bildungsbe-
reich außerordentlich negativ bemerkbar.

Viertes Thema: Landesprogramm „Junge Innovatoren“. Das könnte man deutlich verstärken.

Fünftes Thema: Man sollte zusätzliche Anreize für Kooperationen und Verbünde sowie für verstärkten Personalaustausch zwischen Hochschulen und Wirtschaft setzen, z. B. durch ein Programm zur Förderung von Forschungsauszeiten. Stattdessen, meine Damen und Herren, erleben wir eine reine Aufzählung der von der Vorgängerregierung übernommenen Programme. Herr Kollege Paal hat schon darauf hingewiesen: Sie ruhen sich auf den alten Lorbeeren aus, Sie führen das fort, was die alte Landesregierung an erfolgreichen Programmen geleistet hat. Meine Damen und Herren, das ist die wahre Erblast, die Sie immer beklagen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Erblast ist im Grunde das, was Sie von uns übernommen und geerntet haben.

Wir brauchen letztendlich ein Wirtschaftsprogramm dieser Landesregierung. Das Wirtschaftsministerium ist zu einem Appendix des Finanzministeriums verkommen.

(Zuruf: Wurmfortsatz!)

Wirtschaftspolitik findet nicht statt, sie ist sozusagen der lästige Nebenerwerb des Finanzministers. Das ist für ein Wirtschaftsland wie Baden-Württemberg eine Katastrophe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie nicht dazu fähig sind, dieses Haus so zu nutzen, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, dann setzen Sie zumindest die Empfehlungen des alten Innovationsrats um. Wenn Ihnen das gelingt, wäre damit immerhin schon etwas gewonnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Rust vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft.

Staatssekretär Ingo Rust: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin in der Tat auch sehr dankbar für diesen Antrag, der uns die Gelegenheit bietet, zu berichten, was wir im Bereich der Wirtschaftspolitik und im Bereich der Förderung unserer Wirtschaft alles tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP, Sie müssen sich jetzt schon entscheiden. Sie kritisieren,

dass wir in manchen Politikfeldern etwas anderes tun als das, was Sie vorher getan haben; das finde ich legitim. Aber hier kritisieren Sie jetzt, dass wir genau das fortführen, was Sie getan haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber zu wenig!)

– Wenn das zu wenig ist, dann war es schon damals zu wenig, als Sie es gemacht haben. Dann hätten Sie sich damals dafür kritisieren müssen, dass Sie so wenig machen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Aber wir tun ja mehr, Herr Dr. Bullinger. Ich will hier einmal darstellen, wo wir auch mehr tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber zu kritisieren, dass wir das tun, was Sie schon getan haben, das finde ich schon etwas paradox. Da müssen Sie sich schon einmal entscheiden, was Ihre Strategie ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie können nur fortschreiben!)

Ich möchte vor allem einen Blick auf die Fakten werfen, denn anhand von Fakten lassen sich Debatten immer etwas sachlicher führen als nur mit einer Pauschalkritik. Erstens werfe ich einen Blick auf die tatsächliche Entwicklung unserer Wirtschaft, denn sie wurde etwas verzerrt dargestellt. Zweitens nenne ich einige Indikatoren für die Nachhaltigkeit unserer Wirtschaftspolitik; denn mit Blick auf die Zukunft ist es wichtig, eine nachhaltige Wirtschaftspolitik zu betreiben. Drittens werde ich darlegen, wie sehr die Wirtschaftspolitik der Landesregierung zur Nachhaltigkeit beiträgt.

Wie misst man Erfolg von Wirtschaftspolitik? Da gibt es zunächst einmal ganz klassische Wirtschaftsindikatoren wie etwa das Wirtschaftswachstum oder die Arbeitslosenquote. Das sind übrigens die Orientierungsgrößen für den Großteil der Bevölkerung und Unternehmen im Land, wie eine gerade von unserem Haus durchgeführte Studie gezeigt hat.

Zunächst zum Wirtschaftswachstum: Für das Jahr 2013 wird ein reales Wachstum von gut einem halben Prozent erwartet. Für ein konjunkturelles Tief ist dies ein relativ gutes, stabiles Ergebnis. Im Jahr 2014 sind weltweit und in Deutschland konjunkturelle Erholungen vorgesehen. Das Statistische Landesamt erwartet für das erste Quartal 2014 ein Wachstum von fast 3 % in Baden-Württemberg; also auch das lässt sich sehen.

(Zuruf: Oi!)

Was die Arbeitslosigkeit als zweiten wichtigen Faktor – wichtig vor allem für die Bevölkerung – betrifft, konnten wir im Jahr 2013 den höchsten Stand der Erwerbstätigkeit in der Geschichte Baden-Württembergs verzeichnen. Der Zuwachs lag nochmals bei 1 %. Ich denke, diese Zahl, die ein wichtiger Bewertungsfaktor für unsere Wirtschaftspolitik ist, kann sich sehen lassen.

Ganz nebenbei: In keinem anderen Flächenland konnte ein vergleichbarer Zuwachs bei der Zahl der Erwerbstätigen verzeichnet werden – eine hervorragende Entwicklung.

(Staatssekretär Ingo Rust)

Besonders erfreulich ist dabei: Dieser Zuwachs ist nachhaltig. 70 % der Erwerbstätigen arbeiten im Rahmen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Der Zuwachs in diesem Bereich lag 2013 mit 1,5 % noch einmal deutlich über dem Zuwachs insgesamt. Das heißt, die neuen Jobs, die dort geschaffen werden, sind tatsächlich ordentliche, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind.

Auch in der Gesamtschau steht Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich exzellent da. Mit einer Quote von 4,1 % liegt die Arbeitslosigkeit mit großem Abstand unter dem Bundesdurchschnitt von 6,9 %.

Die Fakten sprechen also, meine Damen und Herren, eine eindeutige Sprache. Wir können mit unserer Wirtschaftspolitik im Land zufrieden sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nun könnte man einwenden, das seien Momentbetrachtungen, und fragen, wie es mit der langfristigen Perspektive aussieht. Lassen Sie mich auch hierbei einige Fakten in den Blick nehmen. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass zwei Faktoren für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft entscheidend sind.

Das ist erstens die Innovationsfähigkeit in den Betrieben im Land. Denn Baden-Württemberg ist ein Land, das sehr stark von den Köpfen, von den Innovationen, von den Ideen der Menschen und damit von der Innovationsfähigkeit, das heißt von der Fähigkeit zu einer kontinuierlichen Weiterentwicklung, abhängt.

Der zweite wichtige Faktor sind qualifizierte und leistungsfähige Arbeitskräfte sowie Unternehmerinnen und Unternehmer. Auch in diesem Bereich steht unser Land Baden-Württemberg gut da. Die Deutsche Telekom Stiftung sieht Baden-Württemberg in ihrem Innovationsindex weltweit auf Platz 3, nur geschlagen von Singapur und der Schweiz. Meine Damen und Herren, das sind ordentliche Werte, die wir damit vorweisen können – wir werden weltweit nur von Singapur und der Schweiz überholt und liegen damit im Innovationsindex vor allen anderen deutschen Bundesländern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Mit 5,1 % liegt die Forschungsintensität, also der Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, in Baden-Württemberg höher als in jedem anderen Land.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist bei Ihnen die Erblast!)

Darauf dürfen wir uns – das ist richtig – nicht ausruhen. Aber darauf können wir, meine Damen und Herren, alle miteinander stolz sein.

Wirtschaftspolitik hat viel mit Psychologie zu tun. Deswegen rate ich dazu, unseren Wirtschaftsstandort nicht schlechtzureden, sondern auf das stolz zu sein, was unsere Wirtschaft leistet.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

Zugleich stellt uns die Qualifikation der Beschäftigten im Land vor einige Herausforderungen. Sie alle kennen die Pro-

gnose der IHK zur Fachkräftelücke. Das ist eines der größten Probleme. Wenn ich bei Mittelständlern im Land unterwegs bin – und ich bin bei vielen Mittelständlern unterwegs –, werden mir in den Diskussionen drei Themen immer wieder genannt.

Das Thema Nummer 1, das Topthema, ist das Thema Fachkräfte. Die Unternehmen in unserem Land brauchen Fachkräfte; wenn dieser Bedarf nicht gedeckt wird, wird der Fachkräftemangel im Land zu einem Hemmnis für das Wirtschaftswachstum.

Das zweite wichtige Thema ist das Thema Energie, über das wir heute ja auch schon gesprochen haben; es geht um Verlässlichkeit in der Energiepolitik und Stabilität bei den Energiepreisen.

Das dritte Thema ist die Verkehrsinfrastruktur.

Das sind die drei Themen, die die Unternehmen im Land tatsächlich beschäftigen. Ich rate Ihnen, dies in direkten Gesprächen ebenfalls zu reflektieren; da sind wir gefordert.

Sie kennen die Prognose der IHK zur Fachkräftelücke. Sie ist erschreckend. Gleichzeitig sehen wir am Ausbildungsmarkt ein Delta zwischen der Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze und der Zahl der interessierten Schülerinnen und Schüler. Bei PISA hat das Land recht gut abgeschnitten, aber die Wirtschaft beklagt trotzdem das Qualifikationsniveau der Bewerber. Dies gilt mittlerweile nicht nur für große Industrieunternehmen, sondern auch für Handwerksbetriebe im Land; auch sie beklagen die nicht ausbildungsfähigen jungen Schulabgänger, die eine Ausbildung beginnen sollen.

Schließlich steigt, meine Damen und Herren, Jahr für Jahr die Zahl der Studienanfänger. Manchmal entscheiden sich jedoch junge Menschen für ein Studium, die in der dualen Ausbildung möglicherweise besser aufgehoben wären. Deshalb werben wir auch und gerade für die duale Ausbildung, und zwar mit einer großen Kampagne. Denn wir sind überzeugt, dass die duale Ausbildung junger Menschen exzellente Chancen bietet und zugleich eine der großen Stärken unseres Standorts ist. Sie ist tatsächlich ein Standortvorteil; dies sehe ich vor allem an den vielen, vielen Anfragen, die ich aus dem Ausland bekomme. Regierungen, aber auch Unternehmen aus dem Ausland interessieren sich dafür, wie wir in Deutschland mit der dualen Ausbildung verfahren. Denn dort gibt es eine höhere Jugendarbeitslosigkeit, und sie wollen von uns lernen, wie man zu gut ausgebildeten Fachkräften kommt.

Deshalb ist es eine zentrale Aufgabe, die duale Ausbildung zu stärken. Wir haben hierüber schon diskutiert. Ich möchte noch einmal für unsere Kampagne „gut-ausgebildet.de“ werben – in den Reihen der Zuhörer sehe ich auch einige junge Menschen –: Mit dieser Kampagne stellen wir vor, was im Rahmen einer dualen Ausbildung alles möglich ist. Wir stellen Ausbildungsberufe vor. Wir haben die Ihnen bereits bekannten Ausbildungsbotschafter qualifiziert; auch darüber haben wir hier schon diskutiert. Wir begegnen mit dieser Kampagne einem der Themen, die für die Unternehmen am wichtigsten sind, nämlich dem Fachkräftemangel.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung setzt bei der Wirtschaftspolitik auf einen Zweiklang. Zum einen geht es um die Stärkung des Wirtschaftsstandorts – dies geschieht,

(Staatssekretär Ingo Rust)

wie gesagt, insbesondere durch die Innovationspolitik –, zum anderen geht es darum, die Menschen zu befähigen, im Wirtschaftsleben eine Rolle einzunehmen. Das ist nachhaltige Wirtschaftspolitik; es ist Wirtschaftspolitik, die wirkt, weil sie genau an den beiden Kernindikatoren für Nachhaltigkeit ansetzt: Innovationsfähigkeit sowie qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Innovationspolitik des Landes setzt dabei auf die im Antrag angesprochenen nachhaltigen Zukunftsmärkte; sie sind auch hier schon angesprochen worden. Nachhaltigkeit muss Grundprinzip für alle Branchen entlang der gesamten Wertschöpfungskette in der Wirtschaft sein. Deshalb rate ich auch zur Vorsicht, wenn der Ruf nach einer absoluten Fokussierung bei der Wirtschaftsförderung ertönt. Breite und Tiefe der Wirtschaftsstruktur sind die Stärken unseres Standorts und müssen deshalb wirtschaftspolitisch begleitet werden. Eine zu starke Fokussierung kann dabei schaden oder birgt zumindest hohe Risiken.

Die Auswahl der Branchen – Kollege Paal hat es angesprochen – geht auf die Arbeit des Innovationsrats, der noch unter der Vorgängerregierung eingesetzt wurde, sowie auf das externe Gutachten von McKinsey zurück. Sie haben die Aktualisierung dieses Gutachtens angesprochen. Ich möchte noch einige Informationen ergänzen; denn mit einer solch isolierten Betrachtung, wie Sie sie vorgenommen haben, könnte man tatsächlich den Eindruck erwecken, dass wir ein schlechteres Zeugnis ausgestellt bekommen hätten.

Die Aktualisierung der Studie zeigt erstens, dass wir auf einem guten Weg sind. Denn die vier Kernbranchen bei uns im Land wurden bestätigt. Es wurde also das bestätigt, was bereits in der ersten Fassung der McKinsey-Studie als Zukunftsbranchen identifiziert wurde. Es wurde aber eine weitere Branche hinzugefügt. Herr Kollege Paal – auch Sie sind Maschinenbauingenieur –, wir dürfen uns besonders freuen. Denn in dieser Studie wurde das Spektrum der Zukunftsbranchen um den Maschinenbau erweitert.

(Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Wir hatten den Maschinenbau bereits vor dieser Ergänzung, die in der McKinsey-Studie vorgenommen wurde, als weitere Zukunftsbranche in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Wir waren mit unserem Koalitionsvertrag schneller als McKinsey, den Maschinenbau als wichtige Zukunftsbranche zu identifizieren. Wenn wir draußen vor Ort bei den Maschinenbauern sind, stellen wir fest, dass dies gerechtfertigt war, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

McKinsey hat uns da also bestätigt, und umgekehrt haben wir McKinsey gezeigt, welche wichtige Branche da noch ergänzend aufzunehmen war.

Sie haben zum Zweiten angeführt, dass in der Studie eine Wachstumsschwäche dargestellt werde. Das ist richtig. Eine solche Wachstumsschwäche wurde allerdings schon in der ursprünglichen Fassung der Studie 2010 dargestellt. Wenn Sie uns dies also nun vorwerfen, müssen Sie sich eigentlich auch an die eigene Nase fassen. Denn schon 2010 wurde in der Stu-

die aufgezeigt, dass wir, was das Wachstum angeht, tatsächlich anderen Ländern hinterherhinken. Dies ist also keine neue Erkenntnis.

Auch das von Ihnen angesprochene Thema Investitionsquote ist kein neues Thema. Die Investitionsquote liegt bei uns seit etwa 1998 um drei Prozentpunkte unter den bayerischen Werten. Was jedoch den Wohlstand in der Bevölkerung betrifft, liegen wir ebenfalls seit dieser Zeit mit Bayern gleichauf. Was den Wohlstand angeht, hinken wir in Baden-Württemberg also nicht hinterher.

Zur anderen von Ihnen angesprochenen Studie weise ich auf Folgendes hin: Für diese Studie waren 200 Führungskräfte befragt worden. Unter Statistikern würde einer Befragung von nur 200 Führungskräften keine repräsentative Bedeutung beigemessen werden. Für eine repräsentative Umfrage in einem Bundesland wie Baden-Württemberg müsste man, denke ich, mindestens 1 000 Führungskräfte befragen.

Aber die beschriebenen Zukunftsfelder und Zukunftsmärkte sind richtig. Wir nehmen, wie es im Koalitionsvertrag zum Ausdruck kommt, auch den Maschinenbau mit hinzu. Wir haben seit der Regierungsübernahme zusätzliche Mittel für die wirtschaftsnahe Forschung eingesetzt. Wir ruhen uns also nicht, wie behauptet wurde, auf den Ergebnissen aus, sondern wir haben zusätzlich etwas getan. Ich bitte Sie, dies nicht zu unterschlagen. In der Stellungnahme zum Antrag wird darauf auch verwiesen. Diese Mittel kommen zahlreichen neuen Projekten, vor allem in der wirtschaftsnahen Forschung, zugute.

In den Feldern, in denen dies bislang noch nicht der Fall war, haben wir Netzwerkinstitutionen geschaffen, zuletzt die Landesagentur für Leichtbau. Schließlich haben wir in allen Fokusbranchen Dialogprozesse angestoßen; auch das ist wichtig.

Jetzt wurde vieles Weitere noch gefordert; Herr Dr. Rülke hat einige der Projekte angesprochen. Ich bin gespannt auf Ihre Änderungsanträge für den nächsten Haushalt und auf die neuen Förderprogramme, die Sie damit initiieren wollen, sowie auf Ihre Vorschläge für eine entsprechende Gegenfinanzierung. Wir dürfen gespannt sein, ob das dann tatsächlich passiert oder ob das heute nur eine Ankündigung war.

Meine Damen und Herren, das Thema „Qualifizierte Fachkräfte“, das ich schon angesprochen habe, ist auch und gerade für diese Zukunftsbranchen wichtig; denn sie wachsen stark und haben einen erhöhten Bedarf an Fachkräften. Wir haben für die Deckung des Fachkräftebedarfs einiges getan, und zwar nicht nur im engeren Sinn in der Wirtschaftspolitik, sondern auch in anderen Bereichen. Ich nenne z. B. den Pakt für Familien mit Kindern. Hier haben wir zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung bereitgestellt. Es ist für die Unternehmen wichtig, dass es Kinderbetreuung gibt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist, um die Fachkräfte auch wieder schnell in den Unternehmen einzusetzen.

Wir haben die Ganztagschulbetreuung auf den Weg gebracht, vor allem mit dem Fokus auf die Grundschulen. Auch das ist ein wichtiger Faktor.

Wir haben die Fachkräfteallianzen mit vielen guten Ideen ins Leben gerufen, mit denen wir jetzt landesweit an den Start ge-

(Staatssekretär Ingo Rust)

hen. Es sind zwölf regionale Fachkräfteallianzen entstanden. Im ganzen Land hat das Thema Fachkräfteallianz mit einem erfolgreichen Ergebnis gezündet. Die Unternehmen, die Kammern, alle arbeiten dort gut mit. Ich rufe Sie auf, vor Ort mit den regionalen Fachkräfteallianzen Gespräche zu führen. Dann bekommen Sie einmal einen Eindruck von dem, was unsere Wirtschaftspolitik dort an Dynamik erzeugt hat.

Wir haben ein Programm zur Unterstützung des Übergangs von der Schule in den Beruf aufgelegt, weil wir dort tatsächlich noch großen Nachholbedarf haben. Wir müssen schauen, dass weniger junge Menschen in den Übergangsbereichen hängen bleiben und mehr direkt in die Ausbildung kommen. Auch dort sind wir gemeinsam mit dem Kultusministerium und gemeinsam mit der Wirtschaft auf einem exzellenten Weg.

Nicht zuletzt haben wir vor Kurzem die Förderung von elf „Welcome Centers“ in den Regionen Baden-Württembergs zugesagt. Auch das ist eine hervorragende Unterstützung für Fachkräfte aus dem Ausland.

Damit ist klar, meine Damen und Herren: Wir greifen die Themen auf, die für die Unternehmen wichtig sind, die für die Menschen in unserem Land wichtig sind. Wir stärken die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft durch bessere Betreuung, bessere Ausbildungschancen, indem wir Zuwanderer auf unserem Arbeitsmarkt begleiten, und wir unterstützen die Unternehmen im Land mit einer Wirtschaftsinfrastruktur, mit einer – so möchte ich es nennen – Innovationsinfrastruktur, die für sie wertvoll und gut ist.

Meine Damen und Herren, der Wirtschaft geht es gut bei uns im Land. Die Bürger sind mit unserer Wirtschaftspolitik zufrieden, auch wenn Sie es nicht sind. Die letzte Umfrage, die wir gemacht haben, zeigt: 70 % der Menschen in Baden-Württemberg sind mit der Wirtschaftspolitik der letzten zwei Jahre zufrieden. Dieselben Bürger haben wir gefragt, ob sie mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in den letzten vier Jahren zufrieden sind. Dort waren es nur 63 %, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wird sich mit eurer Beteiligung ändern!)

Die Bürger sind also mit einer grün-rot geführten Wirtschaftspolitik zufriedener als mit der eines FDP-Wirtschaftsministers. Meine Damen und Herren, die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb ist es mir um unser Land, um unsere Wirtschaft nicht bange. Wir werden diesen Weg beibehalten und arbeiten weiter an den Zukunftsbranchen, an einer Innovationspolitik und an einem guten Dialog mit der Wirtschaft und den Beschäftigten.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen den Antrag jetzt noch geschäftsordnungsmäßig behandeln.

Der Antrag Drucksache 15/3354 (Geänderte Fassung) ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – EU-Fortschrittsbericht zur Donauraumstrategie – Drucksache 15/3388

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Haller-Haid das Wort.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der europapolitische Schwerpunkt der Landesregierung ist bekanntlich die Donauraumstrategie. Der Donauraum ist neben dem Ostseeraum die zweite Makroregion der EU. In diesem Raum leben immerhin 100 Millionen Menschen.

Jetzt liegt zur Donauraumstrategie der erste Fortschrittsbericht der Kommission vor, und die Kommission ist voll des Lobes für Baden-Württemberg. Wenn man die Antworten liest, weiß man auch, wieso.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Zwei Jahre nach dem Startschuss für die Strategie können sich die Ergebnisse wirklich sehr gut sehen lassen. Die Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag gibt auch einen guten Überblick über all das, was gemacht wird. Dafür möchte ich mich zuerst einmal bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern so gut wie aller Ministerien ganz herzlich bedanken. Denn schließlich ist die Donauraumstrategie eine Gemeinschaftsaufgabe, in die die unterschiedlichsten Bereiche involviert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Nebenbei wird Baden-Württemberg nicht nur dafür ausdrücklich gelobt, dass es vieles macht, sondern auch dafür, dass es für die Projekte eigene Mittel zur Verfügung stellt.

Bedanken möchte ich mich auch bei dem zuständigen Minister Peter Friedrich, der innerhalb kurzer Zeit ganz viel angestoßen hat.

Dass wir bei der Donauraumstrategie auf einem sehr guten Weg sind, liegt an den verschiedenen Akteuren, die alle bestens zusammenarbeiten – angefangen bei der interministeriellen Arbeitsgruppe bei uns im Land, die wesentlich zu einer besseren Ausschöpfung von Synergien beigetragen hat, was wiederum den jeweiligen Ländern zugutekommt, bis hin zu den baden-württembergischen Unternehmen, die dort aktiv werden wollen.

Vor diesem Hintergrund trifft es sich hervorragend, dass Baden-Württemberg am 1. Januar 2014 für zwei Jahre den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft Donauländer übernommen hat. Das bietet Baden-Württemberg eine weitere Gelegenheit, die eigenen Schwerpunkte auszubauen.

(Rita Haller-Haid)

Ich nenne die vier Hauptschwerpunkte. Erstens: Verbesserung der beruflichen Qualifikation und hier insbesondere Export unserer dualen Ausbildung. Das ist kein ganz leichtes Unterfangen. Aber es gibt eine ganze Reihe von Projekten, die in den verschiedenen Ländern – z. B. in Bulgarien und in Rumänien – sehr gut funktionieren.

Hier im Land konzentrieren wir uns auf die Fortbildung von Lehrkräften an der Akademie in Esslingen. Schade ist nur, dass es für solche Projekte seitens der EU nur anfangs und nicht dauerhaft Unterstützung gibt. Trotzdem wird Baden-Württemberg diese bereits begonnenen länderspezifischen Fortbildungen weiter fördern.

Zweiter Schwerpunkt: Verbesserung der Rahmenbedingungen für die kleinen und mittleren Unternehmen. Hier wurden unter der Federführung des Wirtschaftsministeriums 50 Projekte in Bereichen wie Technologietransfer, Umwelttechnologie und Unternehmerqualifikation angestoßen.

Dritter Schwerpunkt: Erneuerbare Energien und Umweltschutz. Hier ist das Land ganz besonders beim Bau von Kläranlagen behilflich, z. B. in Budapest. Wir engagieren uns also für eine saubere Donau. Deshalb steht natürlich das Thema „Abwasserbehandlung und -management“ im Mittelpunkt; Entsprechendes gilt aber auch für die Themen Abfallwirtschaft, Breitbandnetzausbau und – besonders wichtig – „Schutzgebiet Obere Donau“.

Vierter Schwerpunkt: Stärkung der Zivilgesellschaft. In diesem Zusammenhang spielen natürlich Migrantinnen und Migranten eine ganz wesentliche Rolle, und zwar eine überaus positive. Das ist gerade in diesen Tagen, in denen so häufig nur noch von Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien die Rede ist, ein ganz wichtiger Punkt. Diesbezüglich hat selbst der Antrag ein leichtes „Gschmäcke“. Ich würde mir wünschen, dass man auch hier in dieser Debatte heute noch einmal ganz deutlich macht, wie wichtig uns die Zuwanderung ist und dass die Mehrheit der Zuwanderer qualifiziert bzw. sogar hoch qualifiziert ist.

Meine Damen und Herren, diese vier Säulen werden durch das Sozialministerium mit dem Thema Gesundheit und durch das Innenministerium mit dem Schwerpunkt „Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung“ ergänzt – auch mit dem besonderen Augenmerk auf die Nicht-EU-Staaten.

Zum Thema Gesundheit hat bereits 2012 in Ulm eine Konferenz stattgefunden, und die nächste Konferenz mit dem Schwerpunkt „Prävention von Volkskrankheiten“ wird in Bukarest stattfinden; sie ist bereits in Planung.

Viele der Projekte – ich nenne etwa die Forschungsprojekte im Bereich Saatgut, aber auch Kulturprojekte, wie sie etwa in Ulm laufen, sowie Trainingsprogramme für den öffentlichen Dienst, die vor allem das Staatsministerium unterstützt –, werden von unseren Hochschulen, vom Steinbeis-Europa-Zentrum und vom Wissenschaftsministerium unterstützt. Ich verweise z. B. auf den Aufbau eines Netzwerks zum Thema „Erneuerbare Energien“ entlang der Donau unter Federführung der Universität Ulm oder auch des KIT in Karlsruhe im Bereich Wasserbau.

Unterstützung gibt es natürlich auch von der Landesstiftung, vor allem im Bereich Kultur. Auch Steinbeis mit den Do-

naustransferzentren ist ein Beispiel. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der die Clusterbildung im Donauraum betrifft. Das sind hervorragende Kooperationen, die bewirken, dass dort eine völlig neue Innovationskultur entsteht, die letzten Endes der gesamten Region zugutekommt.

Das sind übrigens auch gute Beispiele dafür, dass man mit wenigen Mitteln vieles anstoßen kann und mit solchen Anstößen mit wenig Geld viel neues Geld rekrutieren kann. Durch 25 Projekte wurden insgesamt 1,61 Millionen € eingeworben. Das ist nicht wenig. Ich glaube, da sind wir auf einem richtig guten Weg.

Aber nicht nur in diesem Fall wurde vieles bewirkt. Das gilt für das gesamte Projekt. Es wurde richtig viel angestoßen, und das mit bescheidenen Landesmitteln. Weil die EU ab diesem Jahr auch selbst Projekte der Donauraumstrategie finanziert, konnten die Mittel im jetzigen Doppelhaushalt sogar um fast die Hälfte reduziert werden. Das heißt aber auch, dass die Projekte einer strengen Auswahl unterliegen und deshalb in erster Linie solche Projekte finanziell unterstützt werden, die im Anschluss auch von der EU weitergefördert werden.

Eine große Chance sind im Übrigen auch die INTERREG-Mittel, mit deren Hilfe nun eine ganze Reihe neuer gemeinsamer Projekte zwischen Baden-Württemberg und weiteren Donauanrainern entwickelt werden können.

Selbstverständlich tragen aber auch unsere Kommunen zum Erfolg der Donauraumstrategie bei, allen voran die Stadt Ulm, die eine ganz wesentliche Koordinationsrolle übernommen hat und deren Oberbürgermeister Ivo Gönner gleichzeitig Präsident des Rates der Donaustädte und -regionen ist. Stellvertretend für alle Kommunen, die eigene Projekte betreiben und vor allem Partnerschaften pflegen, möchte ich mich bei Ivo Gönner für das Engagement der Kommunen bedanken, ohne die eine Unterstützung der Donauraumstrategie nicht möglich wäre.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Es sind ja immer wieder die Kommunen, die am nächsten an den Menschen dran sind. Ohne die Kommunen würde sich eine solche Donauraumstrategie überhaupt nicht umsetzen lassen und würde auf Dauer auch nicht erfolgreich sein können.

Aber wir engagieren uns natürlich nicht allein aus ökonomischen Gründen für den Donauraum – um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern oder um die Chancen für unsere Wirtschaft zu verbessern –, sondern wir tun das auch – daran möchte ich heute auch erinnern – wegen der Erfahrungen aus der Geschichte der letzten 100 Jahre. Vom Balkan aus ist der Erste Weltkrieg ausgegangen. Krieg und Zerstörung haben bewirkt, dass sich dort Demokratien, wenn überhaupt, wesentlich später entwickelt haben als anderswo. Deshalb ist ein ganz wesentliches Ziel der Donauraumstrategie, dass wir dort mithelfen, die Demokratien in diesen Ländern zu stärken.

Ich möchte zum Schluss aber auch eine kritische Bemerkung machen. Wir müssen im Rahmen dieser Strategie auch darüber diskutieren, was zu tun ist, wenn es in einem Land auch einmal eine rückläufige Entwicklung gibt, wie es derzeit in Ungarn der Fall ist. Bei der Aufnahme in die EU werden strenge Kriterien in Sachen Demokratie und Menschenrechte an-

(Rita Haller-Haid)

gelegt. Doch was folgt danach? Ich meine, vor dieser Diskussion dürfen wir uns nicht drücken, und diese Diskussion haben wir in diesem Hohen Haus noch nicht geführt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Reinhart das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Haller-Haid hat den Fortschrittsbericht angesprochen. Ich kann das, was im Bericht ausgeführt wird, unterstreichen, loben und anerkennen.

Als vor 65 Jahren der Europarat in London gegründet wurde, hat Adenauer den berühmten Satz „Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen; sie wurde eine Hoffnung für viele“ gesagt. Während Europa damals entlang des Rheins die sechs Gründerstaaten hatte, haben wir nach dem Fall der Mauer vor 25 Jahren die große Chance, dass Europa heimgekehrt ist und damit die 2 880 km lange Donau, die in Baden-Württemberg entspringt, bis zum Schwarzen Meer zu einem Symbol wurde, und zwar nicht nur geografisch. Vielmehr wurde sie auch zu einem Symbol und einer Chance für eine neue Form der Zusammenarbeit und Freiheit auch in Ost-West-Richtung. Damit sind auch viele Menschen aus Krisenregionen nach Europa heimgekehrt.

Die Frau Kollegin hat das Datum vor 100 Jahren angesprochen, als der Erste Weltkrieg begonnen hat. Vor 75 Jahren hat der Zweite Weltkrieg begonnen. Heute haben alle Analysen gezeigt, dass es u. a. die ungeklärten Konflikte in Südosteuropa waren, die mit zum Ersten Weltkrieg geführt haben.

Ich sage das deshalb, weil eine Idee von uns in meiner Europaministerzeit Wirklichkeit geworden ist. Die Quelle der Donau ist in Baden-Württemberg, und die Quelle der Idee war ebenfalls in Baden-Württemberg. Es war unsere Idee, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit allen Donauländern als Makroregion zu etablieren. Ich möchte heute ausdrücklich betonen: Nach den Donaukonferenzen in Brüssel 2006 und 2008 war es damals die EU-Kommissarin Danuta Hübner, die uns unterstützt hat. Am 8. Oktober 2008 ist im Ausschuss der Regionen der erste Beschluss gefasst worden und damit der Durchbruch für diese Idee der Donaunraumstrategie gelungen. Den betreffenden Antrag hatte ich als Mitglied im AdR eingebracht.

Heute ist diese Idee Wirklichkeit, und ich bin dankbar und froh über diesen Bericht, auch über die Fortschritte seitens der EU; denn jetzt, 2014 bis 2020, sind erstmals auch Mittel etatisiert – nur als Stichwort: INTERREG-B-Programm –, und zwar 240 Millionen €, die dazu beitragen, dass es weitergehen und vorangehen kann. Damit sind wir weiter auf dem Weg zu einer Makroregion.

Damals sind wir um diese Idee und Aktivität auch beneidet worden. Als ich im Ausschuss der Regionen im Jahr 2008 den Antrag eingebracht hatte, war nur Bayern mit dabei. Die Bayern haben einmal gesagt: „Warum habt ihr das erfunden? Wir hätten es selbst erfinden müssen.“ Aber es gab 14 andere Bundesländer, die nicht beteiligt waren und gesagt haben: „Diese

Makroregion bevorzugt euch.“ Es gibt ja auch die östliche Partnerschaft, es gibt die Thematik Mittelmeer, jetzt Alpen, aber es war natürlich ein neuer Durchbruch, der jetzt in Europa fortgeführt wird.

Ich möchte allen danken, interministeriell, auch den Beamten, den Vereinigungen, den Kommunen, der Wirtschaft, allen ehrenamtlichen Akteuren, die daran mitgewirkt haben. Das war eine großartige Gemeinschaftsleistung. Das muss man an diesem Tag auch einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Josef Frey GRÜ-NE)

Die Stellungnahme der Regierung zeigt jetzt die große Bandbreite an Themen, die wir auf den Weg gebracht haben und die damit verstärkt und vertieft werden. Damit wird eine wirtschaftlich schwache Region mit wirtschaftlich starken Regionen verbunden.

Wenn wir bei Beitrittsverhandlungen sind – nicht alle sind Mitglied –, müssen wir uns nur die Bilder aus Kiew im Fernsehen anschauen, die Abend für Abend ausgestrahlt werden. Wir hatten die Ukraine schon 2006 und 2008 nach Brüssel eingeladen und über Assoziierungsabkommen in der fernen Zukunft gesprochen. Ich kann nur sagen: Ich bin überzeugt, dass der Weg auch der Ukraine zusammen mit dem Donauraum nach Europa gehen kann und gehen muss, weil dort den proeuropäischen Kämpfern Freiheit und Frieden beschert wird. Wir drücken den Freunden in der Ukraine an dieser Stelle die Daumen für friedliche Lösungen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, auch die Themen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wurden angesprochen. Einer der großen Vorteile – wir haben ja in diesem Jahr Europawahl – von Europa ist, dass dort ein gemeinsamer Rechtsrahmen besteht, der auch Rechtssicherheit und damit verbunden Investitionssicherheit im Hinblick auf die investierten Mittel bietet. Auch das ist eine Stärke Europas, die in das Gesamtspektrum gehört.

Ich möchte dem Präsidenten unseres Landtags ebenfalls dafür danken, dass er die erste Donauparlamentarierkonferenz einberufen hat. Dieses Haus hier hat damit im Sommer einen wichtigen Beitrag geleistet, meine Damen und Herren. Wir sollten da weitermachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Nach dem Fall der Mauer gab es mit Ungarn schon die erste Gemischte Kommission. Mittlerweile sind es fünf. Das sind bilaterale Kontakte. Es sind aber wichtige Impulse, die bei diesen fünf Gemischten Kommissionen mit Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Serbien und Ungarn zu Fortschritten geführt haben, was diese Zusammenarbeit angeht.

Jetzt sind wir im Schwerpunktbereich 8 „Wettbewerb, kleine und mittlere Unternehmen“ federführend. Hier werden zukunftsweisende Projekte verwirklicht. Wir geben unsere volle Unterstützung für diese Aktivitäten. Das ist Kontinuität in der Außenpolitik. Es ist guter Brauch, dass wir überparteilich, in-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

terfraktionell etwas, was wir auf den Weg gebracht haben, auch weiterführen und unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Steinbeis gehört dazu, auch das Programm „Donau“ im Rahmen von INTERREG V B. Das sind Möglichkeiten für transnationale Projekte. Neue Projekte müssen Hebelwirkungen entfalten. Es muss sozusagen vieles wachsen aus dem, was hier gesät worden ist. Da sind wir, denke ich, auf einem guten Weg. Dazu gehören auch Wirtschaft und Infrastruktur.

An dieser Stelle möchte ich auch einmal erwähnen, dass Stuttgart 21 ebenso dazugehört.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

Denn die mit europäischen Mitteln geförderte Verkehrsversale von Paris nach Budapest ist für die Ost-West-Verbindung der Donauländer ebenfalls wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Auch dadurch rücken wir in der Ost-West-Achse der Donauländer näher zusammen.

Ich denke, meine Damen und Herren, es sind wichtige Punkte angesprochen worden. Gerade beim Aufbau in Südosteuropa können wichtige Beiträge bei der dualen Ausbildung, bei der Fortbildung der Lehrkräfte, beim Umweltschutz, bei der Zuwanderung, der Sicherheit und der Kultur geliefert werden.

Ich möchte darauf hinweisen – dies wurde in diesem Fortschrittsbericht ebenfalls bereits angesprochen –, dass wir auch aus der Zuwanderung – wir haben Freizügigkeit in der EU – ein Win-win-Prinzip machen können. Es kommen vor allem jüngere Leute. Ich bin gerade angesichts der demografischen Entwicklung überzeugt, dass uns unter Einbeziehung von Ausbildungsprogrammen vor Ort – Stichwort Hilfe zur Selbsthilfe – eine bedarfsgerechte Zuwanderung helfen wird und dass wir junge Leute, die wir im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern hier ausbilden, später auch wieder in ihrem eigenen Land als Botschafter gewinnen können. Insofern, denke ich, ist auch eine angemessene Tonalität beim Thema Zuwanderung wichtig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich bin überzeugt, dass wir mit unserer Aktivität – es geht um den Weg, der im Fortschrittsbericht aufgezeigt wurde – einen guten Weg eingeschlagen haben, dass wir auch in Zukunft die Chancen weiter nutzen sollten und dass wir einen wichtigen Beitrag für Europa, aber auch für die Partnerschaften im Rahmen dieser makroregionalen Zusammenarbeit und damit für die Wirtschaft und den Wohlstand der Baden-Württemberger auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Frey.

Abg. Josef Frey GRÜNE: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke der SPD ausdrücklich für diesen Antrag, der sehr viel Licht in dieses Thema gebracht hat. Ich weise darauf hin, dass dieser Antrag im April, also vor mehr als einem halben Jahr, verfasst und insofern von der Geschichte inzwischen etwas überrollt wurde.

Ich denke, es ist wichtig, dass wir – wie Kollege Reinhart angesprochen hat – an der Ukraine heute nicht vorbeigehen können. Die Situation dort vereinfacht unsere Arbeit im Donauraum nicht. Man kann sich glücklich schätzen, dass gestern der Russland-EU-Gipfel stattgefunden hat, weil sowohl die EU als auch Frau Merkel – die sonst gern zwischenstaatlich operiert, hier jedoch sehr ruhig war – zu lange zugeschaut haben. Die EU hat dezidiert abgelehnt, ein Dreiergespräch mit Russland und der Ukraine zu führen. Ich denke, das war falsch. Wir müssen auch in Zukunft viel mehr mit diesen beiden Staaten sprechen, da es in der Ukraine keine Lösung ohne Russland geben kann.

Die Ängste, dass irgendwelche Beziehungen abgebrochen werden, kann ich nicht teilen. Wenn man überlegt, dass 29 % der Gaslieferungen aus Russland kommen und allein die EU im Jahr 2011 167 Milliarden € in Russland investiert hat, erkennt man, dass die Verflechtungen so eng sind, dass die Beziehungen nicht von heute auf morgen abgebrochen werden können.

Wichtig ist, dass das Volk in der Ukraine über Neuwahlen selbst bestimmt, welche Form der Zusammenarbeit es wählen will, ob dies im Rahmen einer partnerschaftlichen Beziehung zur EU oder zu Russland ist oder ob die Ukraine ein Beitrittskandidat wird. Das muss das Volk selbst bestimmen – mit freien Wahlen unter demokratischen Voraussetzungen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag der SPD macht deutlich, dass zumindest das Land bereit ist, Verantwortung für dieses zusammenwachsende Europa zwischen Schwarzwald und Schwarzem Meer zu übernehmen. Im Donauraum haben wir mit der Ukraine als Nicht-EU-Mitglied, Ungarn als Mitglied, Serbien als Beitrittskandidat, Österreich als Mitglied, Kroatien als neuem Mitglied und weiteren Donaurainern eine ganz heterogene Staatengruppe. Das macht die Arbeit, die der Minister leisten muss, relativ schwierig, aber auch reizvoll.

Die Landesregierung hat die Unterstützung unserer Fraktion. Ich denke auch, Flüsse müssen nicht zwangsläufig Trennlinien zwischen Ländern sein. Sie können auch verbinden, wie wir dies am Rhein sehen. Dort haben wir eine Entwicklung von der Erzfeindschaft mit den Franzosen hin zu einer guten, freundschaftlichen und engen Beziehung. Vielleicht können wir auch die Erfolgsfaktoren, die es in den letzten Jahrzehnten in unserer Beziehung zu Frankreich gegeben hat, herauskristallisieren und in der Donauraumstrategie anwenden.

Für erfolversprechend halte ich auch den Ansatz, die Zivilgesellschaft mit einzubeziehen, Bottom-up-Prinzipien zu verfolgen und Migranten – immerhin leben hier in Baden-Württemberg 500 000 Menschen aus dem Donauraum – als Brückenbauer in Bezug auf ihre alte Heimat einzubeziehen.

Als Beispiel möchte ich das Umweltministerium nennen, das ebenfalls einbezogen wird und dort für sicheres Wasser sorgt.

(Josef Frey)

Vor Ort wird ganz konkret die kommunale Ebene einbezogen. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Menschen dort mit gesundem und sauberem Wasser versorgt werden. Es ist wichtig, dass wir nach einer genauen Bedarfsanalyse zur Umsetzung übergehen und dass nicht im Vordergrund steht, welche baden-württembergischen Produkte wir verkaufen können. Es sollte vielmehr zu einer Win-win-Situation kommen, indem wir zunächst einmal schauen, was die Menschen dort überhaupt brauchen.

Aber auch das Wissenschaftsministerium hat gute Projekte in Zusammenarbeit mit den Verwaltungshochschulen Kehl und Ludwigsburg und mit dem Euro-Institut in Kehl im Bereich der kommunalen Kompetenzförderung vorzuweisen, die maßgeschneidert vor Ort aufgebaut werden, um auch Good-Governance-Standards zu setzen.

Wir wissen alle, dass in diesen Gebieten häufig noch Probleme im Bereich der Bestechlichkeit, der Korruption bestehen. Da ist eine gute Vorbereitung für die Beamten, die dort tätig sind, erforderlich. Ich möchte hier vor allem das Projekt DANTE, das „On the Job“-Trainingsprogramm, in Kooperation mit den Hochschulen in Ungarn hervorheben. Das wollen wir nicht links liegen lassen. Wir wollen vielmehr mit Ungarn kooperieren und darauf einwirken, dass dort endlich wieder demokratischere Strukturen möglich werden.

Herr Kollege Reinhart hat die ETZ-Mittel angesprochen. Ich denke, INTERREG V B ist eine echte Chance. Wir sollten uns bei der Kommission mit guten Projekten bewerben, damit wir mit unserer Erfahrung mit INTERREG am Hoch- und Oberrhein und am Bodensee mithelfen, dass die Menschen dort auch Anträge stellen können.

Die bereits laufenden guten Projekte müssen fortgeführt werden. Wir sollten uns darum kümmern, dass die Folgefinanzierung gewährleistet ist. Gerade die Donaoraumstrategie macht Europa begreiflich und mit konkreten Projekten begreifbar. Wir können sehen, wo die Erfolge eines zusammenwachsenden Europas liegen.

Daher ist es gerade im Vorfeld der Europawahl wichtig, dass wir heute über die Donaoraumstrategie debattieren. Denn Europa ist mehr als eine Wirtschaftskrise oder eine Bankenkrise. Vielmehr dient das Zusammenwachsen dem Frieden im Kern Europas, aber auch im Balkangebiet. Dabei wollen wir die Landesregierung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen, Herr Minister.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Grimm das Wort.

Abg. Leopold Grimm FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Donauquelle inzwischen verschwunden und nur noch eine Baustelle ist, so passt dieser Bericht der Regierung sehr wohl zu dieser Situation; denn dies ist ein Baustellenbericht.

Es ist richtig, dass wir uns mit dem Donaoraum beschäftigen. Es ist wichtig, dass die Landesregierung dort genau hinschaut und sich verstärkt engagiert; denn der Donaoraum hat eine enorme wirtschaftliche Bedeutung.

Von 2010 bis 2011 wuchs das Volumen der Exporte Baden-Württembergs in den Donaoraum um 15,1 %. In den vergangenen 20 Jahren hat sich das Exportvolumen fast vervierfacht – es stieg auf etwa 16,7 Milliarden € im Jahr 2011. Etwa 10 % der Importe Baden-Württembergs stammen aus dem Donaoraum. Die jährliche Wachstumsrate belief sich, wie z. B. im Jahr 2011, auf ca. 20 %.

Meine Damen und Herren, daran erkennen Sie die Bedeutung dieses Gebiets für uns Baden-Württemberger. Es ist auch richtig, auf die zum Jahresanfang 2014 in Kraft getretenen neuen Forschungs- und Innovationsförderprogramme der Europäischen Kommission hinzuweisen.

Für die Antragsteller von der SPD waren insbesondere die Donaotransferzentren von Bedeutung. Diese Zentren leisten einen Beitrag dazu, den Technologietransfer in den Donaoraum zu verstärken, um auf diese Weise Innovation, Wohlstand und Wissen zu schaffen. Daran wirken viele Beteiligte mit: Universitäten und Forschungseinrichtungen, aber auch kleine und mittlere Unternehmen. Ziel ist es, von den Ergebnissen und der Expertise im Donaoraum stärker zu profitieren.

Sehr geehrter Herr Minister Friedrich, zur Frage der seit diesem Jahr geltenden Freizügigkeitsrechte für EU-Bürger aus Bulgarien und Rumänien schreiben Sie ausführlich über die Armutszuwanderung aus diesen beiden Ländern. Dabei nehmen Sie speziell Bezug auf Mannheim. Diese Aussage irritiert etwas; denn die ernstesten Probleme in Mannheim haben logischerweise nichts mit der neu geschaffenen Freizügigkeit zu tun; diese gilt für Bulgaren und Rumänen erst seit Januar dieses Jahres.

Auch die Zahlen zur Beschäftigung und zum Leistungsbezug rechtfertigen es laut der IAB-Studie vom Dezember 2013 nicht, die Zuwanderung aus diesen beiden östlichen EU-Staaten pauschal als Armutszuwanderung zu bezeichnen.

Zur Jahresmitte 2013 hatten rund 60 % der Bulgaren und Rumänen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland Arbeit. Da stellt sich natürlich die Frage, was für eine Arbeit dies war. Denn 46 % der Bulgaren und Rumänen, die nach 2007 zugewandert sind, haben keine in Deutschland anerkannte abgeschlossene Berufsausbildung.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle müssen wir ansetzen. Der Minister hebt hervor, dass die berufliche Bildung eine zentrale Rolle bei der Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und dem Donaoraum spielt, und nennt Pilotprojekte zur dualen Ausbildung. In diesem Bereich muss schnell mehr unternommen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir importieren nicht nur Arbeitslose aus dem Donaoraum nach Deutschland, sondern wir exportieren auch die duale Berufsausbildung in den Donaoraum. Es trug auch nicht zur Problemlösung bei, dass in den vergangenen Tagen darauf hingewiesen wurde, dass angeblich viele Akademiker aus diesen Ländern nach Deutschland kämen. Ein solcher Aderlass täte auch dem Donaoraum nicht gut. Ich halte es aber für wichtig, dass wir Wanderbewegungen zwischen EU-Ländern – beispielsweise von Ost nach West – trotzdem unaufgeregt betrachten. So etwas hat es immer gegeben. Es ist nicht einmal

(Leopold Grimm)

200 Jahre her, dass Deutsche in den Donauroum einwanderten.

Bitte gestatten Sie mir zum Schluss noch eine Bemerkung. Die Drucksache 15/3388 ist in sprachlicher Hinsicht ein abschreckendes Beispiel. Jeder Durchschnittsbürger, der versucht, den Inhalt dieser Drucksache zu verstehen, wird daran scheitern. Um dies zu verdeutlichen, zitiere ich aus der Stellungnahme:

Die PACs sind zentrale Akteure bei der Umsetzung des Aktionsplans der EUSDR.

Noch schöner:

Voraussetzung und zugleich ein Hauptziel zu Beginn der Implementierungsphase der EUSDR war die Einbindung der beteiligten Partner der 14 Teilnehmerstaaten und -regionen in einen gemeinsamen Lenkungs-kreis (Steering Group) sowie diverse Arbeitsgruppen (Working Groups) der PA 8.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das erklärt gleich der Minister!)

Noch ein Zitat:

Das DTC Novi Sad ist Partner im FP7-INCO-2013-1 Projekt „Danube – INCO.NET“ ab Oktober 2013.

Dem Stenografischen Dienst kann ich die Vorlage zur Verfügung stellen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Die können das besser schreiben als Sie lesen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aküfi!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so schafft man Euroskepsis. Worthülsen, die nur Papier füllen, aber nicht die Herzen der Menschen erreichen, brauchen wir nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Vielmehr brauchen wir weniger Technokratie und mehr Zuwendung zu den Bürgern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Friedrich.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg ist das Herz Europas. Baden-Württemberg liegt nicht nur geografisch in der Mitte, sondern die beiden großen Entwicklungsachsen verschränken sich in unserem schönen Bundesland.

Der Rhein steht symbolisch für die Aussöhnung von Frankreich und Deutschland und für die Entwicklung Westeuropas während des Kalten Krieges. Die Donau stellt ein verbindendes Band über 2 880 km nach Osten dar und führt zusammen, was in Europa über viele Jahrhunderte hinweg ganz natürlich zusammengehört hat, aber widernatürlich getrennt war. Wenn

Sie die Donau entlangfahren, wenn Sie die Städte dort sehen, und wenn Sie sich mit den Menschen dort unterhalten, dann stellen Sie fest, dass unsere geografischen Kategorien – die Frage, was Mitteleuropa ist – gar nicht ausreichen, um zu beschreiben, wie groß tatsächlich das Herz Europas ist.

Deswegen war es gut und richtig, dass Baden-Württemberg von Anfang an ein Impulsgeber für die Donauroomstrategie war. Es ist auch gut, dass die Europäische Union die makroregionalen Strategien als Instrument entwickelt und implementiert hat, um auch einen regionalen Zusammenhalt innerhalb der Europäischen Union zu schaffen. Diese makroregionalen Strategien – die erste bezog sich auf den Ostseeraum, die zweite auf den Donauroom – bringen zusammen, was an natürlichen Begegnungsräumen, Siedlungsräumen und Wirtschaftsräumen innerhalb der Europäischen Union gegeben ist.

Wir können nicht genau beziffern, wie viele Menschen in Baden-Württemberg ihre familiären Wurzeln im Donauroom haben. Wahrscheinlich trifft dies für mehr als jeden Zehnten zu. Schauen Sie sich einmal an, wie viele Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg nach Baden-Württemberg gekommen sind.

Übrigens gab es schon damals Integrationsprobleme. Ich bin in einem Ort groß geworden, in dem man damals keine Flüchtlinge haben wollte. Dann haben diese Flüchtlinge Baumaterial bekommen, damit sie sich in der Waldbrücke – so hieß der Ortsteil – ansiedeln konnten. Hierbei handelte es sich überwiegend um Banater Schwaben. Außerdem waren Siebenbürger Sachsen und andere dabei, die aus dem Donauroom zu uns gekommen sind.

Dann folgte die Gastarbeitergeneration, die vor allem aus dem ehemaligen Jugoslawien kam. Dann kamen die Bürgerkriegsflüchtlinge. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs sind erneut viele Menschen nach Baden-Württemberg gekommen.

Deswegen gibt es intensive innere Bande in Baden-Württemberg zum Donauroom, und das ist gut so. Wir versuchen, sämtliche Instrumente, die natürlich abstrakt beschrieben werden – da haben Sie recht, Herr Grimm –, dafür einzusetzen, diese inneren Bande zu nutzen, um diesem Entwicklungsraum, in dem etwa 110 Millionen Menschen leben, eine Perspektive zu bieten – damit alle eine so gute Perspektive haben, wie wir sie in Baden-Württemberg dank der Europäischen Union für uns erarbeiten konnten.

Die Landesregierung hat vier Schwerpunktthemen benannt. Frau Abg. Haller-Haid hat bereits darauf hingewiesen. Dies sind „Mittelstand und Innovation“, „Berufliche Bildung“, „Umwelt und Energie“ sowie „Zivilgesellschaft und Verwaltungszusammenarbeit“. Das heißt, wir bringen die Stärken Baden-Württembergs in die Donauroomstrategie ein. Wir sind überaus gefragte Gesprächspartner, insbesondere was die berufliche Bildung angeht.

Von den 26 Projekten, die wir im Rahmen der Donauroomstrategie auf den Weg gebracht haben, sei es im Prioritätsbereich 8 – PAC heißt Priority Area Coordinator. Herr Grimm, auf Seite 3 der Drucksache ist übrigens jede Abkürzung erklärt. Wir haben die ausführliche Bezeichnung nicht jedes Mal verwendet, weil die Vorlagen nicht dadurch besser werden, dass sie immer länger werden. Deswegen haben wir die Abkürzungen zu Beginn erklärt und sie im weiteren Verlauf ver-

(Minister Peter Friedrich)

wendet. Aber Sie haben recht: Natürlich gibt es ein Technokratendeutsch.

Andererseits gehören auch gute Strukturen dazu, um das Ganze zu entwickeln. Genau das machen wir. Beispielsweise bauen wir in Rumänien momentan vier Zentren mit dualen Ausbildungsgängen auf.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir machen das zusammen mit der baden-württembergischen Wirtschaft, die dort präsent ist. Das sind große Firmen aus dem Land, sei es Bosch, sei es Daimler, seien es andere wie Marquardt aus der Automobilzulieferindustrie, die dort aktiv sind.

Wir bauen in Bulgarien zusammen mit der Stiftung Liebenau ein Berufsschulzentrum auf, wo wir soziale Berufe in dualer Ausbildung entwickeln. Das heißt, wir betreiben aktiv, sehr praktisch den Export des Erfolgsmodells der dualen Ausbildung. Rumänien hat mit unserer Unterstützung inzwischen ein eigenes Berufsbildungsgesetz übernommen, sodass Rumänien das erste Land ist, welches das duale Ausbildungssystem zuvor nicht kannte und wo Auszubildende eine Vergütung während der Ausbildung bekommen.

Das ist eine gute Entwicklung, über die wir sagen können: Es funktioniert tatsächlich, das duale Ausbildungsmodell auch dorthin zu bringen, wo die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch ist. Deswegen sind die Donaoraumstrategie und unsere Projekte dort ein Beitrag zur Konvergenz, zum Zusammenwachsen Europas und zur Angleichung nicht nur der Lebensverhältnisse, sondern vor allem auch der Chancen, die die Menschen in den Regionen haben. Es gibt noch eine ganze Reihe von Ideen, die wir haben, die darüber hinausgehen.

Am Anfang der Donaoraumstrategie standen neben den umfangreichen Texten drei Neins: keine neue Regulierung, keine neuen Institutionen und kein neues Geld. Wir haben diese drei Neins jetzt mit viel Arbeit etwas durchbrechen können, sodass nicht nur eine Strategie auf dem Papier steht, sondern ihr auch reale Projekte folgen können.

Deswegen freue ich mich sehr, dass es uns zusammen mit Bayern gelungen ist, dass es jetzt einen INTERREG-Raum Donau gibt, der passgleich mit der Donaoraumstrategie ist. Er bezieht auch Nicht-EU-Länder ein, z. B. wenn es um die Gewässerreinigung oder die Bekämpfung von organisierter Kriminalität geht, aber auch wenn es etwa darum geht, dass wir entlang der Donau ein Automotivecluster von Baden-Württemberg über Bayern, Österreich, die Slowakei – die Slowakei ist inzwischen der dritt wichtigste Automobilstandort in Europa –, Ungarn bis Rumänien begründen. Das ist etwas, was in unserem unmittelbaren Interesse liegt, gerade im Bereich des Fahrzeugbaus von Automotiven – überall baden-württembergische Unternehmen, große Kooperationen, die es schon gibt. Der Politik kann es nur nutzen, dass wir dieses Band der Donau auch als eine Wirtschaftsregion der Automobilindustrie nach vorn entwickeln.

Das, was wir als Qualitätsarbeit bei uns kennen, muss zusammengeführt und darf nicht gegeneinander ausgespielt werden, etwa wenn wir unterschiedliche Regeln dazu haben, wie Löhne bezahlt oder wie Investitionen von Unternehmen betrachtet werden. Deswegen arbeiten wir dort zusammen.

Zum Bereich der Energiepolitik: Wir hatten vor Kurzem eine Sitzung der Gemischten Regierungskommission mit Rumänien. In Rumänien gibt es 4 GW ungenutzter installierter Wasserkraftleistung. Wenn es uns gelingen würde, eine Verbindung zu entwickeln – wir sind zu diesem Thema auch im Gespräch mit der Europäischen Kommission –, könnte Rumänien schon heute ein wichtiger Speicher für fluktuierende erneuerbare Energien bei uns sein.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann brauchten wir die Kapazitätsmärkte ja nicht!)

– Das werden wir dann sehen, ob wir die Kapazitätsmärkte brauchen. Aber ich sage Ihnen: Die Franzosen haben einen solchen Kapazitätsmarkt schon eingeführt, und die Rumänen haben das Problem, dass sie in der Stromerzeugung ebenfalls Überkapazitäten haben. Aber auch da werden wir darauf achten, dass es ein marktförmiges Modell ist, Herr Hauk. Denn ich glaube, Planwirtschaft wollen wir in der Energiewirtschaft allesamt miteinander nicht.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Zum Donaoraum gehört auch das Thema „Kulturelle Zusammenarbeit“. Das Donaufestival in Ulm ist mit Sicherheit ein Highlight. Dank gebührt der Stadt Ulm und dem Rat der Donaustädte und -regionen. Dazu gehört, dass wir auch das kulturelle Zusammenwachsen im Donaoraum ermöglichen.

Es ist ein Raum mit enormer kultureller Vielfalt, wo die staatlichen Grenzen, die es gibt, zum Teil verwischen. Wenn Sie die Donau entlangfahren, erleben Sie Orte mit ganz unterschiedlicher Geschichte – ob ungarisch, deutsch, Roma, serbisch; das geht munter durcheinander. Das kann auch eine Chance für ein friedliches Miteinander sein.

Wir haben auf dem Balkan einen fürchterlichen Krieg erlebt. Dass Kroatien jetzt Mitglied der EU geworden und Serbien ein Beitrittskandidat ist, zeigt, finde ich: Die Idee der friedensstiftenden Kraft der europäischen Integration ist lebendiger denn je – gerade im Jahr des Gedenkens an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Die Donaoraumstrategie ist ein aktiver Beitrag dazu, dass wir die Aussöhnung auch durch kulturelle Zusammenarbeit voranbringen; unsere heutige Zusammenarbeit trägt dazu bei, zu vermeiden, dass eine solche Katastrophe auf dem europäischen Kontinent je wieder entstehen kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt, ein Problem der Donaoraumstrategie, ansprechen. Es wurde eine Strategie mit zwölf einzelnen Kapiteln aufgesetzt. Nur: Ein Kapitel wurde vergessen. Das ist die Politik selbst. Es gibt zwölf Kapitel der Zusammenarbeit, aber die Zusammenarbeit der Regierungen, der Parlamente, der politische Austausch ist in der Strategie eigentlich nicht vorgesehen. Da meiner Meinung nach europäische Politik auch immer dazu da ist, die Demokratie in den Ländern zu befördern und zu befähigen, war es gut, dass wir die Donauparlamentarierkonferenz in Ulm hatten, die ihre Fortsetzung in Budapest finden wird.

Wir hatten eine Floatingkonferenz, also eine Konferenz von Abgeordneten auf einem Schiff. Wir haben mit den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Donauländer die Chance, auch

(Minister Peter Friedrich)

politische Foren zu bieten und über bestimmte Punkte zu diskutieren. Denn die Frage, wie wir mit Sinti und Roma im Donauraum umgehen, bedarf auch einer politischen Diskussion. Auch die Frage, wie wir den Umweltschutz – den Gewässerschutz, die Biodiversität – gestalten, zählt zu den politischen Fragen, über die diskutiert werden muss.

Wenn es um die Arbeitnehmerfreizügigkeit geht, hilft es nichts, wenn wir sagen, dass sie uns extrem viel nützt, aber die Augen davor verschließen, dass sie auch viele Probleme verursacht. Wir wurden ja ausdrücklich danach gefragt; deswegen habe ich mir das aufgeschrieben.

Ich rede nicht von den Armutsfüchtlern bei uns. Vielmehr haben wir auch ein Qualifikations- und ein Lohngefälle, das zu Wanderungsbewegungen führt, die in den Ländern zum Teil auch Zukunftschancen mindern. Darüber müssen wir auch politisch miteinander diskutieren. Es muss Möglichkeiten geben, sich auch offen die Meinung zu sagen und darauf hinzuweisen: Wir sind nicht damit einverstanden, wie in einigen europäischen Partnerländern der Donauraumstrategie teilweise mit Roma umgegangen wird; wir sind nicht damit einverstanden, dass die Öffentlichkeit, die Freiheit der Medien, die Studienplatz- und -ortswahl oder die Freizügigkeit für Studierende – z. B. in Ungarn durch Gesetzgebung – eingeschränkt wird.

All das sind Themen, für die man auch politische Räume zur Diskussion braucht. Deswegen finde ich es gut, dass wir nicht nur die Initiativen gemeinsam getragen haben, was die Parlamentarierkonferenz angeht, sondern dass die EU-Kommission ausdrücklich benannt hat, dass es diese Austauschforen geben soll und muss.

Wir arbeiten weiter daran, dass wir auch für die Donauraumstrategie eine gemeinsame Demokratiestrategie haben, um den Zusammenhalt der Länder und die Zusammenarbeit zu stärken.

Ich danke für die vielfache Unterstützung, die in der Debatte zum Ausdruck kam. Wir arbeiten weiter gemeinsam daran, dass die Donauraumstrategie funktioniert und zum Erfolg des Landes, aber auch zum Erfolg aller Länder im Donauraum beiträgt.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/3388. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 9:**

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Die Kürzungen im Entlastungskontingent verschlechtern die Unterrichtsqualität – Drucksache 15/3435 (Geänderte Fassung)

Ich möchte dazu auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/4666, hinweisen, der sich auf Ihren Tischen findet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion. Bei uns ist angemeldet worden, dass sich die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP/DVP die Zeit für die Begründung teilen, sodass jede Fraktion – CDU und FDP/DVP – insgesamt 7,5 Minuten Redezeit hat.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schebesta das Wort.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Manchmal besteht am Ende der Tagesordnung, bei einem Antrag, der ein Dreivierteljahr alt ist, doch noch einmal die Gelegenheit, über eine wirklich wichtige politische Frage im Landtag zu diskutieren. Wir kommen bei diesem Tagesordnungspunkt zum Thema „Lehrerstellenabbau an den Schulen in Baden-Württemberg“.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ihre Kollegen finden das nicht! Die sind ja auch nicht da!)

Von den Regierungsfractionen, von der Landesregierung, vor allem vom Ministerpräsidenten hört man, Lehrerstellenabbau sei deshalb nicht so schlimm,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wo sind Ihre Kollegen?)

weil das dem Schülerzahlenrückgang entspreche. Durch den Antrag, den CDU und FDP/DVP im Frühjahr 2013 gestellt haben, kommt zum Ausdruck: Es wird mehr abgebaut, als gemessen am Bedarf möglich wäre. Denn es heißt in der Stellungnahme des Kultusministeriums, dass die Kürzungen, um die es geht, dazu dienen, die Auswirkungen der notwendigen Stellenstreichungen teilweise abzufedern. Wenn der Abbau dem entspräche, was durch den Schülerzahlenrückgang zu gewinnen ist, dann gäbe es nichts abzufedern. Aber es muss etwas aufgefangen werden. Die Zahlen sind gegriffen, und sie gehen über das, was der Schülerzahlenrückgang möglich machen würde, hinaus.

Konkret ging es bei der Diskussion im Frühjahr um die Streichungen bzw. Kürzungen bei Entlastungs- und Anrechnungsstunden. Auch dieses Thema hat zu dem Protest, den es im Frühsommer gegeben hat, beigetragen. Es war ein Anliegen bei den Demonstrationen, die stattgefunden haben. Es war einer der Punkte, die von uns in der Plenardebatte am 10. Juli 2013 unter Bezug auf die Demonstrationen aufgegriffen worden sind. Ich habe zu diesem Punkt in jener Debatte auch gesprochen.

Das allgemeine Entlastungskontingent, das von den Kürzungen betroffen ist, beinhaltet – wie es vom Kultusministerium in der Stellungnahme zu dem Antrag auch ausgeführt wird – einen Ausgleich für Lehrmittel-, Lernmittel- und Fachraumverwaltung, für die Oberstufenberatung, für die Tätigkeit als Verbindungslehrer zur SMV, für die Tätigkeit als Koordinator von Sprachförder- und Integrationsmaßnahmen.

Das sind alles wichtige Punkte, und wir haben, Herr Minister, bis heute kein Verständnis dafür, dass Sie in einer Regierungs-

(Volker Schebesta)

befragung davon gesprochen haben, manche dieser Aufgaben seien „nice to have“.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unannehmbar!)

Wir halten diese Aufgaben für wichtig; sie führen zu einer Entlastung, auf die die Lehrer ein Anrecht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben inzwischen das Vorhaben umgesetzt, diesen Bereich um 14 % gekürzt und dadurch rund 230 Deputate gewonnen. Die Aufgaben, die damit abgedeckt worden sind, bestehen nach wie vor an den Schulen. Es stärkt die Motivation an den Schulen gerade im außerunterrichtlichen Bereich und über den Fachunterricht hinaus natürlich überhaupt nicht, wenn auf die steigenden Herausforderungen, die wachsenden Aufgaben so reagiert wird, dass Anrechnungsstunden gekürzt werden.

Sie haben Einblick in die Schulen. Wir hören, dass bestimmte Dinge, die notwendig sind, nicht mehr gemacht werden, weil die Motivation zurückgegangen ist. Was landesweit in welchem Umfang gemacht wird, würde uns sehr interessieren. Aber vonseiten der Schulen wird von einem Rückgang berichtet, und es wird davon berichtet, dass Schulleiter sehr viel mehr Probleme haben als früher, Kolleginnen und Kollegen für die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu finden, weil diese sagen, das finde keine Anerkennung – was durch die Kürzungen durch die Landesregierung auch zum Ausdruck kommt.

An diesen Konsequenzen wird mehr als deutlich, dass wir den Lehrerstellenabbau so, wie Sie ihn vorgesehen haben, nicht werden umsetzen können, wenn wir die Qualität der Arbeit an unseren Schulen aufrechterhalten wollen.

Deshalb haben wir nicht an dem Beschlussteil festgehalten, wie wir ihn im April in unserem Antrag formuliert hatten – nämlich die geplanten Maßnahmen nicht umzusetzen –, sondern legen Ihnen mit unserem Änderungsantrag nun eine Forderung vor, die aus unserer Sicht für die Zukunft entscheidend ist. Wir fordern Sie auf,

den Lehrerstellenabbau im vorgesehenen Umfang zu stoppen, um weitere massive Einschnitte in den Schulen, wie die Kürzung des allgemeinen Entlastungskontingents, zu verhindern.

Zumindest die Kolleginnen und Kollegen der SPD müssten dem zustimmen. Das war und ist auch der Tenor vor dem Landesparteitag und den Forderungen von Ihrer Seite gegenüber den Grünen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die wissen es auch!)

Wir freuen uns, wenn Sie uns unterstützen. Wir unterstützen Sie dabei gegenüber den Grünen auch, damit wir nicht diese negativen Entwicklungen

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Rita Haller-Haid SPD: Sehr nett!)

an den Schulen haben werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

... der Ausgleich für die Lehr-, Lernmittel- und Fachraumverwaltung, die Oberstufenberatung, die Leitung einer naturwissenschaftlichen Sammlung, die Tätigkeit als Verbindungslehrer/in zur SMV, als Lehrer/in für Suchtprävention, Koordinator/in der Sprachförder- und Integrationsmaßnahmen, die Organisation der Schülerbeförderung oder der Ausgleich für Abstimmungsaufgaben bezüglich des Einsatzes von Pflege- und Betreuungskräften im Unterricht. Ferner sind im Bereich des Sports und der Kultur in wenigen Einzelfällen beispielsweise die Koordination und Umsetzung von Kooperation Schule – Verein, die Organisation und Koordination von Schulsportwettbewerben, die Koordination großer Fachschaften und Sammlungen (z. B. an Musikprofilgymnasien), die Organisation und Koordination von Konzerten, Wettbewerben, Ausstellungen, Exkursionen und Konzertreisen sowie allgemeine Aufgaben im Sinne einer ganzheitlichen kulturellen Bildung ...

Herr Kultusminister, sind Sie wirklich der Meinung, das alles ist „nice to have“, es ist also schön, wenn eine Schule das anbieten kann, aber es ist nicht wirklich nötig? Die Aufzählung all der Tätigkeiten, die aus dem Stundenpoolentlastungskontingent bestritten werden, stammt übrigens aus der Stellungnahme des Kultusministeriums zu dem Antrag von CDU und FDP/DVP.

Ich meine im Gegensatz zu Ihnen, Herr Minister, dass das, was mithilfe des Entlastungskontingents an den Schulen durchgeführt wird, einen wesentlichen Teil der Qualität eines schulischen Angebots ausmacht.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Denn gute Schule ist eben mehr als nur der Pflichtunterricht,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

den Sie in diesem Zusammenhang immer bemühen. Dass Sie an dieser Stelle immer einwenden, die Kürzungen seien zur Sicherung des Pflichtunterrichts notwendig gewesen, zeigt deutlich, wie weit Sie von Grün-Rot sich mittlerweile von der Realität an den Schulen entfernt haben. Das ist ein bisschen so, als würden Sie einem Spitzenkoch nur die Grundnahrungsmittel zugestehen, von ihm aber ein ausgefeiltes Fünf-Gänge-Menü erwarten. So, wie beim einzelnen Lehrer das Besondere seine Freude am Unterrichten maßgeblich befördert, so sind auch für jede Schule die über das Alltägliche hinausgehenden Aktivitäten das Salz in der Suppe.

Die FDP/DVP-Fraktion hält Ihre Kürzungen im Bereich des Entlastungskontingents deshalb für einen schweren Fehler, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Dr. Timm Kern)

Nun wird der Kultusminister vermutlich anmerken, dass dank Grün-Rot im Bereich der Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg das goldene Zeitalter angebrochen sei, ganz im Gegensatz zur Dürreperiode der früheren christlich-liberalen Landesregierung;

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Guter Beitrag! – Zuruf: Zugabe!)

also wir von der Opposition sollten uns mal nicht so haben.

Doch Ihre Jubelmeldungen über eine angeblich verbesserte Unterrichtsversorgung dürften Schülern, Eltern, Lehrern und Schulleitungen vor Ort sauer aufstoßen, denn im Schulalltag stellt sich die Situation keineswegs so rosig dar. Und selbst dort, wo sich die Situation aufgrund sinkender Schülerzahlen und eines milden Winters entspannt hat, weiß man, dass sich das auch schnell wieder ändern kann. Denn mit der Aufstockung der festen Vertretungsreserve haben Sie zwar etwas unternommen, jedoch schulorganisatorisch aufs falsche Pferd gesetzt. Zum einen konnten gar nicht alle Stellen im Rahmen dieser festen Krankheitsreserve besetzt werden, was mit dem späten Anstellungszeitpunkt, mit der Befristung usw. zu tun hat, zum anderen ist die feste Reserve für die Schulen häufig keine Hilfe, da die Lehrer schon anderweitig fest eingesetzt sind und nicht zur selben Zeit an vier Orten gleichzeitig sein können.

Das heißt, die feste Lehrerreserve ist ein viel zu inflexibles Instrument. Sinnvoller wäre ein Budget vor Ort,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

aus dem die Schulen eigenständig ihre Unterrichtsversorgung sicherstellen könnten, u. a., indem sie rechtzeitig Lehrkräfte einstellen und ihnen Perspektiven bieten könnten. Die momentane Situation ist die eines privaten Haushalts, dessen Einkommen immer gerade so bis zum Monatsende reicht. Aber wehe, es kommt etwas Außergewöhnliches dazwischen, z. B. eine Grippewelle. Dann stehen keine Reserven mehr zur Verfügung.

Auch die Schulen benötigen Verlässlichkeit und längerfristige Planungssicherheit. Doch gerade diese wesentlichen Grundlagen guter Bildungspolitik lässt die grün-rote Landesregierung vermissen.

Besorgt stimmt uns insbesondere, dass der Kultusminister die Kürzungen als eine Teilmaßnahme ansieht, um die Einsparvorgabe von 1 000 Lehrerstellen im laufenden Jahr zu erfüllen. Nach unserer Auffassung zeigt dies, dass die grün-rote Koalition mit 11 600 Lehrerstellen als einzusparendere demografischer Rendite viel zu hoch gegriffen hat, zumal noch ideologisch motivierte und kostspielige Prestigeprojekte wie die Gemeinschaftsschule

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

oder der Modellversuch G 9 zu finanzieren sind. Hätten die grün-roten Koalitionäre die demografische Rendite realistisch berechnet

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das wird ja immer lustiger!)

und auf kostspielige Mehrausgaben verzichtet, brauchten sie nicht an anderer Stelle Einsparungen vorzunehmen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So, so!)

Unsere Fraktion befürchtet deshalb, dass mit den aktuellen Kürzungen noch lange nicht das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Die Ankündigung der Sozialdemokraten Stoch, Schmid und Schmiedel, über die Streichung von 11 600 Lehrerstellen mit dem grünen Koalitionspartner noch einmal sprechen zu wollen, ist doch eher ein Schattenboxen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Schmiedel hat gerade andere Sorgen!)

als ein ernst zu nehmender Vorstoß. Denn der Mut, die Koalitionsfrage zu stellen, dürfte der SPD abgehen.

Ansonsten wird es höchste Zeit, dass sich diese Regierung endlich einmal erklärt, wohin die Reise bei den Lehrerstellen zukünftig tatsächlich gehen soll. Die Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern warten auf verlässliche Aussagen und wollen nicht, dass auf jedes grüne Zick ein sozialdemokratisches Zack folgt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Zickzack!)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, 11 600 Lehrerstellen – diese Zahl haben nicht wir geschaffen, sondern die haben im Grunde Sie geschaffen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es! – Abg. Volker Schebesta CDU: Wir geschaffen und Sie abgebaut!)

– Herr Schebesta, in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung hatten Sie vorgesehen, bis 2016 insgesamt 8 000 Lehrerinnen- und Lehrerstellen abzubauen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es! – Zurufe: Hört, hört! – Schon vergessen?)

Ich frage mich, wie Sie diese Zahl realisieren wollten. Das frage ich mich, wenn ich mir die Pensionierungswelle und die Rückgänge der Schülerzahlen anschau. Einen Abbau von 8 000 Lehrerstellen bis 2016 halten wir für unrealistisch. Daher haben wir bis 2011 keine Lehrerstellen abgebaut – so, wie Sie es vorhatten. Wir haben diese Kürzung zurückgenommen und vorgesehen, den Abbau von insgesamt 11 600 Stellen verteilt auf die Zeit bis 2020 vorzunehmen, und zwar in einem Maß, dass Lehrereinstellungen auch in Zukunft ermöglicht werden und das an den Schulen vertretbar ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf: Bravo! – Abg. Volker Schebesta CDU: Sehen die Schulen das auch so, dass es vertretbar ist?)

(Sandra Boser)

Wir haben immer gesagt, dass die Zahl 11 600 von unserer Seite nicht in Stein gemeißelt ist. Vielmehr werden wir diese Zahl, wenn sich die Rückgänge der Schülerzahlen verändern – wir warten auf die Zahlen des Statistischen Landesamts –, anpassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ein Angebot an die SPD!)

Aber wir müssen darauf achten, dass wir in den kommenden Jahren auch wieder Lehrer einstellen können. Wenn wir den Lehrerstellenabbau auf das Jahr 2018, 2019 oder gar 2020 verschieben, wird es Jahre geben, in denen überhaupt keine neuen Lehrerstellen geschaffen werden können, weil wir plötzlich auf einmal 6 000 Lehrerstellen im System abbauen müssen, die Sie mit einem k.w.-Vermerk – das heißt „künftig wegfallend“ – belegt haben. Sie alle wissen um die Schuldenbremse. Gehen Sie dagegen vor, gehen Sie damit in den Bundestag, versuchen Sie, die Schuldenbremse, die spätestens ab 2020 einzuhalten ist, aufzuheben.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie sind im Bund an der Regierung. Ich sehe im Moment keine Chance, wenn wir den Haushalt mit im Blick haben wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist Ihre Politik, nicht unsere!)

– Das ist unsere Politik – richtig –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Verschieben auf 2020! Landeshaushaltsordnung ausgehebelt!)

nämlich eine nachhaltige Haushaltspolitik, die wir bei Ihnen immer vermisst haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Situation an den Schulen ist nicht so schlecht, wie Sie sie immer malen. Wenn man an die Schulen geht, stellt man fest, dass es regionale Unterschiede gibt. In der letzten Woche war ich beispielsweise in Weingarten – Schulamt Markdorf –: 106 % Grundversorgung; sie sind zufrieden und sagen, sie hätten noch nie eine so gute Versorgung wie in diesem Jahr gehabt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Hört, hört!)

Aber: Ich bin auch an Schulen bei mir in der Ortenau – wie Sie auch, Herr Schebesta –, und ich weiß, dass die Grundversorgung im Schulamt Ortenau 101,7 % beträgt. Damit bin ich nicht zufrieden, damit ist das Schulamt nicht zufrieden, und damit können die Schulen nicht zufrieden sein. Aber das liegt nicht daran, dass wir im letzten Jahr 1 000 Lehrerstellen abgebaut haben, sondern daran, dass es seit Jahren einen sukzessiven Rückgang im Ergänzungsbereich gibt – seit 2005 um etwa 25 % –, daran, dass die Verteilung in vielen Fällen regional ungerecht ist, dass zwischen den Schularten eine ungleiche Verteilung besteht.

Wir haben das strukturelle Defizit an den beruflichen Schulen um die Hälfte reduziert; jetzt sind 98 % abgedeckt statt, wie während Ihrer Regierungszeit, nur 95 %. Zusätzlich gibt es

noch ein strukturelles Defizit bei den Sonder- und Förderschulen; auch da sind wir dran.

In anderen Schulbereichen haben wir eine kontinuierliche Ressourcensteuerung geschafft. So haben wir z. B. – ich wiederhole gern, was heute Morgen schon gesagt wurde – die Poolstunden an den Realschulen eingeführt – von null auf 2,2 Stunden pro Zug.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und dafür etwas anderes weggenommen!)

Und wir sind den Ausbau bei den Gymnasien wieder angegangen. Wir setzen auf eine kontinuierliche und sichere Versorgung

(Abg. Volker Schebesta CDU: Kontinuierlich nach unten!)

und nicht auf eine Versorgung, bei der die Schulleiter von Jahr zu Jahr bangen müssen, ob sie das am Ende tatsächlich wieder bekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir sehen ganz klar den Auftrag – ich erinnere an die regionalen Unterschiede –, zu prüfen, wie man die Ressourcensteuerung verbessern, die Unterschiede innerhalb der Schularten vermindern, die strukturellen Defizite ausgleichen und an allen Schularten eine Versorgung von durchschnittlich 106 % erreichen kann. Dafür wollen wir Lösungswege suchen.

Aber es bringt überhaupt nichts, dabei immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Landesregierung 11 600 Lehrerstellen abbauen muss – eine Zahl, die wir im Grunde von Ihnen übernommen haben. Wenn Sie 2016 je – sollte es dazu kommen, was ich nicht denke – wieder an der – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was Sie glauben! – Abg. Volker Schebesta CDU: Da müssen Sie mit der SPD mehr diskutieren als mit uns! Klären Sie das doch mit der SPD! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Mit den Aussagen, die Sie machen, verunsichern Sie die Lehrer doch noch mehr.

Ich besuche Schulen; das Kollegium sagt mir, vor Kurzem sei ein CDU-Kollege dagewesen, der gesagt habe: „Wir wollten nur 8 000 Lehrerstellen abbauen.“ Ja meinen Sie denn, das beruhigt die Lehrer – wenn man dann auch noch sieht, dass Sie jahrelang nichts machen und am Ende alles abbauen?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Diskutieren Sie doch erst mal mit der SPD! Machen Sie das doch erst mal mit der SPD aus! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum sind die so anhänglich Ihnen gegenüber? – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wir haben mit unserem Vorhaben, dass wir bis 2020 Ihre Schulden mit im Blick haben, eine Perspektive für die Lehrerinnen und Lehrer der Zukunft geschaffen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Erst mal macht ihr neue Schulden!)

(Sandra Boser)

Sollten sich die Schülerzahlen verändern, wird man diese Zahl neu anschauen. Jetzt ist es wichtig, dass wir eine bessere Ressourcensteuerung bekommen,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

dass wir schauen, dass die Ressourcen gleichmäßig und gerecht verteilt sind.

Ich nenne noch gern das Beispiel der Grundschulen, die Sie in den vergangenen Jahren auch vernachlässigt haben – keinerlei Poolstunden an den Grundschulen. Sie haben in den vergangenen Jahren mit keinerlei Taten gezeigt, dass Sie die Schulen besser ausstatten wollen – außer die Gymnasien. Ich möchte von Ihnen einmal ein Konzept hören, wie Sie mit Ihren Schulden der vergangenen Jahre umgehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Schwächsten haben wir unterstützt!)

Sie können das natürlich gern in Schattenhaushalte hineinbringen, aber das würde auf Dauer weder dem Land noch den Lehrerinnen und Lehrern etwas bringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Kleinböck.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt gibt uns wenigstens mal einer recht! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt kommt Ruhe hinein!)

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es mir jetzt wirklich einfach machen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So wie immer! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, und könnte sagen: Hätten Sie uns einen soliden Haushalt hinterlassen, brauchten wir über Einsparungen im allgemeinen Entlastungskontingent nicht zu reden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sprechen von Hessen! – Zurufe von der SPD)

Das tue ich jetzt natürlich nicht. Ich will aber nochmals betonen, dass die Kürzung um 14 %, die wir vor knapp einem Jahr beschlossen haben, auch bei mir keine Begeisterung ausgelöst hat; das wissen Sie.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das nutzt aber den Schulen nichts!)

Ich will jetzt auch nicht die Ausführungen von Kollegin Boser wiederholen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das würde auch zu lange dauern!)

Ich sage Ihnen nur eines: Für mich ist klar: Die Zahl 11 600 ist nicht in Stein gemeißelt. Dennoch: Auch Ihr veränderter Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/

DVP, scheint mir doch ein Stück weit scheinheilig zu sein, und ein bisschen vergiftet ist er auch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist aber gemein! – Unruhe)

Zur Sache: Es geht um guten Unterricht, und es geht um gute Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer. Wir wissen, dass die Belastung der Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen unterschiedlich ist; das ist allgemein bekannt. Das wird durch die unterschiedliche Zahl der Wochendeputatsstunden, zum Teil wenigstens, verdeutlicht. Dass Schulleitungen darüber hinaus zusätzliche Möglichkeiten haben, für Entlastung bei Lehrerinnen und Lehrern zu sorgen, das darf ich Ihnen aus eigener Erfahrung sagen. Das beginnt mit einer guten Planung des Unterrichtseinsatzes, bei dem eben auch die individuellen Lebenssituationen berücksichtigt werden können. Das geht hin bis zur Gewährung von Stundennachlässen im Wochendeputat.

Dabei ist natürlich zu gewährleisten, dass diese Nachlässe auch gerecht erfolgen. Was meine ich damit? Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, zunächst einmal glaube ich fest, dass eine Schulleiterin bzw. ein Schulleiter gut beraten ist, wenn sie bzw. er die Vergabe der Nachlassstunden transparent macht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig!)

Dadurch wird für die Lehrerinnen und Lehrer erkennbar: Die Übernahme zusätzlicher Aufgaben wird honoriert, und das auch gerecht.

Aus diesem Grund habe ich meinem Kollegium vor einigen Jahren den Vorschlag gemacht, den tatsächlichen Zeitaufwand für zusätzlich übernommene Aufgaben zu notieren, die Stunden in einer „Endlosliste“ zu erfassen und bei Erreichen der jeweiligen Stundenzahl eine Nachlassstunde zu gewähren. Da muss man natürlich wissen: Bei 31 Lehrerwochenstunden entspricht das 58 Zeitstunden im Jahr, bei 25 Lehrerwochenstunden sind es 72 Zeitstunden im Jahr.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt wissen wir das auch!)

Natürlich kann da nicht jeder machen, was er will. Vielmehr werden die Projekte bei der Schulleitung angemeldet und dann genehmigt oder nicht. In diesem Jahr hatten wir wieder eine ganze Reihe interessanter Projekte auf diesem Weg finanziert.

Ich will noch einmal auf die E-Mails, die mich im Rahmen dieser Debatte erreicht haben, zurückkommen. Dabei wurden mir viele Beispiele für Entlastungen an den einzelnen Schulen genannt, bei denen ich sage: Prima! Keine Frage, es ist in Ordnung, dass es dafür Entlastung gibt. Aber es gab auch einige Beispiele, über die ich nur den Kopf schütteln konnte.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Machen die 14 % aus?)

Die Übernahme einer Klassenführung beispielsweise war ein Argument, das besser nicht angeführt worden wäre. Dasselbe gilt für die Durchführung von Klassenfahrten. Kolleginnen und Kollegen, das gehört zum Lehrertjob, so etwas kann man hier nicht anführen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das stimmt! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

(Gerhard Kleinböck)

Ferner wurden jeweils zwei Stunden für Physik-, Chemie- und Biosammlungen geltend gemacht. Jeweils zwei Stunden bei 25 Lehrerwochenstunden am Gymnasium ergibt 144 Zeitstunden im Jahr. Kolleginnen und Kollegen, da kann man schon ganz schön viel machen. Ob das gerechtfertigt ist, kann ich an dieser Stelle nicht beurteilen.

Meinem Kollegium hat eingeleuchtet, dass für eine Deputatsstunde Politikkoordination/Politiksammlungen die Anrechnung von 72 Stunden, also von neun vollen Arbeitstagen, eigentlich nicht in Ordnung ist. Das ist zu viel im Vergleich zu dem, was anderen gewährt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Deshalb ist vor Kurzem ein Vorstoß, zu der alten Vergabep Praxis zurückzukehren, in der Gesamtkonferenz einstimmig – mit Ausnahme der Stimme des Antragstellers – abgelehnt worden.

Zusätzliche Aufgaben werden bei uns auch von Oberstudienräten im Umfang von ein bis zwei Lehrerwochenstunden übernommen. Wir schreiben die Stellen entsprechend aus. Lehrerinnen und Lehrer bewerben sich. Einen Automatismus in der Beförderung zu Oberstudienräten gibt es bei uns nicht mehr.

Ich weiß natürlich auch – das ist mir nicht verborgen geblieben –, dass diese Kürzung um 14 % im allgemeinen Entlastungskontingent bei einigen Schulen im Land höher ausgefallen ist. Ich gehe einmal davon aus, dass der Kultusminister noch das eine oder andere dazu ausführen wird. Die aufgetretenen Probleme sind ja aufgenommen und nicht ignoriert worden.

Ich darf vorab feststellen, dass die Rückführung des Entlastungskontingents direkt zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung genutzt wurde. Die zusätzlichen Poolstunden für Realschulen und Gymnasien wurden ebenfalls bereits angesprochen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sollen die damit finanziert worden sein, oder was?)

Kolleginnen und Kollegen, ich will Ihnen zum Abschluss noch eines sagen: Ich würde gern das Thema Lehrerarbeitszeit in der gesamten Tragweite diskutiert sehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ich könnte mir vorstellen, dass eine allgemeine Dienststörung für Lehrkräfte als geeignetes Instrument

(Abg. Georg Wacker CDU: Da bin ich mal gespannt!)

auch eine Antwort auf die in der Stellungnahme des Kultusministeriums aufgeworfenen Fragen „Was ist Bestandteil des Hauptamts, was sind zusätzliche Aufgaben, und was ist da zu verrechnen?“ geben könnte. Aber – lassen Sie mich das abschließend sagen – von einer Verschlechterung der Unterrichtsqualität kann in diesem Kontext keine Rede sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Kultusminister Stoch.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Die CDU hat in dem vorliegenden Antrag einen Zusammenhang zwischen Kürzungen im Entlastungskontingent und einer angeblichen Verschlechterung der Unterrichtsqualität hergestellt. Ich möchte Ihnen im Folgenden kurz darlegen, welche wichtigen Faktoren in der Frage der Unterrichtsversorgung, der Unterrichtsqualität wirklich eine durchschlagende Rolle spielen, damit Sie einordnen können, welche Auswirkungen entsprechende Kürzungen im Entlastungskontingent haben.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Bei der Unterrichtsqualität spielen verschiedene Faktoren eine wichtige Rolle. Ich nenne an erster Stelle die Qualität der Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen. Ohne gute Lehrerinnen und Lehrer ist kein guter Unterricht möglich. Ich bin froh, dass wir uns in Baden-Württemberg auf 120 000 hoch qualifizierte und motivierte Lehrerinnen und Lehrer verlassen können.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das stimmt!)

Vor Kurzem haben wir im Ministerrat in diesem Zusammenhang Eckpunkte für eine Reform der Lehrerausbildung beschlossen, um die nächste Lehrergeneration noch besser auf die veränderten Herausforderungen vorzubereiten, Herausforderungen, die sich aus der voranschreitenden Individualisierung, der steigenden Komplexität in den Klassen und der wichtigen Zukunftsaufgabe der Inklusion – wir haben es heute bereits mehrfach besprochen – ergeben. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag zur langfristigen Sicherung der Unterrichtsqualität.

Darüber hinaus spielt aber natürlich auch die Unterrichtsversorgung eine wichtige Rolle für die Unterrichtsqualität. Entscheidend ist dabei, dass der Unterricht so stattfinden kann, wie es in der Pflichtstudentenafel vorgesehen ist.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen von CDU und FDP/DVP, es ist eben doch eine Wahrheit, auf die Sie nicht stolz sein können, dass in Baden-Württemberg die fest installierte Krankheitsvertretungsreserve miserabel ausgestattet war

(Abg. Georg Wacker CDU: Ihr habt sie doch wieder gekürzt!)

und dass wir diese Reserve in den letzten beiden Jahren um jeweils 200 Deputate aufgestockt haben. Das ist verlässliche Unterrichtsqualität: wenn Unterricht stattfindet und nicht wegen Krankheit von Lehrerinnen und Lehrern ausfallen muss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dabei ist auch zu benennen – Kollege Dr. Kern sprach davon, dieses Instrument der fest installierten Krankheitsvertretungsreserve sei zu starr –, dass wir die Mittel, die wir in den Landeshaushalt eingestellt haben, auf einen Betrag von 65 Millionen € pro Jahr festgelegt haben. Sie haben dafür nie einen Betrag in dieser Höhe im Haushalt verankert. Wir wollen den Schulen gerade flexible Reaktionsmöglichkeiten geben, und wir wollen, dass Unterrichtsausfall so weit es geht verhindert werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Minister Andreas Stoch)

Herr Kollege Kern, wenn Sie mit „flexiblere Möglichkeiten“ das Thema Überstunden meinen, dann will ich dazu sagen: Wir haben erst vor Kurzem darüber gesprochen – Kollege Röhm erinnert sich daran –, dass bei kurzfristigen Ausfällen natürlich zunächst einmal die Kolleginnen und Kollegen in der Lehrerschaft bei Lücken einspringen und dadurch Unterrichtsausfall verhindern. Aber – das ist auch ein Erbe von Ihnen – es gibt vor allem an den Gymnasien und den beruflichen Schulen eine Bugwelle. Das heißt, die Lehrerinnen und Lehrer haben in erheblichem Maß – insgesamt jeweils ca. 1 800 Deputate – Überstunden geleistet. Das sind Schulden, die Sie gemacht haben und den Lehrerinnen und Lehrern nicht zurückgezahlt haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hätten wir den Unterricht ausfallen lassen sollen?)

Darüber hinaus stehen den allgemeinbildenden Schulen natürlich auch Stunden im Ergänzungsbereich zur Verfügung. Entgegen Ihren Befürchtungen und entgegen dem, was Sie im September und Oktober ohne Unterlegung mit validen Zahlen zum neuen Schuljahr behauptet haben, sind keine Verschlechterungen, sondern Verbesserungen zum laufenden Schuljahr eingetreten. Wir haben anhand der jetzt vorliegenden Zahlen festgestellt, dass beispielsweise bei den Realschulen in diesem Schuljahr die Zahl der Deputate für ergänzende Angebote und kurzfristige Krankheitsvertretungen landesweit um rund 22 % zugenommen hat. Bei den Grund-, den Werkreal- und den Hauptschulen betrug die Zunahme 12 %. Die Gymnasien haben ihre zuvor schon gute Situation im Ergänzungsbereich halten können. Das heißt, dass auch für den Ergänzungsbereich – Sie sprechen immer nur den Pflichtbereich an – eine deutliche Verbesserung erzielt werden konnte. Das bedeutet, die Kürzungen im Entlastungskontingent haben zu einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung und damit auch zu einer Verbesserung der Unterrichtsqualität geführt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Georg Wacker CDU: Im Ergänzungsbereich?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Kernbereich, der besonders nah am eigentlichen Unterrichtsgeschehen angesiedelt ist, gilt es im Hinblick auf die Qualität des Unterrichts vorrangig zu behandeln, zu schützen und zu sichern und nach Möglichkeit auch weiter auszubauen. Dazu kann ich Ihnen mitteilen: Die Unterrichtsversorgung an den Schulen unseres Landes ist nicht nur gesichert, sondern wir haben sie im laufenden Schuljahr im Vergleich zu den Vorjahren erneut verbessern können.

Die beruflichen Schulen – Frau Kollegin Boser hat es bereits angesprochen – haben derzeit eine Ausstattung mit Lehrstellen, durch die das Unterrichtsdefizit von 4,5 %, das wir von Ihnen übernommen haben, deutlich reduziert werden konnte. Wir haben heute zwar immer noch ein Defizit, aber dieses konnte deutlich – auf 2,2 % – reduziert werden. Das heißt, die Rekorderstellung zum jetzt laufenden Schuljahr an den beruflichen Schulen zeigt zum einen die Wertschätzung der Landesregierung und der Regierungsfractionen für die beruflichen Schulen. Sie zeigt aber auch, dass wir Verantwortung für eine gute Bildung und eine gute Unterrichtsversorgung gerade auch im beruflichen Schulbereich übernehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auch in Zukunft wird die Sicherung der Qualität an unseren Schulen und damit insbesondere die Sicherung einer guten Unterrichtsversorgung eine Leitlinie unseres Handelns sein.

Richtig ist, dass wir zum Schuljahr 2013/2014 in einem geringeren Umfang Stunden zur Verfügung stellen konnten, die den Schulen unter der Überschrift „Allgemeines Entlastungskontingent“ zugewiesen werden. Wie und wofür diese Stunden an jeder einzelnen Schule eingesetzt werden, entscheidet jede Schule nach individueller Schwerpunktsetzung, nach ihrem Profil, nach den Besonderheiten vor Ort. Das Kultusministerium gibt dafür nur den Rahmen vor, der da lautet: Stunden für die Wahrnehmung besonderer ständiger Aufgaben und zum Ausgleich unterschiedlicher zeitlicher Belastungen.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, es ist sehr wohl berechtigt, wenn man dann genauer hinschaut und, wie das Kollege Kleinböck gerade getan hat, auch nachfragt: Sind all diese Stunden, die für außerunterrichtliche Zwecke verwendet werden, auch gut und richtig und sinnvoll eingesetzt, oder sind sie es nicht? Da geht es nicht um „nice to have“, auch wenn ich diesen Begriff in einer einzigen Plenardebatte einmal verwendet haben sollte,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nicht sollte!)

und zwar im Zusammenhang mit einem konkreten Beispiel. Ich glaube, es ist richtig, dass wir den Schulen auch hier ihre Verantwortung klarmachen. Ich glaube, die allermeisten Schulen arbeiten hier mit den ihnen zugewiesenen Ressourcen auch sehr verantwortlich.

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass es in diesem Land zwei Schulen gibt, die ihren Stundenpool zum Thema „Allgemeines Entlastungskontingent“ für die exakt gleichen Aufgaben einsetzen. Deswegen können und werden wir auch nicht vorgeben, was Schulen künftig mit den ihnen zur Verfügung stehenden Stunden machen sollen und was sie künftig nicht mehr machen sollen.

Richtig ist, dass es uns schwergefallen ist, den Umfang dieses Entlastungskontingents zu reduzieren. Wir wissen, dass Schulen Luft brauchen und Gestaltungsräume benötigen, und wir hätten diese den Schulen auch gern in unverändertem Umfang belassen. Es ging aber nicht, weil wir nicht wollten, dass sich die Unterrichtsversorgung in diesem Land nachhaltig verschlechtert und dass sich damit die Unterrichtsqualität zum Schaden der Kinder und Jugendlichen an unseren Schulen verschlechtert. Deswegen hat die Lehrerversorgung, die Sicherung des Unterrichts und der Unterrichtsversorgung, absolute Priorität und steht ganz oben auf unserer Agenda.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es gibt aber auch eine Aufgabe, die für die Landesregierung nicht zur Disposition steht. Das ist die finanzpolitische Verantwortung. Nach dem Grundgesetz – das wissen Sie auch – sind die Länderhaushalte bis zum Jahr 2020 so aufzustellen, dass sie ohne neue Kredite auskommen.

Wenn ich mich an die finanzpolitischen Debatten hier in diesem Haus erinnere,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

(Minister Andreas Stoch)

dann stelle ich fest, dass Sie es doch sind, die dieser Regierung mangelnden Sparwillen vorwerfen. Das heißt, die Schizophrenie in Ihrer Argumentation,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir haben es doch genau so gemacht!)

die brutale Widersprüchlichkeit in Ihrer Diskussion, auch in Abschnitt II Ihres heute gestellten Änderungsantrags zeigt,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schreien Sie doch nicht so!)

dass Sie das eine tun und das andere nicht lassen wollen. Sie schaffen es nicht, ein Konzept aufzustellen. Das haben wir bereits in den Beratungen zum Haushalt 2013/2014 gesehen. Sie machen keinerlei konkrete Vorschläge. Sie machen die Menschen glauben, dass es ohne Ausgabenkürzungen gehe, und gleichzeitig behaupten Sie, die Schulden könnten noch schneller abgebaut werden bzw. die Nullneuerschuldung könnte schneller erreicht werden. Es wird dem Blindesten klar, dass das, was Sie behaupten, nicht funktionieren kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Natürlich ist es richtig, dass auch das Kultusressort, dessen Anteil am Volumen des Landshaushalts ca. 25 % beträgt, gefordert ist, sich dabei an den Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu beteiligen. Aber – das haben wir, die Landesregierung, glaube ich, sehr deutlich gemacht – wir wollen dies in verantwortlichem und in verantwortbarem Maß tun. Wir sind natürlich im Kultusbereich, in dem der Anteil der Personalausgaben knapp 87 % ausmacht, auch schnell dabei, dass bei den Ausgabenkürzungen auch der Personalbereich betroffen ist. Demzufolge sind entsprechende Einsparungen sicherlich immer auch schmerzhaft und spürbar. Es wird nicht gelingen, dass man diese Einsparungen im Schulsystem nicht spürt.

Aber wir müssen bei der Aufstellung des Haushalts prüfen, welche Sparmaßnahmen wir verantworten können. Denn im Bildungsbereich, in den Schulen unseres Landes entsteht die Zukunft unseres Landes. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich Ihnen insoweit dankbar, dass Sie die Bedeutung der Ausgaben im Bildungsbereich im Auge haben. Da bitte ich Sie dann aber auch um Ehrlichkeit, wenn es um Haushaltsberatungen geht. Da geht es dann nicht um Pauschalvorwürfe, sondern darum, dass man dort auch ein schlüssiges Gesamtkonzept aufstellt.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können von den Regierungsfractionen, von Grünen und SPD, erwarten, dass wir Ihnen verantwortbare Vorschläge machen. Wir gehen davon aus, dass wir auch für die Zukunft, für die nächsten Jahre immer zunächst prüfen werden, wie wir die Qualität in der Unterrichtsversorgung, die Qualität des Unterrichts hoch halten können. Wir werden dann anschließend prüfen, welche Maßnahmen der Einsparung verantwortet werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir auf die von Ihnen hinterlassenen Zahlen blicken, dann stellen wir sehr

schnell fest, dass wir ca. 8 500 k.w.-Stellen haben, das heißt Stellen, die von Ihrer Seite nicht durchfinanziert wurden. Wir haben weitere 3 100 Stellen, die aus der sogenannten Qualitätsoffensive Bildung stammen. Sie haben mit einer befristet finanzierten Qualitätsoffensive Bildung z. B. eine Klassenteilerlenkung finanziert. Das ist nicht nachhaltige Finanzpolitik. Das ist Politik, die keine Sicherheit für die Zukunft bietet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da wollte Ihre Fraktion einen Klassenteiler von 25! – Gegenruf der Abg. Friedlinda Gurr-Hirsch CDU: Da war er noch nicht im Landtag! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten noch mehr Stellen!)

Es tut mir leid, wenn ich das so deutlich sagen muss. Das sind finanzpolitische Taschenspielertricks.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die SPD-Fraktion wollte 25 als Klassenteiler!)

Wir gestalten Bildungspolitik und haben den Landshaushalt im Blick. Deswegen sind gewisse Einschnitte unumgänglich. Aber wir machen das mit Augenmaß und mit einem sehr sorgfältigen Blick auf die Schulen, jedoch nicht unter Verkennung der Realität.

Zeichnen Sie daher bitte keine Zerrbilder. Die Einschnitte im allgemeinen Entlastungskontingent sind im Vergleich mit den Verbesserungen in unserem Bildungssystem zu sehen: mehrere Hundert Millionen Euro im Bereich der frühkindlichen Bildung, erhöhte Ausgaben im Bereich der Hausaufgabenbetreuung, eine gesicherte Unterrichtsversorgung, eine Senkung des Unterrichtsdefizits an Schularten wie z. B. den beruflichen Schulen. Sie können daran sehen, dass wir die Situation, die wir 2011 in diesem Land übernommen haben, Schritt für Schritt verbessern, und zwar im Interesse der Kinder und Jugendlichen in diesem Land.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Minister, wir müssen Ihnen nicht beweisen, dass das, was wir fordern, finanzpolitisch funktioniert. Denn wir haben schon bewiesen, dass es funktioniert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! – Abg. Martin Rivoir SPD: 40 Milliarden € Schulden! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nichts verstanden!)

Wir hatten in den Jahren 2008/2009 eine Schuldenbremse in der Landshaushaltsordnung stehen. Da brauchten wir kein Grundgesetz. Wir haben uns selbst als Aufgabe gegeben, eine Nullneuerschuldung zu erreichen. Wir haben das in diesen Jahren gemacht

(Volker Schebesta)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Bravo! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nichts Nachhaltiges finanziert! Das sind Taschenspielertricks!)

und die politische Entscheidung getroffen, keine Lehrerstellen abzubauen,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie haben es auf Pump in die Zukunft gemacht!)

sondern auf anderes zu verzichten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wir haben in diesen Jahren entschieden, dass wir das Geld für die Lehrerstellen zur Verfügung stellen.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Lassen Sie uns ran! Wir wären der Verantwortung wie in den Jahren seit 2008 gerecht geworden und hätten in einem soliden Haushalt die Lehrerstellen, die für eine weitere Klassenteilersenkung notwendig sind, finanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Aber ganz gewiss! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Schebesta, da können Sie sich nicht herauswinden!)

Es ist scheinheilig, von da drüben dazwischenzurufen: „Die Klassenteilersenkung ist nicht finanziert!“ Denn Sie wollten nicht 30 als Klassenteiler, wie wir es erreicht haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

Sie wollten nicht 28 – wir haben gesagt, dass wir das bis 2016 erreichen –, sondern Sie wollten 25 als Klassenteiler an unseren Schulen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sie haben es nicht finanziert, und da kommen Sie nicht heraus! Da können Sie sich noch so echauffieren! Sie haben es nicht finanziert! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da waren Sie noch gar nicht da! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da waren Sie noch in der beruflichen Schule, Herr Dr. Fulst-Blei!)

Uns jetzt vorzuwerfen, wir hätten 30 als Klassenteiler umgesetzt und nicht finanziert, ist abwegig. Sie hätten ganz andere Sachen machen wollen, von denen wir nicht geglaubt haben, dass wir sie umsetzen können. Aber heute werden Sie nicht einmal der Verantwortung gerecht, den Klassenteiler von 30 zu finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wir haben Ihre Scherben zusammenzukehren!)

Aber, Frau Boser und Herr Minister, jetzt müssen Sie sich überlegen: Woher kommen denn eigentlich die 11 600 Lehrstellen, die Sie abbauen?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das wissen wir! Von der CDU!)

Wenn Sie auf der einen Seite sagen: „Das ist halt das, was die böse Vorgängerregierung in die Haushalte als ‚künftig wegfallend‘ hineingeschrieben hat“,

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Bravo! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Endlich einmal ein einsichtiges Wort!)

dann müssen Sie aber auch sagen: „Das hat mit der Schülerzahlenentwicklung überhaupt nichts zu tun.“ Dann brauchen Sie auch keine Zahlen vom Statistischen Landesamt, sondern das ist die Zahl. Wir hätten das so nicht umgesetzt. Das haben wir in den Vorjahren bewiesen. Wir hätten das Geld an anderer Stelle hergenommen und trotzdem einen soliden Haushalt hinbekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Jawohl! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist die Lebenslüge der Bildungspolitik!)

Wenn Sie aber sagen, Sie wollten Schülerzahlen, dann müssen Sie einfach akzeptieren, dass wir Ihnen das ins Stammbuch schreiben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In diesem Antrag steht: Sie bauen mehr Lehrerstellen ab, als es dem Schülerzahlenrückgang entspricht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Herr Minister, letzter Punkt: Ergänzungsbereich. Der wird uns noch einmal beschäftigen. Aber es ist jetzt blöd gelaufen. Ich habe die Zahl dabei, wie sich der Ergänzungsbereich entwickelt hat. Sie wollen uns doch nicht ernsthaft verkaufen, dass im Ergänzungsbereich – Sie haben sich auf die Grundschulen bezogen – die Zahl der Deputate um 12 % gestiegen ist; im Jahr zuvor ist sie – das haben Sie auch zu verantworten – an den Grund-, Haupt- und Werkrealschulen um ein Drittel zurückgegangen. Das sind doch Taschenspielertricks.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Ja!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

(Unruhe)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe davon aus, dass auch die bildungspolitischen Sprecher der anderen Fraktionen zurzeit viele Schulen besuchen. Frau Boser, unabhängig davon, ob ich eine Hauptschule, eine Werkrealschule, eine Gemeinschaftsschule, eine Realschule, ein Gymnasium, eine berufliche Schule oder eine Sonderschule besucht habe, ist es mir noch nie passiert, dass die Lehrerinnen und Lehrer dort sagten: „Die Stimmung bei uns ist deshalb so schlecht, weil CDU und FDP/DVP früher eine schlechte Bildungspolitik gemacht haben.“

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

(Dr. Timm Kern)

Wissen Sie, warum die Stimmung an diesen Schulen so schlecht ist? Weil Sie seit zweieinhalb Jahren eine schlechte Bildungspolitik in diesem Land machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Genau deshalb haben Sie Ihre damalige Bildungsministerin bereits nach einem Jahr in die Wüste geschickt. Das hat mit uns gar nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Frau Dr. Ruep hinterher! Bravo!)

Frau Boser sagt, auch die CDU-FDP/DVP-Regierung hätte über 8 000 Stellen gestrichen. Sie verschweigen aber immer, dass Sie zusätzlich 3 500 Lehrerstellen streichen wollen. Sie müssen den Menschen auch sagen, dass Sie das noch sozusagen obendrauf gepackt haben. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo! Sehr gut! – Zurufe der Abg. Sandra Boser GRÜNE und Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Herr Minister, wo bleibt hier im Landtag Ihre Initiative mit Blick auf Ihre vollmundige Ankündigung, die geplante Streichung von 11 600 Lehrerstellen sei nicht in Stein gemeißelt? Was tun Sie dagegen?

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Eine Frechheit!)

Sie reden hier anders als gegenüber den Medien, als in der Öffentlichkeit.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Sie müssen eine Initiative ergreifen und sagen: „Ich will weniger als 11 600 Lehrerstellen streichen“ – oder Sie machen sich schuldig, machen sich unglaubwürdig.

Herr Minister, nicht das Erzählte reicht, sondern nur das Erreichte zählt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! – Abg. Georg Wacker CDU: Das könnte von Goethe stammen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das also ist des Pudels Kern! – Zuruf von der CDU: Wundervoll!)

Selbst die grüne Landespartei hat es erkannt: „Wir brauchten bei diesen Stellenstreichungen dringend eine Bedarfserhe-

bung.“ Die Fraktion GRÜNE verweigert sich diesem Beschluss ihrer Landespartei. Ich bin gespannt, wie Sie das gegenüber Ihren Parteimitgliedern rechtfertigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Da sind sie sprachlos! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sprachlosigkeit! – Unruhe)

– Für die Fraktionen gibt es keine Redezeit mehr. Das hat nichts mit Sprachlosigkeit zu tun.

(Oh-Rufe – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nehmen Sie es nicht persönlich, Herr Präsident! – Anhaltende Unruhe)

Ich habe auch keine Lust, Ihnen weitere Redezeiten zu erteilen. Oder wollen Sie das? Dann könnten wir das noch machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wir kommen also zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/3435 (Geänderte Fassung). Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil. Dieser kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Zu Abschnitt II des Antrags liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/4666, vor, der den bisherigen Abschnitt II neu fasst. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Karl Zimmermann CDU zu Grünen und SPD: Das merke ich mir!)

Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt und Punkt 9 der Tagesordnung erledigt.

Wir sind damit am Ende der Tagesordnung.

Die nächste Sitzung findet morgen, am 30. Januar 2014, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:29 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzungen bei den Schriftführern und im Ständigen Ausschuss

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
	Schriftführer	Binder	Gürakar
Ständiger Ausschuss	stellvertretendes Mitglied	Winkler	Gürakar

29. 01. 2014

Claus Schmiedel und Fraktion